

<i>Bindung & Bildung</i>	10
<i>Soziale Gerechtigkeit</i>	20
<i>Wohlstand ohne Wachstumszwang</i>	28
<i>Lebendige Demokratie</i>	36



Das ÖDP-Journal
Nr. 169 Februar 2016

Ökologie Politik



Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten

UMSCHAU

Ökolumne: Pariser Klimagipfel	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	8

BINDUNG & BILDUNG

Frühkindliche Bildung Ein irreführender Begriff von Dr. Johannes Resch	10
Lehrplan und Schulunterricht „Viele Eltern merken, dass da etwas falsch läuft“ Interview mit Dr. Elke Möller-Nehring	13
Neoliberalismus und Reformpädagogik „Eine unheilige Allianz“ Interview mit Prof. Dr. Jochen Krautz	16

SOZIALE GERECHTIGKEIT

Leben im Neoliberalismus „Unentwegt die Wettbewerbsfähigkeit verbessern“ Interview mit Dr. Patrick Schreiner	20
Mindestlohn und Wohnraum Grundgesetz fordert Schutz der Menschenwürde von Dr. Klaus J. Klumpers	22
Human-ökologisches Grundeinkommen Raus aus dem Hamsterrad von Kurt Rieder	25

WOHLSTAND OHNE WACHSTUMSZWANG

Globalisierte Wirtschaft „Grüner Kolonialismus“ Interview mit Kathrin Hartmann	28
Gemeinwohl-Ökonomie Fünf Jahre jung – Zeit für eine Bilanz von Jörn Wiedemann	31
Über Charles Eisensteins Kulturtheorie Verbinden statt trennen von Jürgen Osterlänger	33

LEBENDIGE DEMOKRATIE

Ausschüsse und Transparenz Politik in kleinen Runden von Hermann Striedl	36
Wiedereinführung der EU-Sperrklausel Das tote Pferd wird neu gesattelt von Björn Benken	38
Geplante Freihandelsabkommen Kampagne „Klaus graust's“ Interview mit Prof. Dr. Klaus Buchner, MdEP	40

ETHIK

Ökologisches Handeln Eine Sache der Vernunft oder des Gefühls? von Günther Hartmann	43
---	----

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Gabriela Schimmer-Göresz	46
Neues aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	47
Neues aus dem Europaparlament von Prof. Dr. Klaus Buchner	48
Verbände	49
Neues aus der ÖDP	56
Presseticker	62
Leserbriefe	64
Impressum	57

Foto: Günther Hartmann
Titelfoto: Dickmatz/pixelio.de

Liebe Leserinnen und Leser,

dieses Heft weicht vom sonst üblichen Aufbau mit einem Hauptthema und mehreren Nebenthemen ab. Stattdessen stehen diesmal vier Themen gleichberechtigt im Mittelpunkt: „Bindung & Bildung“, „Soziale Gerechtigkeit“, „Wohlstand ohne Wachstumszwang“ und „Lebendige Demokratie“ – in Anlehnung an die vier zentralen Kapitel des ÖDP-Grundsatzprogramms. Denn die ÖDP ist nicht auf ein Einzelthema fokussiert, sondern eine Vollprogramm-Partei. Das muss sie auch sein, denn ihr erklärtes Ziel ist schließlich, unsere Zukunft nach christlich-humanistischen Werten zu gestalten. Und bei diesem Anspruch kann sie wichtige Bereiche unserer Gesellschaft nicht einfach ausblenden, sondern muss auf kommunal-, landes-, bundes- und europapolitischer Ebene richtungsweisende Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit finden.

Die großen Herausforderungen unserer Zeit: Das ist zum einen der Erhalt der Umwelt. Das ist zum anderen das Eindämmen der neoliberalen Ideologie, die seit den 1980er-Jahren unsere Gesellschaft zunehmend formt – manchmal offen, meistens versteckt. Den Neoliberalismus auf eine Wirtschaftsordnung zu reduzieren, wird ihm nicht gerecht. Er will mehr. Er will eine andere Gesellschaftsordnung mit anderen Machtverhältnissen und anderen Prioritäten. „Wettbewerbsfähigkeit“ dient als Totschlagargument gegen strengere Umwelt- und Sozialstandards. Die Welt wird primär als Wettkampfbühne betrachtet, auf der es darauf ankommt, als Gewinner und nicht als Verlierer hervorzugehen – sei es als Individuum oder als Teil eines Unternehmens oder einer Nation.

Das Konkurrenzdenken aktiviert niedrige Instinkte und vernebelt den Verstand. Der Wirklichkeitssinn schwindet. Er wird ersetzt durch eine Scheinwelt aus manipulierten Angst- und Wunschvorstellungen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen, politischen und philosophischen Fragen findet kaum mehr statt. Der Grundstein zu dieser Dekadenz wird schon in der Kindheit und Jugend gelegt. Deshalb nimmt das Thema „Bindung & Bildung“ im Grundsatzprogramm der ÖDP eine zentrale Rolle ein. Und deshalb kommt es in diesem Heft gleich am Anfang. Das passt auch gut zu den anstehenden Landtagswahlen, denn Schulpolitik ist ja bekanntlich Ländersache.

Es grüßen Sie herzlich

Günther Hartmann

Pablo Ziller



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Pablo Ziller
Stellv. Verantwortlicher
Redakteur

rund 27 %. Einen Windenergie-Rekord gab es im stürmischen November zu verzeichnen: 11,42 Terawattstunden Strom. Damit haben Windkraftanlagen erstmals in einem Monat genauso viel Strom erzeugt wie alle Braunkohle-Kraftwerke.

» <http://tinyurl.com/zarcmrh>

Power to Gas stärkt Erneuerbare Energien

In Hamburg ist die weltweit leistungsstärkste Power-to-Gas-Anlage (P2G) in Betrieb gegangen. Mithilfe von überschüssigem Windstrom spaltet die Anlage Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff, aus denen sich dann zu einem anderen Zeitpunkt wieder Energie gewinnen lässt. In dieser Technologie steckt enormes Potenzial. Die Zellenstapel nehmen nur ein Dreißigstel des Raumes ein, der bei der bislang eingesetzten alkalischen Elektrolyse notwendig wäre. Das System ist ideal für das Zusammenspiel mit Wind- und Sonnenenergie. Die Umwandlungsverluste liegen in Hamburg allerdings noch bei 28 %.

» <http://tinyurl.com/jd7dyuz>

Gewaltige Einsparpotenziale im Wärmebereich

Um die Energiewende im Wärmemarkt einzuleiten, muss der Wärmebedarf reduziert und der Anteil Erneuerbare Energien erhöht werden. Die „Agentur für Erneuerbare Energien“ (AEE) veröffentlichte die Metastudie „Energiewende im Wärmesektor“, die insgesamt 22 Studien auf ihre Aussagen zur Entwicklung des Wärmemarkts vergleicht. Die Gegenüberstellung macht auch deutlich, dass die angestrebten energie- und klimapolitischen Ziele in Gefahr sind, nicht erreicht zu werden. Die größten Potenziale sehen die betrachteten Studien im Gebäudebereich. Demnach könnte der Endenergiebedarf für Raumwärme und Warmwasser bis 2050 um etwa 60 % sinken.

» <http://tinyurl.com/jml664n>

Whistleblowing-Veröffentlichung soll strafbar werden

Das Bundesjustizministerium hat den Entwurf eines neuen Straftatbestands vorgelegt, der den Namen „Datenhehlerei“ tragen soll. Dieser macht sich nach der Vorstellung der Großen Koalition derjenige schuldig,

wer sich irgendwelche Daten, die jemand anderes auf rechtswidrige Weise erlangt hat, verschafft oder sie einem anderen überlässt, verbreitet oder sonst zugänglich macht. Den Straftatbestand der Datenhehlerei hat das Ministerium im Gesetzentwurf zur Vorratsdatenspeicherung 2.0 – einem Dokument von über 50 Seiten – quasi versteckt: Fast sieht es so aus, als sollte verhindert werden, dass der Bundestag überhaupt zur Kenntnis nimmt, was hier unter Strafe gestellt werden soll. Diese Regelung würde Whistleblowing und die Pressefreiheit massiv aushöhlen.

» <http://tinyurl.com/pqth3lg>



Foto: iVista/pixello.de

Nutzerbeobachtung über Gerätegrenzen hinweg

Wenn das Handy auf dem Couchtisch liegt, kann ein TV-Werbespot heimlich einen Tracking-Cookie darauf platzieren. Vor dieser neuen Form der Nutzerbeobachtung warnt unter anderem das amerikanische „Center for Democracy and Technology“ (CDT). Für Menschen unhörbare Töne werden benutzt, um das Onlineverhalten von Anwendern über verschiedene Geräte wie Smartphones, Tablets, Computer und Fernseher hinweg zu verfolgen. Fernseh- und Online-Werbung wird dafür mit sogenannten „Sound-Beacons“ versehen, kurzen Klangschnipseln hochfrequenter Töne, die Mikrofone elektronischer Geräte aufzeichnen können. So lassen sich über mehrere Geräte hinweg Bewegungsprofile erstellen.

» <http://tinyurl.com/zu5swb9>

Quecksilbergrenzwerte bei Fischen sollen sinken

Die Europäische Kommission plant eine Lockerung der Grenzwerte für Quecksilber in Fisch. Bei den ohnehin schon hochbelasteten Raubfischen soll den Verbrauchern künftig eine deutlich höhere Dosis des Nervengifts zugemutet werden: 2 statt 1 Milligramm pro



Foto: Jan von Bröckel/pixello.de

Kilogramm. Dies geht aus einem Arbeitspapier der Europäischen Kommission vom 29. Mai 2015 hervor. Untersuchungen der europäischen Lebensmittelbehörde EFSA zeigen, dass insbesondere große Raubfische am Ende der Nahrungskette wie Schwert-, Hai- und Thunfische oft deutlich höher mit Quecksilber belastet sind, als es die derzeit geltenden Grenzwerte eigentlich erlauben. Die Verbraucherschutz-Organisation foodwatch startete deshalb eine Unterschriften-Aktion.

» www.quecksilber-aktion.foodwatch.de

Plastikmüll verschmutzt zunehmend die Weltmeere

Rund 300 Mio. Tonnen Kunststoff werden pro Jahr weltweit hergestellt, 6 bis 10 % davon landen laut einer Studie des Umweltbundesamts in den Weltmeeren. Von 663 Tierarten ist bekannt, dass sie negativ von diesem Müll betroffen sind. Mehr als die Hälfte dieser Arten nimmt Kunststoffabfälle auf oder verfängt sich in ihnen. Auch Mikropartikel können dabei – je nach Größe des Lebewesens – genauso wie größere Kunststoffteile zu Verletzungen des Verdauungstrakts führen, die Verdauung behindern sowie die Nahrungsaufnahme blockieren. Im Rhein zwischen Basel und Rotterdam finden sich weltweit die höchsten Konzentrationen von kleinsten Plastikteilen, die bisher in Meereszuflüssen gemessen wurden – am meisten im Ruhrgebiet mit bis zum Vierfachen des Durchschnitts.

» <http://tinyurl.com/jr9n84b>

Kompromiss bei Finanztransaktionssteuer

Eine Grundsatzeinigung zur Finanztransaktionssteuer haben zehn EU-Mitgliedsländer in Brüssel erzielt. Jetzt kommt es darauf an, bei den noch offenen Fragen wie der Höhe des Steuersatzes und dem Umgang mit Pensionsfonds weitere Versuche zur Verwässerung zu

verhindern. Der Handel mit Staatsanleihen und Devisentransaktionen sollen ausgenommen bleiben, der mit Derivaten aber erfasst werden. Sowohl Käufer wie Verkäufer sollen zahlen – für jede einzelne Transaktion und nicht nur für den Nettobetrag bei Geschäftsschluss.

» <http://tinyurl.com/jth3y4s>

Symbolischer „Ökomord-Prozess“ gegen Monsanto

Die NGO „Monsanto Tribunal“ will dem Agrochemiekonzern Monsanto im Oktober 2016 in Den Haag den Prozess machen – symbolisch. Die Anklage lautet: „Ökozid“, vorsätzlicher Mord an Ökosystemen. Dieser Straftatbestand existiert zwar noch nicht, dennoch soll in Den Haag eine Verhandlung mit echten Richtern und Anwälten stattfinden, um publikumswirksam auf eine Rechtslücke in der internationalen Strafverfolgung hinzuweisen.

» www.monsanto-tribunald.org



BITTE PROTESTIEREN! von Edgar Guhde

Angora bei Galeria Kaufhof

Schreiben Sie bitte einen Brief an: Galeria Kaufhof GmbH, Geschäftsführung, Herrn Olivier Van den Bossche, Postfach 410104, 44271 Dortmund

Sehr geehrter Herr Van den Bossche,

leider musste ich enttäuscht feststellen, dass Galeria Kaufhof noch immer Produkte aus Angora verkauft. Videoaufnahmen beweisen, dass Kaninchen vor Schmerzen schreien, wenn ihnen das Fell auf chinesischen Angorafarmen aus der Haut gerupft wird. Neueste Beweise der Tierschutzorganisation „PETA USA“ zeigen, dass das Leid der Tiere auch auf angeblich „humanen“ Angorafarmen unermesslich ist. Mode sollte Spaß machen und nicht grausam sein. Ich appelliere hiermit an Sie, dem Ruf Ihres Unternehmens nicht zu schaden und diese unethischen Produkte umgehend aus dem Sortiment zu nehmen. Schließen Sie sich bitte Marken wie Hugo Boss, Vivienne Westwood, H&M und C&A an, die Angora bereits aus ihrem Sortiment verbannt haben. Solange dies nicht geschehen ist, werde ich nicht mehr bei Galeria Kaufhof einkaufen.

Mit freundlichem Gruß

Der Briextext sollte individuell abgeändert werden, denn je persönlicher er ist, desto überzeugender wirkt er.

Bücher

Neoliberalismus & Kulturherrschaft

Philip Mirowski
Untote leben länger
 Warum der Neoliberalismus nach der Krise noch stärker ist
 Matthes & Seitz, September 2015
 352 Seiten, 29,90 Euro
 978-3-95757-087-1



Die sogenannte „Finanzkrise“ trieb ganze Staaten und den Euro an den Rand des Abgrunds. Doch so, als wäre nichts geschehen, geht alles weiter wie bisher: Die Wirtschaft beginnt abermals heißzulaufen und neue Spekulationsblasen wachsen, als wenn es sich hier um ein unbeeinflussbares Naturgeschehen handeln würde. Das Buch schildert spannend und unterhaltsam, wie der Welt eine ökonomische Theorie übergestülpt wurde, die inzwischen alle Bereiche unseres Lebens bestimmt und unser Denken fest im Griff hat. Die Krise der Wirtschaft ist vor allem auch eine geistige Krise. (gh)

Digitalisierung & Krankheitsrisiken

Manfred Spitzer
Cyberkrank!
 Wie das digitale Leben unsere Gesundheit ruiniert
 Droemer, November 2015
 432 Seiten, 22,99 Euro
 978-3-426-27608-2



Anhand neuer wissenschaftlicher Studien zeigt der Gehirnforscher, wie die zunehmende Digitalisierung des Alltags unsere körperliche und seelische Gesundheit bedroht. Stressbedingte Erkrankungen, Empathieverlust, Depressionen sowie Schlaf- und Aufmerksamkeitsstörungen sind mögliche Folgen. Kinder werden in ihrer Motorik und Wahrnehmungsfähigkeit geschädigt – und oft spielsüchtig. Während die Essgewohnheiten heute kritisch reflektiert werden, ist das bei der Nutzung digitaler Informationstechnik noch nicht so. Dabei gilt auch hier: Die Dosis macht das Gift. Und die verträgliche Dosis ist bei Kleinkindern, Jugendlichen und Erwachsenen jeweils ziemlich verschieden. (gh)

Effizienzsteigerung & Wachstum

Barbara Unmüßig, Thomas Fatheuer,
 Lili Fuhr
Kritik der Grünen Ökonomie
 Oekom, November 2015
 192 Seiten, 14,95 Euro
 978-3-86581-748-8



Kann mehr Effizienz, kann „grüne“ Technologie eine Lösung sein, wenn der Konsum weiter steigt? Können die bisherigen Lebensstile einfach so weiterlaufen, wenn die Produkte nach Ökorichtlinien hergestellt werden? Die drei Autoren sind nicht dieser Meinung und plädieren für eine „Kunst des Unterlassens, des Schrumpfens, des Weniger“. Und sie warnen davor, die globale Gerechtigkeit als Thema auszublenden. Das Politische muss gestärkt werden und darf sich nicht der Wirtschaft unterordnen, auch wenn diese sich „grün“ gibt. (gh)

Datenerfassung & Verhaltenssteuerung

Kai Schlieter
Die Herrschaftsformel
 Wie Künstliche Intelligenz uns berechnet, steuert und unser Leben verändert
 Westend, September 2015
 320 Seiten, 19,99 Euro
 978-3-86489-108-3



Menschen hinterlassen im Internet überall Datenspuren und geben oft auch bereitwillig persönliche Informationen preis. Kleine Sensoren messen nahezu jede Lebensäußerung in Echtzeit, Algorithmen machen daraus das Handeln berechen- und vorhersagbar. Daraus erwächst den Akteuren eine ungekannte Macht. Wirtschaft und Politik verändern ihre Techniken und Strategien. Die Steuerung der Konsumenten und Wähler läuft weniger über politische Überzeugungsarbeit ab, sondern mehr über „algorithmische Regulation“. (gh)

Armutsursachen & Armutsdeutung

Ulrich Schneider (Hrsg.)
Kampf um die Armut
 Von echten Nöten und neoliberalen Mythen
 Westend, November 2015
 208 Seiten, 14,99 Euro
 978-3-86489-114-4



Je größer die Armut in Deutschland wird, desto hartnäckiger wird sie schöngerechnet oder gar geleugnet. Es tobt ein Kampf um die Deutungshoheit von Zahlen und Begriffen, die Attacken gegen die Armen und die Armutsforschung werden immer härter. Fünf renommierte Sozialexperten – Ulrich Schneider, Christoph Butterwegge, Friedhelm Hengsbach SJ, Rudolf Martens und Stefan Sell – beleuchten die aktuelle Situation aus ihrer Perspektive. Sie schildern die Ursachen von Armut und die Methoden derjenigen, die von ihr profitieren und deshalb verhindern wollen, dass sich etwas ändert. (gh)

Neoliberalismus & Demokratieabbau

Wendy Brown
Die schleichende Revolution
 Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört
 Suhrkamp, September 2015
 330 Seiten, 29,95 Euro
 978-3-518-58681-5



Das alte Ideal des Homo politicus, der sich für das Gemeinwesen engagiert, wird ersetzt durch das Ideal des Homo oeconomicus, der sich als Humankapital betrachtet und seine Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt verbessern soll. Alle Sphären des menschlichen Lebens werden im Neoliberalismus wirtschaftlichen Gesichtspunkten unterworfen: die Politik, das Recht, die Kultur, die Bildung, die Familie, die Geschlechterrollen. Die Demokratie wird langsam, aber stetig abgeschafft. Staatliches Handeln hat dem Wirtschaftswachstum und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu dienen. (gh)

Geopolitik & Medienbeeinflussung

Wolfgang Bittner
Die Eroberung Europas durch die USA
 Zur Krise in der Ukraine
 Westend, November 2015
 192 Seiten, 14,99 Euro
 978-3-86489-120-5

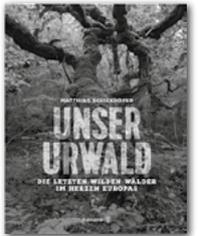


Das Buch fragt, wie es sein kann, dass es in unseren Leitmedien von Putin-Karikaturen wimmelt, in denen dieser als krieglüsterner Zar dargestellt wird, während der seit Langem vom US-amerikanischen Geheimdienst geplante und finanzierte „Regime Change“ in der Ukraine so gut wie

nicht thematisiert wird. Vom Beginn der Maidan-Ereignisse bis heute wird die Einflussnahme der US-Regierung geschildert. Diese Einflussnahme beschränkt sich aber nicht auf die Ukraine, sondern prägt die gesamte politische Entwicklung in Osteuropa. (gh)

Naturromantik & Abenteuerlust

Matthias Schickhofer
Unser Urwald
 Die letzten wilden Wälder im Herzen Europas
 Brandstätter, September 2015
 208 Seiten, 34,90 Euro
 978-3-85033-924-7



Vor 6.000 Jahren waren noch 95 % der Fläche Mitteleuropas mit Wäldern bedeckt. Auch heute wirkt der Kontinent an manchen Stellen noch stark bewaldet. Doch unsere Wälder sind durch den Eingriff des Menschen geschrumpft, wurden bewirtschaftet und sind keine Primärwälder, also Urwälder, mehr. In manchen Ecken in Europa gibt es sie aber noch. Der Autor hat sich auf die Suche gemacht und beeindruckende Fotos der letzten Urwälder in Europa geschossen. Diese garniert er mit Erläuterungen zu Geschichte und Funktion der verschiedenen Wälder. Die Fotos zeigen uns, dass es sich lohnt, diese Wälder streng zu schützen. (pz)

Behinderung & Ausgrenzung

Uwe Becker
Die Inklusionslücke
 Behinderung im flexiblen Kapitalismus
 Transcript, April 2015
 208 Seiten, 19,99 Euro
 978-3-8376-3056-5



Beim Thema „Inklusion“ wird gerne das Bild einer in ein Drinnen und ein Draußen geteilten Gesellschaft bemüht. Dieses Bild trifft die Wirklichkeit nicht. Zum einen dominieren auch im Drinnen oft brutale Konkurrenz, Ausbeutung und Leistungsdruck. Zum anderen gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Ausgrenzungsprozesse. Diese zu beiseitigen würde bedeuten, unsere Fokussierung auf leistungsorientierte Bildung und auf Erwerbsarbeit aufzugeben – was hohe Kosten nach sich zieht. Die Politik propagiert stattdessen lieber die „schwarze Null“ und kürzt dafür Sozialleistungen – auch für Menschen mit Behinderung. (gh)

Frühkindliche Bildung

Ein irreführender Begriff

Psychologie, Medizin und Anthropologie stimmen überein, dass die ersten drei Lebensjahre eines Menschen großen Einfluss auf sein weiteres Leben haben. Aus der Bedeutung „frühkindlicher Bildung“ abzuleiten, dass diese ab dem zweiten Lebensjahr am besten in einer Kinderkrippe unter „fachkundiger Betreuung“ stattfindet, beruht aber auf einem großen Missverständnis.

von Dr. Johannes Resch

Frühkindliche Bildung – das wird heute so ähnlich betrachtet wie schulische Bildung. Kein Zweifel: Schulische Bildung, die in der Regel ab dem 6. Lebensjahr einsetzt, ist wesentlich für die Entwicklung von Grundfertigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen, mit deren Hilfe dann weiteres Wis-

als Kinder, die bei ihren Eltern aufwachsen. Nur: Darauf kommt es in dieser Zeit gar nicht an.

Was in der frühkindlichen Phase wichtig ist

In den ersten drei Lebensjahren ist es nicht so wichtig, wie schnell welche Fertigkeiten erworben wer-

Gelingt es in den ersten Lebensjahren nicht, die Grundlagen für eine stabile Persönlichkeit zu legen, drohen im späteren Leben: diffuse Unzufriedenheit, neurotische Störungen, mangelndes Selbstbewusstsein, fehlende Lern- und Leistungsbereitschaft, Anfälligkeit für Drogen verschiedenster Art und anderes. Die emotionalen Defizite können auch kompensiert werden: Aus mangelndem Selbstbewusstsein erwächst unter Umständen ein betonter Leistungswille, der zu besonderem beruflichen Erfolg führt. Aber um glücklich zu sein, ist es doch wichtig, ob Erfolg Ausdruck einer stabilen persönlichen Entwicklung ist oder unter Vernachlässigung anderer Bedürfnisse quasi erzwungen wird, um Defizite bei der persönlichen Entwicklung zu überdecken.

Wird frühkindliche Bildung so verstanden, wie es der Wirklich-

In den ersten drei Lebensjahren ist es nicht wichtig, wie schnell welche Fertigkeiten erworben werden.

sen vermittelt werden kann. Eine solide Wissensgrundlage ist Voraussetzung dafür, dass Zusammenhänge verstanden werden können. Das ist wiederum eine Grundlage für kritisches Denken, für soziales Verhalten und Verantwortungsgefühl, aber natürlich auch für den Beruf.

Wollte man frühkindliche Bildung in diesem Sinne verstehen, so wäre der Erfolg daran zu messen, wann das Kind erstmals ein einfaches Puzzle lösen kann, wann es sinnvoll mit Bauklötzen spielen kann usw. Es kann durchaus sein, dass Kinder in einer Krippe – besonders, wenn sie gut geführt wird und über ausreichend motiviertes Personal verfügt – diese oder jene Fertigkeit etwas früher beherrschen

den. Deshalb macht ein Vergleich von Leistungen wie in der Schule wenig Sinn. Wichtig ist dagegen, ob das Kind Vertrauen zu seiner Umgebung gewinnt, ob es sich geborgen fühlt, ob es ein Urvertrauen zu nahen Bezugspersonen entwickelt, was auch als „Bindung“ bezeichnet

Wichtig ist, ob das Kind sich geborgen fühlt, ob es ein Urvertrauen zu nahen Bezugspersonen entwickelt.

wird. Mit einem Grundgefühl von Sicherheit wird es am ehesten ein gesundes Neugierverhalten entwickeln, das dann später Voraussetzung für ein erfolgreiches Lernen ist.

keit entspricht, dann ist es nicht so wesentlich, ob das U3-Kind von „ausgebildeten Fachkräften“ betreut wird. Wichtiger ist, dass es menschliche Wärme, persönliche Zuneigung und genügend wohlwol-

lende zeitliche Zuwendung unter entspannten Bedingungen erfährt. In diesen „Bildungsdisziplinen“ sind in der Regel die Eltern selbst gut ausgebildeten Fachkräften überlegen. Diese Überlegenheit kann allerdings Einschränkungen erfahren, wenn Eltern nicht genügend Zeit für ihre Kinder aufbringen können, z. B. weil sie aus wirtschaftlichen Gründen beide voll erwerbstätig sein müssen und dann auch in ihrer Freizeit noch „gestresst“ sind.

Der Gegensatz zwischen frühkindlicher und schulischer Bildung kann nicht genug betont werden. In der Übergangszeit des Kindergartenalters zwischen etwa 3 und 6 Jahren spielen durchaus beide Elemente eine Rolle, sodass eine Halbtagsbetreuung im Kindergarten für die meisten Kinder ein Optimum darstellt. Unbedingt ist aber auf den Unterschied zur frühen Kindheit bis etwa 3 Jahre zu achten. Bei den meisten Diskussionen in den Medien wird beides durcheinandergebracht, wird pauschal von „Kindertagesstätten“ gesprochen, sodass dann niemand genau weiß, welche Altersgruppe eigentlich gemeint ist. Der Begriff wird oft dazu verwendet, die positiven Erfahrungen des Kindergartens auf die Kinderkrippen zu übertragen – eine Irreführung.

Wirtschaftlicher Erfolg auf Kosten der Kinder

Wer oder was steht nun eigentlich hinter der heute einseitigen Förderung der Krippenbetreuung gegenüber der elterlichen Betreuung von Kleinkindern, wenn es dafür keinen Grund im Sinne des Kindeswohls gibt? In der DDR, die ja nahezu die gleiche Kleinkind-Politik betrieb wie die heutige Bundesrepublik,

schaftsnahen Instituten am Nutzen für die Wirtschaft gemessen, ohne dass nach dem Kindeswohl gefragt wird. Im Hintergrund steht heute nicht die marxistische Ideologie, sondern die kurzfristig orientierte Profitideologie einflussreicher Teile der Wirtschaft. In deren Augen sind Kinder keine lohnende Investition, weil sie sich nicht innerhalb von 8 oder 10 Jahren „amortisieren“. Vor

Mehr oder weniger offen wird die Krippenpolitik mit dem Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft begründet.

war das klar: Einmal sollte das Arbeitskräftepotenzial der Eltern möglichst vollständig ausgeschöpft werden, um „den Sozialismus schneller aufbauen“ zu können. Zum anderen sollten die Kinder möglichst früh der staatlichen Instruktion im Sinne des Marxismus zugänglich gemacht werden. Der Einfluss der Eltern wurde da eher als hinderlich betrachtet. Aber wie ist das nun heute bei uns?

Zumindest das erste Motiv ist gar nicht so wesentlich anders. Mehr oder weniger offen wird die Krippenpolitik mit dem Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft begründet. So wird der Wert der Familienpolitik besonders von wirt-

allem aber wollen sie ein übergroßes Arbeitskräfte-Reservoir, denn dann lassen sich niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen leichter durchsetzen.

Ein anschauliches Beispiel für diese elternfeindliche Politik ist ausgerechnet das seit 2007 bestehende Elterngeldgesetz. Wer vor der Geburt eines Kindes bereits vorher geborene Kleinkinder betreut hat, wird bei der Berechnung des Elterngeldes so behandelt, als hätte er „nicht gearbeitet“. Hier wird die rein wirtschaftsorientierte, die Erziehungsarbeit verachtende Ideologie klar erkennbar.

Das wirtschaftsorientierte Denken wirkt sich nicht nur in der



Kleinkindpolitik aus, sondern auch in der Schulpolitik. So propagiert die OECD mit großem Aufwand ein neues Schulkonzept. Dabei ist sie als Wirtschaftsorganisation von 34 westlichen Staaten für Bildung weder zuständig noch kompetent, be-

ein Gefühl der Geborgenheit zu vermitteln. Der Wert dieser elterlichen Erziehungsarbeit ist in vergleichbarer Weise zu würdigen wie der von klassischer Erwerbsarbeit. Das gilt einerseits, weil stabile Familien am ehesten Kindern die Sicherheit

Gleichberechtigung, sondern: Bevormundung. Dass eine solche Politik auch unvereinbar mit Artikel 3 und 6 unseres Grundgesetzes ist, sei hier nur am Rande vermerkt.

Es mag durchaus sein, dass die elternfeindliche Politik zum gegenwärtigen Wirtschaftserfolg und Exportüberschuss Deutschlands beigetragen hat. Aber das geschah auf Kosten der Kindererziehung, sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. Der Geburtenrückgang hat bereits heute zu einem Mangel an Arbeitskräften geführt. Und das Bildungsniveau der Berufseinsteiger sinkt. Paradoerweise wurzelt die Verachtung

Der Wert der elterlichen Erziehungsarbeit ist in vergleichbarer Weise zu würdigen wie der von klassischer Erwerbsarbeit.

einflusst aber mit ihren PISA-Tests und -Studien die Schulpolitik maßgeblich. Der OECD geht es aber nur um die Bedürfnisse der Wirtschaft, nicht um das Kindeswohl. „Kompetenzen“ für das Berufsleben sollen vermittelt werden.

vermitteln können, die sie für eine befriedigende soziale Entwicklung brauchen. Das ist aber auch die Voraussetzung für eine langfristig

Die Gleichstellungsideologie nimmt ausschließlich die Erwerbsarbeit zum Maßstab aller Dinge.

Der klassische Bildungsbegriff ist da wesentlich umfassender und zielt auf den „Lebenserfolg“ ab. Neben der Vorbereitung auf den späteren Beruf soll die Schule die Persönlichkeit formen und Werte vermitteln: soziale Verantwortung, demokratische Gesinnung, kritische Vernunft. Das eigene Leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse zu reflektieren und zu hinterfragen, ist heute aber immer weniger erwünscht. Auch hier zeigt sich eine Parallele zur Kollektivierung der Kindererziehung in der DDR: Schule soll in erster Linie leistungsfähige Arbeitskräfte hervorbringen, die in der Erwerbswelt „funktionieren“.

erfolgreiche Volkswirtschaft. Der dafür notwendige Erfindergeist gedeiht nicht bei unreflektiert dahinlebenden, nur funktionierenden Arbeitnehmern.

Leider geht die aktuelle Politik in eine andere Richtung: Eltern wird die Aufgabe, eine stabile Entwicklung ihrer Kinder zu begründen, immer schwerer gemacht. Die gegenwärtig von allen Bundestagsparteien vertretene Gleichstellungsideologie nimmt ausschließlich die Erwerbsarbeit zum Maßstab aller Dinge und behauptet, dass „wahre“ Gleichberechtigung nur durch „gleiche Teilhabe am Erwerbsleben“ zu erreichen sei. Auf diese Weise werden alle Mütter und Väter, die ihre Aufgabe vor allem darin sehen, das Glück ihrer Kinder zu fördern, diskriminiert. Eine „Gleichberechtigung“, die Wohlverhalten gegenüber einer staatlich vorgegebenen Ideologie voraussetzt, ist aber keine

der Erziehungsarbeit ursprünglich in der unter Männern verbreiteten Glorifizierung von Erwerbsarbeit und beruflicher Karriere. Die gegenwärtige „Gleichstellungspolitik“ gibt zwar vor, patriarchalisches Denken überwinden zu wollen, stärkt es aber in Wirklichkeit beträchtlich. ■

Dr. Johannes Resch, Jahrgang 1940, studierte Medizin und arbeitete 20 Jahre als leitender Arzt eines Versorgungsamts.

Von 2008 bis 2010 war er Sprecher der Bundesprogrammkommission der ÖDP. Zurzeit ist er unter anderem Vorsitzender ihres „Bundesarbeitskreises Familie, Soziales und Gesundheit“.

www.johannes-resch.de



Lehrplan und Schulunterricht

„Viele Eltern merken, dass da etwas falsch läuft“

Ausbildungsunternehmen und Berufsschulen, aber auch Hochschulen klagen oft darüber, dass heutige Schulabgänger Dinge, die früher selbstverständlich waren, nicht mehr können. Eine Kinder- und Jugendpsychiaterin hält dies unter anderem für eine Folge reformierter Lehrpläne und geht zusammen mit Berufskollegen, besorgten Eltern und Lehrern in die Offensive.

Interview mit Dr. Elke Möller-Nehring

ÖkologiePolitik: Frau Dr. Möller-Nehring, Sie kritisieren den bayerischen „LehrplanPlus“. Warum?

Dr. Elke Möller-Nehring: Seit über 15 Jahren gehen grundlegend veränderte Auffassungen von Unterricht und Bildung in die Lehrpläne, in die Lehrerbildung und in die Schulbücher ein. Im „Lehrplan-Plus“ werden sie konkret benannt: Kompetenzorientierung und Konstruktivismus sind die Theorien,

ne objektive Wahrheit und kein gesichertes Wissen gibt. Dies bedeutet eine grundlegend andere Vorstellung vom Lernen als in der humanistischen Bildungstradition: Das Kind soll sich sein Wissen selbst konstruieren, je nach Bedeutung, die es dem jeweiligen Thema beimisst. Der Lehrer ist nicht mehr der Wissensvermittler. Es entwickelt sich keine personale Beziehung zwischen Schüler und Lehrer mehr und

„Bei vielen Schülern entwickeln sich starke Probleme in Form von Entmutigung, Verweigerungshaltung und Verhaltensauffälligkeiten.“

die seine Basis bilden. Die Schüler sollen bereits ab der ersten Klasse weitgehend selbstgesteuert und jeder individualisiert für sich lernen. Der Lehrer ist dabei vorwiegend zur Gestaltung der Lernumgebung und als Lernbegleiter da. Damit sind viele Kinder überfordert.

Was bedeutet Konstruktivismus?

Der Konstruktivismus ist eine philosophische Theorie, die zur Strömung in der Lernpsychologie wurde. Kerngedanke ist, dass sich jeder Mensch seine eigene Wirklichkeit konstruiert und dass es kei-

es werden keine soliden Grundlagen und Erkenntnisse mehr vermittelt. Das führt zur Überforderung und totalen Oberflächlichkeit. Der Begriff des „Ko-Konstruktivismus“, der im neuen Lehrplan verwendet wird, ist reine Augenwischerei, da es dabei nicht um Bindung und Beziehung geht, sondern lediglich um den gemeinsamen Austausch darüber, wie jeder eine Sache sieht.

Wie sieht so ein Unterricht aus?

Die Schüler sollen sich nach einem kurzen Input durch den Lehrer mittels Arbeitsblättern, Freiarbeit,



Dr. med. Elke Möller-Nehring, Jahrgang 1963, studierte Medizin und absolvierte anschließend eine Facharzt-ausbildung zur Kinder- und Jugendpsychiaterin sowie eine Ausbildung zur tiefenpsychologisch orientierten Psychotherapeutin. Nach acht Jahren Tätigkeit an der Universitätsklinik Erlangen arbeitet sie seit 1999 als selbstständige Ärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie als Erziehungsberaterin für Eltern und Lehrer in eigener Praxis.

www.erziehungs-und-lehrerberatung.de

Wochenplan oder Stationen mit einem Thema auseinandersetzen – jeder für sich, nach eigenen Vorlieben oder eigenem Zutrauen, häufig

ohne Systematik, ohne wirkliches Verständnis und Durchdringen, ohne Orientierung durch den Lehrer. Oder sie sollen sich in Gruppen Themen erarbeiten, um Teamarbeit zu lernen. Einheitliche Lernziele

„Die Probleme haben häufig psychiatrische Abklärungen zur Folge, unter Umständen eine Verschreibung von Medikamenten.“

sind abgeschafft, der Klassenunterricht wird immer mehr aufgelöst. Das gemeinsame Erarbeiten im Klassengespräch, das kleinschrittige, auf ein Ziel gerichtete Anleiten durch einen Pädagogen, der gut durchdachte und strukturierte Unterricht, der die Klassengemeinschaft als Ganzes im Blick hat, stehen nicht mehr im Zentrum.

Können Sie ein konkretes Beispiel schildern?

Die Schüler einer dritten Klasse sollen sich anhand eines Werkstattunterrichts das Thema „Wasser“ erarbeiten. Die Lehrerin hat hierfür mehrere Stationen liebevoll aufgebaut, an denen die Schüler in Zweierteams verschiedene Versuche durchführen sollen. Auf den jeweiligen Arbeitsblättern stehen die Aufgaben: Zuerst sollen sich die Schüler die vorgefundenen Materialien anschauen, sich dazu eine Fragestellung und einen Versuchsaufbau überlegen, diesen dann durchführen, beobachten, Schlussfolgerungen ziehen und niederschreiben. Dann geht es zur nächsten Station. Wenn alle Stationen bearbeitet sind, sollen die Schüler reflektieren, was ihnen gut und was ihnen nicht gefallen hat. Trauriges Fazit einer Schülerin: „Gut gefallen hat mir, dass mein Partner nett war. Nicht gefallen hat mir, dass ich die Versuche nicht verstanden habe.“

Wie wirkt sich das auf die Schüler aus?

Viele Grundschüler fühlen sich zum einen völlig überfordert, zum anderen alleingelassen. Davon ausgehen, dass sie so hoch motiviert

sind, um sich alles zu erarbeiten, verfehlt die Realität. Einige schaffen es und werden als künftige Elite weitergereicht an Plus-Kurse, Begabtenförderungsmaßnahmen etc. Ein gro-

„Es entsteht ein Zwei-Klassen-Bildungssystem. Das wird immer offensichtlicher, doch darüber gibt es bisher keine öffentliche Diskussion.“

ßer Teil wurschtelt sich irgendwie durch, bekommt das halbwegs hin, hat aber kein solides Fundament, sondern lediglich „Kompetenzen“ – was verunsichert. Ein anderer großer Teil entwickelt starke Probleme in Form von Entmutigung, Verweigerungshaltung und Verhaltensauffälligkeiten. Dies hat häufig psychiatrische Abklärungen zur Folge, unter Umständen eine Verschreibung von Medikamenten.

Sind bei jungen Erwachsenen schon Auswirkungen erkennbar?

Ja. Schulabgänger kommen mit auffallend weniger gefestigten Grundlagen in die Lehre oder ins Studium. Hochschulen müssen Kurse für Grundlagen der Mathematik oder Physik anbieten, die eigentlich selbstverständliche Voraussetzungen für ein Studium wären. Auch in der Rechtschreibung bestehen erhebliche Defizite. Zudem sind die Schulabgänger heute

weniger in der Lage, an etwas dran-zubleiben, sich etwas konzentriert zu erarbeiten, sich anzustrengen.

Das klingt paradox, stand doch gerade das selbstständige Lernen im Mittelpunkt.

Selbstständigkeit kann sich nur auf einer soliden Basis entwickeln: auf der Basis wirklichen Verstehens und Durchdringens sowie auf der Basis einer guten Bindung zu Erwachsenen. Leider ist die Fiktion, dass das Kind sich durch Selbststeuerung und Selbstkompetenz zu einer eigenständigen, reifen Persönlichkeit entwickeln würde, so verführerisch, dass sie bei Lehrern wie Eltern greift.

Was sagen Ausbildungsbetriebe und Hochschulen dazu?

Sie beklagen sich schon lange über die Defizite der Schulabsolventen, doch es wird bisher noch zu

wenig erkannt, dass hier ein direkter Zusammenhang zu den neuen Lehrplänen bzw. Lehrmethoden besteht. Deshalb möchte ich eine möglichst breite Diskussion darüber anstoßen, damit die Menschen erkennen, dass Veränderungen im Bildungsbereich stattfinden, die sehr sorgfältig betrachtet werden müssen.

Wie stehen Lehrer und Eltern zu dieser Entwicklung?

Von den Lehrer- und Elternverbänden kommt bisher keinerlei Widerstand. Die Veränderungen kommen ja auch mit wohlklingenden Begriffen daher, gegen die niemand etwas sagen kann: Individuelle Förderung! Selbstentdeckendes Lernen! Die damit einhergehende Vereinzelung und Vereinsamung werden nicht gesehen. Und viele Lehrer sind konsterniert und frustriert, weil die Lehrpläne kaum brauchbar sind und die Unterrichtsqualität nicht verbessern. Sie merken, dass ihre pädagogische Aufgabe nicht mehr gewürdigt und ihnen ihr pädagogisches Instrumentarium aus den Händen genommen wird. Die Eltern müssen zunehmend die Rolle eines Hilfslehrers übernehmen – oder für viel Geld einen engagieren. Ohne eine solche Unterstützung würden viele Schüler scheitern. Und wenn sich die Eltern das nicht leisten können, scheitern sie tatsächlich. Es entsteht ein Zwei-Klassen-Bildungssystem. Das wird immer offensichtlicher, doch darüber gibt es bisher keine öffentliche Diskussion.

Wie sieht guter Unterricht aus?

Ich bin keine Pädagogin, daher kann ich nur sagen, was aus entwicklungspsychologischer und kinderpsychiatrischer Sicht unabdingbar ist: Die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen braucht ein erwachsenes Gegen-

über. Einen Lehrer, der sich als Mensch mit seiner Persönlichkeit einbringt, der den Schülern Beziehung anbietet und ihnen sowohl im Lernprozess als auch im sozialen Miteinander Wege aufzeigt. Der Unterricht muss strukturiert und geführt sein – kleinschrittig, genau angeleitet, getragen von einer wohlwollenden und unterstützenden

„Der Bildungsmarkt ist wirtschaftlich äußerst lukrativ. Da ist viel zu verdienen, wenn die Schule nicht mehr das leisten kann, was sie müsste.“

Haltung des Lehrers. Er muss von seinen Schülern auch etwas einfordern, auch etwas, was keinen Spaß macht oder nicht in die aktuelle Lebenswirklichkeit des Schülers passt – und dafür braucht es einen persönlichen Bezug. Auch die Klassengemeinschaft ist wichtig: um voneinander zu lernen und um eine Gemeinschaft zu entwickeln. In einem derart geführten Unterricht können wirklich „Herz und Charakter“ gebildet werden, wie es die

ausbilden. Zum anderen ist der Bildungsmarkt wirtschaftlich äußerst lukrativ. Da ist viel zu verdienen, wenn die Schule nicht mehr das leisten kann, was sie müsste.

Was tun?

Viele Eltern merken, dass da etwas falsch läuft, können aber die Geschehnisse nicht richtig einordnen, sehen die Zusammenhänge

nicht. Aus diesem Grund habe ich gemeinsam mit anderen die Initiative „Eltern für eine gute Bildung“ gegründet, die Website eltern-fuer-gute-bildung.de online gestellt und auf ihr unter anderem einen offenen Brief veröffentlicht. Wir fordern eine Bildung im Sinne der humanistischen Tradition – für alle. Wir fordern eine Schule, in der die Schüler gemeinschaftliches und verantwortungsvolles Denken und Handeln lernen, nicht nur die Verfolgung

„Viele Eltern merken, dass da etwas nicht richtig läuft, können aber die Geschehnisse nicht richtig einordnen, sehen die Zusammenhänge nicht.“

Bayerische Verfassung als eines der obersten Bildungsziele fordert.

Warum feiert der auf einer sehr fragwürdigen Kernthese beruhende Konstruktivismus solch einen Siegeszug?

Dahinter stecken wohl Zielsetzungen einflussreicher Interessengruppen. Zum einen sind vereinzelte Menschen leichter steuerbar. Der Grundstein dazu wird früh gelegt, wenn Kinder keine starke Beziehung mehr zu Erwachsenen

eigener Ziele. Wir fordern aber auch eine Schule, in der die Schüler wieder das lernen, was sie später im Leben auf alle Fälle brauchen: solide Grundlagen in Schreiben, Lesen, Rechnen sowie Sachwissen und handwerkliche Fähigkeiten. Darüber sollte unsere Gesellschaft ausführlich diskutieren.

Frau Dr. Möller-Nehring, herzlichen Dank für das interessante Gespräch und viel Erfolg für Ihre Initiative.

ONLINETIPPS

LehrplanPlus Bayern
www.lehrplanplus.bayern.de

Initiative „Eltern für eine gute Bildung“
www.eltern-fuer-gute-bildung.de

Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V.
www.bildung-wissen.eu

Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg
www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de

Neoliberalismus und Reformpädagogik

„Eine unheilige Allianz“

Unser Bildungswesen hat sich die letzten Jahre gravierend verändert. Warum eigentlich? Welche Leitbilder liegen dem zugrunde? Oder sollte man besser fragen: Wer profitiert davon? Profitieren dürften eigentlich nur die Schüler, doch die tun das offenbar nicht. Grund genug, sich über die Bedeutung und den Sinn von Erziehung und Bildung klar zu werden.

Interview mit Prof. Dr. Jochen Krautz

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Krautz, warum sind Erziehung und Bildung wichtig?

Prof. Dr. Jochen Krautz: Anthropologisch gesehen sind wir Menschen offene Wesen. Wir kommen im Vergleich mit anderen Säugetieren unfertig auf die Welt. Die Entwicklungspsychologie hat gezeigt, wie wichtig der Aufbau einer sicheren Bindung zum Kind ist, eben weil die weitere Entwicklung sich im „sozialen Uterus“ vollzieht: im Schoß der menschlichen Gemeinschaft. Sind dies zunächst Eltern und enge Bezugspersonen, so weitet sich dieses Beziehungsnetz, je älter wir werden. Doch können sich Erziehung und Bildung immer nur in interpersonaler Beziehung vollziehen. Hierdurch entfaltet der Mensch seine angelegte Sozialität, seine Fähigkeit zu Kooperation und Verstehen. Individualität entwickelt sich nur in und durch Gemeinschaft. Auch das Lernen beruht auf der spezifisch menschlichen Fähigkeit zu geteilter Aufmerksamkeit auf Fragen und Sachverhalte der gemeinsamen Welt. Aus Sicht der neueren Evolutionsbiologie unterscheidet uns Menschen diese Fähigkeit von anderen höheren Primaten: Wir können unsere Aufmerksamkeit gemeinsam auf ein Drittes richten und dabei voneinander wissen, dass wir

dies tun. Wir treten in eine geistige Kooperation und stimmen unsere Vorstellungen von einer konkreten oder auch sehr abstrakten Sache aufeinander ab, indem wir versuchen, die Vorstellung des anderen nachzubilden, ihn zu verstehen – so wie Sie und später die Leser versu-

„Nur durch eine intensive Auseinandersetzung mit den Dingen unserer gemeinsamen Welt entwickelt man sich zu einer reifen Persönlichkeit.“

chen, den Inhalt unseres Gesprächs geistig zu erfassen. Das können nur wir Menschen.

Welche Bedeutung hat der Lehrer?

Der Lehrer kann den Schüler anregen, eine geistige Aktivität zu entfalten. Tun muss dies der Schüler aber selbst. Die klassische Bildungstheorie betonte daher schon immer, dass Bildung nur Selbstbildung sein kann. Man kann nicht gebildet werden. Ohne innere Aktivität geschieht gar nichts. Ein Lehrer kann und muss den Schüler dazu auffordern, ihn für etwas interessieren, ihn ermutigen, ermahnen, motivieren, unterstützen. So kann man jungen Menschen z.B. aus einer Lernentmutigung heraushelfen oder auch eine passiv-verwöhnte Haltung korrigieren. Aber dazu muss der Schüler kooperieren.

Ist nicht auch die Realität ein „Lehrmeister“?

Ja, in gewisser Weise. „Bindung“ und „Beziehung“ werden heute gerne missverstanden, als ginge es um ein persönliches Coaching, um Beziehungsarbeit unabhängig von der Sache. Wir haben aber ein päd-

agogisches Dreieck. Der Mittelpunkt ist die gemeinsame Arbeit an Weltzugängen, die die Schulfächer repräsentieren: die Sprachen, die naturwissenschaftliche Sichtweise, die historische Perspektive, die bildnerisch-gestalterische Dimension usw. Nur durch eine intensive Auseinandersetzung mit den „Realia“ – den Dingen und Themen unserer gemeinsamen Welt – entwickelt man sich zu einer reifen Persönlichkeit.

Ist der Leistungsanspruch richtig? Und wichtig?

Wenn Sie Leistung soziologisch als Anspruch von Wirtschaft und Gesellschaft zwecks Selektion und „Allokation von Chancen“ verstehen, dann würde ich diesem Leistungsanspruch nur ein begrenztes Recht einräumen. Ein pädagogischer Leistungsbegriff meint mehr:



Prof. Dr. Jochen Krautz, Jahrgang 1966, studierte Kunst, Latein und Erziehungswissenschaften. Während seiner Tätigkeit als Gymnasiallehrer promovierte er in Kunstpädagogik und schlug anschließend eine akademische Laufbahn ein. Seit 2008 ist er Professor für Kunstpädagogik: bis 2013 an der Alanus-Hochschule in Alfter, seit 2013 an der Bergischen Universität Wuppertal. Zudem ist er im Beirat der Gesellschaft für Bildung und Wissen.

<http://tinyurl.com/neyau3w>

Schule stellt Aufgaben, weil wir in einer Welt leben, die uns immer schon Aufgaben stellt. Diese Aufgaben sind in den von den Schulfächern repräsentierten Weltzugängen und im Erziehungsauftrag der Schule präsent. Es geht um Inanspruchnahme und Entsprechung: Inanspruchnahme durch die Lebensaufgaben – aber nicht verkürzt durch einzelne gesellschaftliche Akteure wie die Wirtschaft, auch wenn das heute gerne suggeriert wird. Die Schule und jeder einzelne Lehrer müssen die Aufgaben, die sich aus Demokratie, Kultur und Wirtschaft ergeben, sowie den Anspruch der

Sache und den Bildungsanspruch des jungen Menschen beständig pädagogisch austarieren, ohne zu einseitigen. Junge Menschen stärkt nicht, wenn wir sie vor Ansprüchen verschonen, sondern wenn wir For-

Unterrichts stattfinden. Tatsächlich kann ein erziehender Unterricht beides leisten: Erziehung und Bildung. Dazu muss man Unterrichtsgegenstände so auswählen und behandeln, dass darin wesentliche

„Junge Menschen stärkt nicht, wenn wir sie vor Ansprüchen verschonen, sondern wenn wir Forderungen stellen und ihnen helfen, diese zu bewältigen.“

derungen stellen und ihnen helfen, diese zu bewältigen – nicht indem wir die Anforderungen senken. Das wirkt sich verheerend auf Wissen, Können, Mündigkeit und Reife der Jugendlichen aus. Solche Erleichterungspädagogik suggeriert Kindern und Jugendlichen eine Scheinwelt, die im allverfügbaren Konsum ihre Entsprechung findet. Doch nur mit einem kritischen Realitätssinn, mit Wissen, Urteilskraft und sozialer Verbundenheit entwickeln sich Verantwortlichkeit und Mündigkeit als für eine demokratische Gesellschaft wesentliche Fähigkeiten.

Passen Erziehungsauftrag und Leistungsanspruch zusammen?

Zum Gegensatz wird das nur, wenn man den Leistungsbegriff

menschliche Fragen sichtbar und diskutierbar werden. Dabei geht es nicht nur um Themen in Religion und Geschichte, sondern auch im Mathematikunterricht kann die Frage, ob und warum eine Prozentrechnung stimmt, sehr wohl zum Nachdenken darüber führen, was uns allerorten als „Sonderangebote“ feilgeboten wird, was das mit uns macht und wie wir uns dazu verhalten wollen. Zudem ist die Klassengemeinschaft von großer Bedeutung. Wenn man diese pädagogisch gestaltet, kann sie zu einem Ort werden, an dem sich wichtige soziale Erfahrungen machen lassen, an dem sich modellhaft erleben lässt, was es heißt, gemeinsam an etwas zu arbeiten, das eigene Tun

„Nur mit einem kritischen Realitätssinn, mit Wissen, Urteilskraft und sozialer Verbundenheit entwickeln sich Verantwortlichkeit und Mündigkeit.“

verengt und Bildung auf „Kompetenzen“ reduziert. Dann kommt man auf die seltsame Idee, für jede Erziehungsaufgabe – zur Mitemenschlichkeit, zur Friedfertigkeit, zum Gewaltverzicht – eigene „Trainings“ und „Programme“ einrichten zu müssen, die außerhalb des

zu verantworten, sich zu helfen, anderen etwas zu erklären, Konflikte friedlich zu lösen und miteinander Probleme anzugehen.

Momentan entwickeln sich die Lehrpläne in eine andere Richtung.

Ja – und das läuft den eben erläuterten Zielen von Bildung und

Erziehung völlig zuwider. Die „Bildungsreformen“ der letzten beiden Jahrzehnte haben die größeren Zusammenhänge und Ziele von Bildung und Erziehung systematisch ausgeblendet. Sie befördern nicht die Entwicklung von Mündigkeit, sondern zersetzen Sozialität als Grundlage und Ziel der Pädagogik. Und ich verwende hier bewusst den Begriff „Zersetzung“ und nicht „Zerstörung“, um zu betonen, dass dies nicht zufällig geschieht.

Sondern?

Diese Entwicklung wurde strategisch konzipiert und umgesetzt. Und dabei sind zwei scheinbar widersprüchliche Strömungen beteiligt: Auf der einen Seite haben wir die Akteure einer Ökonomisierung



Foto: Günther Hartmann

von Bildung. Hierbei geht es nicht vorrangig um die Privatisierung von Schulen und Hochschulen zu profitablen Dienstleistungsbetrieben, sondern vor allem um die Neudefinition dessen, was man unter Bildung versteht, nämlich: Anpassungsleistung. Deshalb werden reales Wissen und Können wie auch Mündigkeit und Gemeinsinn abgebaut. Auf der anderen Seite haben wir eine bildungsromantisch-reformpädagogisch geprägte Fraktion. Die tendiert zu Erleichterungspädagogik, weil sie die pädagogische

gogisch klingenden Paradigmen, die vereint gegen Bildung und Wissen arbeitet.

Wie sieht „selbstgesteuertes Lernen“ aus?

Das Lernen im Klassenverband löst sich auf, die Schüler arbeiten an Einzelarbeitsplätzen, am besten per Sichtschutz getrennt und am PC wie in einem Großraumbüro. Der Lehrer unterrichtet nicht mehr, sondern stellt Arbeitsblätter zur Verfügung, verteilt „Lernjobs“ und berät als „Coach“. Die Schüler tragen ihren eigenen Lernfortschritt

„Die ‚Bildungsreformen‘ befördern nicht die Entwicklung von Mündigkeit, sondern zersetzen Sozialität als Grundlage und Ziel der Pädagogik.“

Bedeutung jener Inanspruchnahme erkennt. Stattdessen plädiert man für „Selbstentfaltung“, und „Selbststeuerung“ der Kinder. So haben wir heute eine „große Koalition“ – oder besser: „unheilige Allianz“ – aus neoliberalen und reformpäda-

in Kompetenzraster ein. Das ist das perfekte Modell des in sich selbst investierenden, flexiblen Selbstunternehmers. Es geht hier um Anpassung an äußere Vorgaben, um eine subtile Form von Steuerung, getarnt als angebliche Selbstständigkeit.

Dies zerstört Sozialität und Realität als Grundlagen von Mündigkeit systematisch. Übrig bleiben atomisierte Individuen, deren Lernen im Wortsinne „sinnlos“ ist, weil kein Sinnzusammenhang mehr gemeinsam erfahrbar ist.

Welche sozialen Konsequenzen hat das?

Es setzen sich die Starken durch, die gute Voraussetzungen haben

Natur und Kultur konstruiert, womit die Ansprüche dieser Kultur als nicht kindgemäß gelten. Auf der einen Seite haben wir nun das Prinzip „Markt“ als vermeintlich naturgegebenen Raum, in dem sich das Individuum im Wettbewerb positionieren soll. Auf der anderen Seite die Vorstellung von einer Art ökologischem Reservat, in dem die „freie Entfaltung“ des Subjekts

„Wir haben heute eine ‚große Koalition‘ aus neoliberalen und reformpädagogisch klingenden Paradigmen, die vereint gegen Bildung arbeitet.“

und Eltern, die ihnen zu Hause selbst erklären oder durch Nachhilfelehrer beibringen lassen können, was der Lehrer in der Schule nicht mehr leistet. Die Schwachen aus bildungsferneren Elternhäusern verlieren. Auf der Strecke bleiben gerade diejenigen, von denen alle beteuern, dass sie besonderer Förderung bedürften. Faktisch können gerade Kinder aus sozial schwachen Milieus mit diesen offenen Unterrichtsformen am schlechtesten umgehen. Sie brauchen Zuwendung, Anleitung, Forderung und Ermutigung durch direkte Ansprache und enge Beziehung.

Wieso passen Reformpädagogik und Ökonomisierung so gut zusammen?

Manche Reformpädagogik sieht strukturiertes, lehrergeleitetes Lernen tendenziell als der „freien“ Entwicklung des Kindes entgegenlaufend an. Dieser Naturalismus behauptet, das Kind entfalte sich am besten von selbst oder indem man nur seine Umgebung anregend einrichte. So haben es etwa Ellen Key oder Maria Montessori formuliert. Hier wird ein Widerspruch zwischen menschlicher

vonstattengehen soll. Beide Räume sind frei von Kultur, von Tradition und Geschichte, von Wissen und Können, von Verantwortung für das Gemeinwohl. Beide betonen und fördern das egoistische Selbst: einmal als „homo oeconomicus“, einmal als „natürliches Kind“. Beide verstehen Lernen als Anpassung an die Umgebung. Beide vernachlässigen Bindung und Beziehung. Beide vereinzeln die Schüler und bringen sie in verschärfte Konkurrenz zueinander. Ich bezeichne diese Gemengelage hier einmal als „neoliberalen Ökologismus“.

Das ist merkwürdig und schwer verständlich.

In der Tat, ich kann dies bislang auch nur vom Phänomen her analysieren. Fakt ist aber, dass ausgerechnet rot-grüne Landesregierungen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen diese Modelle der Selbststeuerung derzeit mit aller Gewalt durchsetzen – und das mit Unterstützung der üblichen neoliberalen Akteure wie der Bertelsmann-Stiftung. Möglicherweise gibt es eine ideologische Konvergenz: das geteilte Interesse an Macht und Steuerung? Auffal-

BUCHTIPPS

Jochen Krautz, Jost Schieren (Hrsg.)
Persönlichkeit und Beziehung als Grundlage der Pädagogik
Beltz Juventa, 2013
278 Seiten, 39,95 Euro
978-3-7799-2851-5



Jochen Krautz
Ware Bildung
Schule und Universität unter dem Diktat der Ökonomie
Diederichs, 2007
256 Seiten, 19,95 Euro
978-3-7205-3015-6



lend ist, dass sowohl der Neoliberalismus als auch der „progressive Ökologismus“ auf das Prinzip der permanenten Reform und „schöpferischen Zerstörung“ setzen: Reform an sich gilt als gut. Wer Reformen kritisiert, gilt als konservativ und reaktionär.

Beide Seiten verbindet ihr Reformeifer?

Gewissermaßen. Und beide Seiten bewirken das, was Simone Weil hellsichtig als „mit Abstand die gefährlichste Krankheit der menschlichen Gesellschaften“ bezeichnet hat: die Entwurzelung. Ich halte es deshalb mit Pierre Bourdieu, der formulierte, „Bewahrung“ sei heute die stärkste Kraft des Widerstands gegen die Macht der neuen Ordnung, die als permanente Umwälzung daherkommt. Damit ist kein Konservatismus der Macht, sondern der Sinngebung gemeint. Und das war und ist die Aufgabe von Bildung und Bindung.

Herr Prof. Krautz, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

ONLINETIPPS

Jochen Krautz
Zersetzung von Bildung: Ökonomismus als Entwurzelung und Steuerung
Coincidentia, Beiheft 5, 27.10.2015
<http://tinyurl.com/nu7obas>

Jochen Krautz
Kompetenzen machen unmündig
Streitschriften zur Bildung, Heft 1, 24.06.2015
<http://tinyurl.com/qefaqwm>

Interview mit Jochen Krautz
Kompetent aber denkfaul?
Südtiroler Wirtschaftszeitung, 12.06.2015
<http://tinyurl.com/ntr4hrz>

Silja Graupe, Jochen Krautz
Die Macht der Messung: Wie die OECD mit PISA ein neues Bildungskonzept durchsetzt
Coincidentia, 06.05.2014
<http://tinyurl.com/njtwkbb>

Leben im Neoliberalismus

„Unentwegt unsere Wettbewerbsfähigkeit verbessern“

Die verheerenden Wirkungen des Neoliberalismus sind offensichtlich, doch scheint er aus jeder Krise gestärkt hervorzugehen. Seine Durchsetzungskraft beruht darauf, dass er im Gewand der Vernunft auftritt und die Schwächen der Menschen nutzt. Er ist eine ideologiefreie Ideologie, in der die Menschen gar nicht wissen müssen, dass sie neoliberal sind.

Interview mit Dr. Patrick Schreiner

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Schreiner, Ihr neues Buch trägt den etwas irritierenden Titel „Unterwerfung als Freiheit“. Wie ist das gemeint?

Dr. Patrick Schreiner: Wir leben in einer neoliberalen Gesellschaft,

motivieren, attraktiver werden, berufliche Qualifikationen erwerben und nützliche Beziehungen knüpfen.

Was hat Sie motiviert, dieses Buch zu schreiben?

„Neoliberale Denk- und Handlungsmuster sind in unserem Alltagsleben erschreckend normal geworden.“

in der eine sehr spezielle Vorstellung von Freiheit dominiert: die Freiheit, an Märkten möglichst uneingeschränkt handeln zu können – ohne Regulierungen, Steuern, Sozialabgaben und Arbeitnehmerrechte. Die Kehrseite ist „mehr Eigenverantwortung“ – was bedeutet: weniger Solidarität und weniger soziale Sicherheit. Daraus resultiert eine Art „neoliberale Moral“. Sie fordert uns auf, unsere „Wettbewerbsfähigkeit“ unentwegt zu verbessern, flexibel zu sein, unternehmerisch und egozentrisch zu denken. Wir unterwerfen uns dieser Moral – und um mit ihr klarzukommen, unterwerfen wir uns den Ratschlägen und Weisheiten von Trainern, Coaches und Therapeuten. Die erklären uns, wie wir uns beispielsweise besser

Strategisch: das Ansinnen, eine verständliche Einführung in das Thema zu verfassen. Inhaltlich: die Vermutung, dass die bloße Kenntnis der offensichtlichen Konsequenzen des Neoliberalismus noch kein

„Zentral ist die Überzeugung, sich in einem permanenten Wettbewerb zu befinden.“

Umdenken auslöst. Obwohl wir wissen, dass mit ihm die Ungleichheit und das soziale Elend zunehmen, wird der Neoliberalismus als „alternativlos“ angesehen. Er wird aber nicht nur hingenommen, sondern sogar von vielen Menschen befürwortet. Das liegt eben auch daran, dass neoliberale Denk- und

Handlungsmuster in unserem Alltagsleben erschreckend normal geworden sind.

Welche neoliberalen Gedanken sind im Alltagsleben zu finden?

Zentral ist die Überzeugung, sich in einem permanenten Wettbewerb zu befinden – und in dem befinden wir uns dadurch ja auch tatsächlich immer mehr. Fitter und aktiver zu sein, mehr Bildung zu haben, ein breiteres Beziehungsnetzwerk, mehr Sexappeal, eine schickere Wohnung, ein größeres Auto – auf diese und andere Arten und Weisen versuchen wir, die Nase vorn zu haben, Anerkennung zu ernten. Deshalb denken wir permanent über uns nach, messen uns an anderen, versuchen,

uns zu optimieren und dies gegenüber anderen darzustellen. Bei dieser verzweifelten Suche nach Glück merken wir nicht, wie wir uns und unsere Gesellschaften immer mehr kaputt machen.

Welchen Einfluss hat die neoliberale Ideologie auf unser Bildungssystem?



Dr. Patrick Schreiner, Jahrgang 1978, ist promovierter Politikwissenschaftler und als hauptamtlicher Gewerkschafter und Publizist tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Finanz- und Wirtschaftspolitik, Verteilung und politische Theorie. Seit 2012 betreibt er den Blog „annotazioni.de“, 2015 veröffentlichte er sein Buch „Unterwerfung als Freiheit“.

www.annotazioni.de

Bildungseinrichtungen sind zunehmend Orte, an denen die neoliberale Ideologie vermittelt und praktiziert wird. Natürlich gibt es Einrichtungen, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, die sich dieser Entwicklung entgegenstellen. Und doch: Früher verband man mit Bildung auch die Idee, dass es um die persönliche Entwicklung hin zu selbstständigen, selbstbewussten Menschen und um Teilhabe an einer demokratischen Gesellschaft gehe. Wenn Sie seit den 1990er-Jahren verfasste bildungspolitische Konzeptionen lesen, dann ist dort im Grunde nur noch von Anpassung an die Anforderungen der Märkte die Rede. Da nimmt es nicht Wunder, dass Eltern schon ihre Kleinkinder in fremdsprachige Kitas schicken und Career Center an den Hochschulen wie Unkraut aus dem Boden schießen.

Welche Bedeutung hat denn das Fernsehen?

Vermutlich eine große. Es scheint mir evident, dass etwa Castingshows, Daily Talks oder bestimmte Seifenopern neoliberale Ideologie vermitteln, indem sie den Menschen vorführen oder erklären, wie sie ihr Leben zu leben haben.

Welche Rolle spielen die sozialen Netzwerke im Internet?

Eine zweischneidige. Einerseits bieten soziale Netzwerke wie Twitter hervorragende Möglichkeiten der Vernetzung, des Austauschs, vielleicht sogar der Gegenöffentlichkeit. Andererseits geht es aber eben auch hier häufig um den Vergleich: Wer hat die tollsten Urlaubsfotos, die meisten „Freunde“, den besten Job, den hübschesten Partner? Der Aspekt der Selbstdarstellung ist nicht zu übersehen.

Inwiefern ist Esoterik, deren Hauptziel eigentlich Harmonie zu sein scheint, ein Medium neoliberalen Gedankenguts?

Esoterik bietet dem neoliberalen Denken Anknüpfungsmöglichkeiten. Sie beruht auf dem Grundgedanken, dass jeder Mensch sein Seelenheil in sich selbst finden muss. Der Mensch hat, um glücklich zu werden, sein Denken, sein Bewusst-

„Entscheidend ist, dass die Menschen neoliberale Normen verinnerlichen und neoliberales Denken als natürlich ansehen.“

sein, sein Fühlen zu verändern. Gesellschaftliche Veränderungsmöglichkeiten und kollektive Solidarität werden dabei faktisch ausgeblendet. Es geht letztlich um „spirituelle Eigenverantwortung“. Dass Esoterik zeitgleich mit dem Aufkommen des Neoliberalismus an Bedeutung gewann, ist kein Zufall.

BUCHTIPP

Patrick Schreiner
Unterwerfung als Freiheit

Leben im Neoliberalismus
PapyRossa, Januar 2015
128 Seiten, 11.90 Euro
978-3-89438-573-6



Wie war die Hegemonie der neoliberalen Ideologie möglich? Steckt dahinter ein „Masterplan“?

Nein, einen „Masterplan“ oder eine zentrale Steuerung gibt es nicht. Wir haben es hier mit einem System zu tun, das im Kern keiner zentralen Steuerung bedarf. Natürlich braucht es zentralisierte Autoritäten wie den Staat oder internationale Organisationen, die Macht bündeln und Regeln durchsetzen – im Extremfall auch mit Gewalt. Entscheidend ist aber, dass die Menschen neoliberale Normen verinnerlichen, neoliberales Denken als natürlich ansehen und entsprechende Handlungen aus Überzeugung und oft mit Freude vollziehen. Wir gehen freiwillig in Castingshows und Fitness-Studios, lesen Esoterikzeitschriften und Ratgeberliteratur des „Positiven

Denkens“, weil wir meinen, unser Leben so ein klein wenig besser zu machen. Es sind die Menschen und ihre vielen kleinen Entscheidungen, die den Neoliberalismus so erfolgreich und so vermeintlich „alternativlos“ machen.

Herr Dr. Schreiner, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Mindestlohn und Wohnraum

Grundgesetz fordert Schutz der *Menschenwürde*

Sollte die Aushandlung eines Mindestlohns ganz den Arbeitgebern und Gewerkschaften überlassen werden? Und die Bereitstellung von Wohnraum ganz den Bauträgern und Spekulanten? Diese Marktgläubigkeit ist zwar gängige Praxis und politischer Konsens unter den „Volksparteien“, stellt jedoch einen klaren Verstoß gegen unser Grundgesetz dar.

von Dr. Klaus J. Klumpers

Es gibt wohl kein Parteiprogramm in Deutschland, in dem kein klares Bekenntnis zur sozialen Gerechtigkeit steht. Nur was darunter genau zu verstehen ist, das bleibt immer weitgehend unklar. Ein Blick in Wikipedia: „Der Begriff der sozialen Gerechtigkeit bezieht sich auf gesellschaftliche Zustände, die hinsichtlich ihrer relativen Verteilung von Rechten, Möglichkeiten und Ressourcen als fair oder gerecht bezeichnet werden können. Was genau Inhalt und Maßstab dieser Form von Gerechtigkeit sei, ist aber seit jeher umstritten und vielschichtig.“ Es handelt sich also um eine



Foto: Andreas Hermsdorf/pixellode

würde lässt sich eine Pflicht zum Schutz vor Ausbeutung ableiten. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist deshalb keine Frage von Tarifauto-

Netto-Einkommen von 892 Euro/Monat definiert. Das bedeutet, dass der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro/Stunde tatsächlich für ein menschenwürdiges Leben ausreicht – allerdings nur, solange die Erwerbsarbeit ausgeübt wird. Für eine menschenwürdige gesetzliche Altersrente reicht er nicht. Das wurde in der ÖkologiePolitik schon im Mai 2014 dargestellt und kritisiert – und nun hat es endlich auch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter der Führung von Andrea Nahles (SPD) erkannt. Auf eine Anfrage der „Linken“ musste es zugeben, dass für eine menschenwürdige Altersrente ein Mindestlohn von 11,50 Euro/Stunde nötig wäre.

Die Öffentliche Hand hat diese Erkenntnis schon lange vor Augen.

Aus der Pflicht zum Schutz der Menschenwürde lässt sich eine Pflicht zum Schutz vor Ausbeutung ableiten.

Worthülse, die zu nichts, aber auch gar nichts verpflichtet.

Orientierung bringt eine Rückbesinnung auf unser Grundgesetz. In seinem Artikel 1 Absatz (1) definiert es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Aus dieser Pflicht zum Schutz der Menschen-

nomie oder Arbeitsbewertung, sondern muss sich daran orientieren, was als Armutsgrenze gilt.

Mindestlohn reicht nicht für menschenwürdige Altersrente

Im Anfang 2015 erschienenen Armutsbericht der Bundesregierung wird für einen Ledigen die Armutsgrenze mit einem frei verfügbaren

Deshalb wird schon seit Jahren den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Öffentlichen Dienstes eine ausschließlich aus unseren Steuern finanzierte Zusatzrente gewährt, die etwa 25 % der gesetzlichen Altersrente ausmacht. In Bezug auf die spätere Altersrente wirkt ein derzeitiger Mindestlohn im Öffentlichen Dienst von immerhin 9,72 Euro/Stunde wie 12,20 Euro/Stunde.

Der Verfassungsauftrag ist durch einen Mindestlohn von 8,50 Euro/Stunde absolut nicht erfüllt, da das Rentenniveau bei knapp der Hälfte des Nettoeinkommens liegt, jedoch 8,50 Euro/Stunde keinesfalls ein Nettoeinkommen ergeben, das beim Doppelten der Armutsgrenze liegt. Das stört in der Politik aber seltsamerweise niemanden. Der Verfassungsauftrag wird ganz bewusst ignoriert und immer weiter behauptet, der gesetzliche Mindestlohn sei eigentlich eine Angelegenheit der Arbeitsbewertung durch Arbeitgeber und Gewerkschaften. Diese beiden Organisationen wurden mit der zukünftigen Fortschreibung des Mindestlohns betraut, was wiederum als klarer Verfassungsbruch zu kritisieren ist, da es sich hierbei um eine Aufgabe der Sozialgesetzgebung handelt.

Recht auf menschenwürdiges Leben gilt auch für Flüchtlinge

Wie wenig der Verfassungsauftrag ernst genommen wird, zeigt sich in der aktuellen Flüchtlingsdiskussion mit besonderer Brisanz. Schon wird laut darüber nachgedacht, ob für Asylbewerber – also für Menschen, die aus Angst vor Bomben, Tod und Verfolgung bei uns Schutz suchen – der Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben „ausgesetzt“ werden kann. Das Wort „ausgesetzt“ erfreut sich zurzeit allergrößter politischer Beliebtheit, denn es klingt

wesentlich eleganter als „Verfassungsbruch“ oder „Gesetzesbruch“, wie es korrekt zu bezeichnen wäre.

Warum nutzt die Große Koalition nicht jetzt ihre alternativlose Mehrheit und streicht endlich den Artikel 1 „Die Würde des Menschen ist unantastbar...“ ersatzlos aus unserem Grundgesetz? Mit einem so „modernisierten“ und dem Zeitgeist angepassten Grundgesetz ließe sich in Zukunft wesentlich einfacher regieren. Die Zeit drängt schließlich. Ministerpräsident Horst Seehofer wird nicht mehr lange stillhalten wollen, weil sonst auch noch

ONLINETIPPS

IWU, GSF, GISS –
Forschungsverbund
Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen
Gesamtbericht, Oktober 2005
151 Seiten, PDF kostenfrei
www.iwu.de/forschde/dateien/FVGesamtbericht.pdf

krete Aussage wäre, dass niemand mehr als z.B. 30 % seines Nettoeinkommens für angemessenen

Andrea Nahles musste zugeben, dass für eine menschenwürdige Altersrente ein Mindestlohn von 11,50 Euro/Stunde nötig wäre.

der Rest der CSU bei PEGIDA mitläuft und bei den nächsten Wahlen die AfD unserer christlichen Partei die Mehrheit stiehlt.

Bereitstellung von Wohnraum gehört zur Pflicht des Staates

Jetzt haben die Politiker aller Parteien wieder eine neue Worthülse gefunden: bezahlbarer Wohnraum! Das sagt nicht viel aus. Eine kon-

Wohnraum ausgeben sollte. So wie der Mindestlohn eine Forderung des Schutzes der Menschenwürde ist, gilt es endlich auch, die komplexe Thematik der Verfügbarkeit von angemessenem Wohnraum unter verfassungsrechtlicher Sicht zu betrachten. Auch in diesem Fall geht es wieder um eine sehr konkrete Forderung unseres Grundgesetzes in Bezug auf das Grundrecht auf



Flüchtlingsunterkünfte in München-Messestadt: Die uninspirierte Reihung und Stapelung von Stahlcontainern macht Menschen zu Verwaltungsakten und erinnert an Massentierhaltung.

Foto: Günther Hartmann

Wohnraum. Die Erfüllung dieses Verfassungsauftrags darf der Staat nicht den Immobilienspekulanten überlassen, sondern muss selbst für die Befriedigung dieses Grundrechts sorgen – in Ergänzung zu den unterschiedlichsten Geschäftsmodellen eines lukrativen Wohnungsmarkts innerhalb der freien Marktwirtschaft.

Wie es in Deutschland um den sozialen Wohnungsbau bestellt ist, zeigt eine Statistik im Forschungsbericht „Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen“, der 2005 erschien – neuere Zahlen scheinen es nicht zu geben, wohl sind sie politisch nicht erwünscht: Der Anteil der Sozialwohnungen am Gesamtwohnungsbestand lag im Jahr 1968 bei 18,9%, fiel dann bis 1987 auf 15,3% und bis 2003 auf 6,8%. Welche Aktualität dieses Thema besitzt, zeigt sich darin, dass zusätzlich zu dieser dramatischen Schrumpfung des Sozialwohnungsbestands auch noch einige spektakuläre

Der Anteil der Sozialwohnungen am Gesamtwohnungsbestand lag im Jahr 1968 bei 18,9% und fiel bis 2003 auf 6,8%.

Verkäufe großer Immobilienpakete durch die Öffentliche Hand in der jüngeren Vergangenheit stattgefunden haben. Solche Verkäufe werfen ein schrilles Schlaglicht darauf, mit welchen rüden Methoden sich der Staat aus der Verantwortung für die Sicherung des Grundrechts auf Wohnraum geschlichen hat.

„Volksparteien“ führten Verwerfungen bewusst herbei

Das Perverse daran ist, dass einige Landesregierungen hiermit ein lukratives Geschäftsfeld für Spekulanten eröffnet haben, bei dem die bald



Flüchtlingsunterkünfte in Königsbrunn bei Augsburg: Dass trotz engem Budget eine menschengerechte Siedlungsform möglich ist, zeigt dieses in Holzfertigbauweise ausgeführte Beispiel.

ansteigenden Mietpreise teilweise wiederum über Sozialhilfe von den Kommunen, d.h. vom Steuerzahler, finanziert werden müssen, da viele der ärmeren Bürgerinnen und Bürger entsprechend höhere Wohngeldförderungen erhalten, falls sie überhaupt in den „modernisierten Wohnungen“ verbleiben dürfen.

matik eine noch größere Zündkraft, weil dadurch der demografisch erwartete Rückgang der Wohnraumnachfrage nicht nur ausbleibt, sondern in einen gigantisch ansteigenden Wohnraumbedarf umschlägt. Zu welchen sozialen Spannungen mit größter Sprengkraft dieser Nachfragekampf in den nächsten Jahren führen wird, sollte den Sozialpolitikern schon heute den Schlaf rauben. ■

Dr. Klaus J. Klumpers, Jahrgang 1944, studierte Elektrotechnik, war Geschäftsführer bei zwei mittelständischen Unternehmen und Universitätsdozent, bezieht seit 2009 Altersrente und arbeitet als freiberuflicher Unternehmens-, Gründungs- und Energieberater. In die ÖDP trat er 2005 ein. Seit 2008 ist er Stadtrat in Coburg, seit 2011 Mitglied im „Bundesarbeitskreis Wirtschaft und Finanzen“, von 2013 bis 2015 war er Vorsitzender des Bezirks Oberfranken.



klumpers@oedp.de

Human-ökologisches Grundeinkommen

Raus aus dem Hamsterrad

Unsere soziale und unsere ökologische Zukunft stehen seit Langem auf der Agenda. Zwar gelobt die Politik in Sonntagsreden seit Jahrzehnten Besserung, aber „Kyoto 1992“ hat den CO₂-Anstieg nicht verhindern können und die „Agenda 2010“ hat die soziale Schieflage vergrößert. Deshalb ist es Zeit für einen neuen Ansatz: das human-ökologische Grundeinkommen.

von Kurt Rieder

Unser blauer Planet Erde zerfällt, langsam und kaum beachtet – aber er zerfällt. Er wird durch Ausbeutung und Konsumwahn zu einer gigantischen Mülldeponie entwertet. Die gebetsmühlenartig vorgetragenen Versprechen, durch technischen Fortschritt und Globalisierung sowie niemals endendes Wirtschaftswachstum eine immer rosigere Zukunft zu erhalten, entpuppen sich als hohle Floskeln.

Nie war der alte Sponti-Spruch „Fortschritt ist die fortschreitende, sich beschleunigende Umwandlung von Rohstoffen, Energie und menschlicher Arbeitskraft in Müll“ aktueller. Die sogenannten „entwickelten Staaten“ beuten auf Kosten der „zurückgebliebenen Staaten“ und der nachfolgenden Generationen die noch verbliebene Umwelt und Lebensvielfalt unwiederbringlich aus. Konsum ist zur Ersatzreligion geworden. Der „Tanz ums goldene Kalb“ gestaltet sich immer hektischer und unmenschlicher. Omen eines Endes oder einer Wende?

Sich klar werden, was im Leben wichtig ist

Die Krankenschwester und Buchautorin Bronnie Ware hat viele Interviews mit Sterbenden geführten

und dabei vier Dinge ausgemacht, die diese am Ende ihres Lebens bereuen:

- die eigenen Wünsche hinten angestellt zu haben
- viel zu viel gearbeitet zu haben

Die Glücksforschung hat festgestellt, dass Einkommen insoweit glücksfördernd ist, wie es finanzielle Unabhängigkeit beschert. Besitz und Geld im Überfluss wirken dagegen keinesfalls glückssteigernd.

Menschen in existenziellen Krisen erfahren zumeist einen nachhaltigen, tiefen inneren Wertewandel.

- zu wenig Zeit mit der Familie oder Freunden verbracht zu haben
- sich selbst nicht erlaubt zu haben, zufrieden zu sein

Das Leben wartet nicht – die meisten Menschen merken es erst ganz am Ende. Und dann? Menschen in existenziellen Krisen erfahren zumeist einen nachhaltigen, tiefen inneren Wertewandel. Die als wahre Werte erkannten sind allesamt nicht die, die unsere heutige Medien- und Konsumgesellschaft als „Glücksbringer“ suggeriert, auch nicht die zum Lebensmittelpunkt hochstilisierte Erwerbsarbeit und auch nicht das mit dem beruflichen Erfolg verknüpfte Ansehen. Es sind die sogenannten „kleinen Dinge“, die am Ende zählen, vor allem: menschlich verlässliche Beziehungen.

Eine intakte Umwelt, Bildung, sinnvolle Beschäftigung und Gesundheit sind die am häufigsten genannten Glücksfaktoren.

Grundversorgung sichern, Wirtschaft steuern

Eine intakte Umwelt und ein gelungenes Leben – diese beiden Ziele miteinander zu verknüpfen, das ist die Kernidee eines „human-ökologischen Grundeinkommens“ (höGE). Es ist eine konsequente Weiterentwicklung der schon länger diskutierten Forderung nach einem Grundeinkommen. Grundeinkommen bedeutet:

- für jeden Bürger der gleiche Betrag
- existenzsichernd für Essen, Kleidung, Wohnung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben



Foto: Petra Bork/pixello.de

- ohne Prüfung der Bedürftigkeit
- ohne Zwang zu Gegenleistungen
- ohne Verrechnung mit anderen Einkommen, Steuern, Vermögen etc.

immer höher, immer weiter“, das durch die jahrzehntelange Fokussierung auf ein Wachsen von Wirtschaft und Konsum entstand.

Eine intakte Umwelt, Bildung, sinnvolle Beschäftigung und Gesundheit sind die am häufigsten genannten Glücksfaktoren.

Das höGE koppelt die finanzielle Grundversorgung eines jeden Bürgers mit einer umwelt- und ressourcenbewussten Steuerung unserer Wirtschaft. Dienstleistungen, Produktionen, Energieverbrauch, Transportkosten und Umweltzerstörung und damit verbundene Investitionen oder Subventionen werden nicht verboten, sondern

Das höGE löst zudem den kaum mehr überschaubaren Dschungel an Sozialsicherungsleistungen samt deren vor- oder nachrangigen Gesetzen ab und ermöglicht somit einen Bürokratieabbau. Die hierdurch frei werdenden finanziellen Mittel können wiederum zur Finanzierung des höGE dienen. Da es sich um eine bundesstaatliche

Das human-ökologische Grundeinkommen will statt in „Feuerwehren“ in einen „sozialen und ökologischen Brandschutz“ investieren.

unter Berücksichtigung eines Verursacher-, Kosten-, Haftungsprinzips konsequent besteuert. Eine beabsichtigte Folge dieser systemrelevanten (Um-)Steuerung ist die Entschleunigung des Lebens und eine Abkehr vom „immer schneller,

Leistung handeln soll, werden die Haushalte der Länder und Kommunen von sozialen Aufgaben und Ausgaben entlastet – und können sich konsolidieren und stabilisieren. Das eröffnet ihnen neue Handlungsmöglichkeiten.

Vorausschauend handeln, statt nur reagieren

Der Gang der Geschichte scheint zu belegen, dass notwendige Systemänderungen immer erst dann ernsthaft angegangen werden, wenn uns die Probleme unmittelbar betreffen. Die aktuelle Situation um die Flüchtlingsströme bestätigt dies. Allerdings ist vorausschauendes, langfristiges Planen oft nur noch sehr eingeschränkt möglich, wenn die Probleme plötzlich da sind und nach kurzfristigen Lösungen verlangen: Hohe finanzielle Sonderaufwendungen werden nötig. Das höGE verfolgt den Ansatz, statt in immer mehr „Feuerwehren“ in einen soliden „sozialen und ökologischen Brandschutz“ zu investieren.

Die aktuellen Flüchtlingsprobleme, Sozialverwerfungen und Umweltveränderungen sind nur schwache Vorboten von dem, was uns bei unverändertem Verhalten blüht. Eine aktuelle Studie der UNICEF belegt, dass aufgrund der bereits jetzt absehbaren Folgen des Klimawandels – Überschwemmungen und Dürren – weltweit rund 700 Mio. Kinder existenziell gefährdet sind. Unruhen und Wanderungsbewegungen werden eine der Folgen sein. Die Welt gerät immer mehr aus dem Gleichgewicht – ökologisch und sozial.

Änderung des Sozialsystems ist unvermeidlich

Das bismarcksche Sozialsystem hat ausgedient, denn es ist nicht mehr in der Lage, für einen sozialen Ausgleich zu sorgen. Seit Jahrzehnten schrumpfen die Einkommen aus abhängiger oder selbstständiger Erwerbsarbeit, während die Einkommen aus Vermögen und die Transfereinkommen steigen. Die Erwerbsarbeit entpuppt sich für

eine immer größere Bevölkerungsgruppe als „Fata Morgana“, da durch Digitalisierung, Automatisierung, Rationalisierung und Globalisierung in Zukunft hauptsächlich hoch spezialisierte Fachkräfte benötigt werden – und auch diese nur in begrenzter Zahl für eine bestimmte Dauer. Andere Arbeiten verlieren an Bedeutung und damit auch an finanzieller Akzeptanz.

Schon heute ist fast jeder dritte Hartz-IV-Empfänger ein sogenannter „Aufstocker“, also jemand, der zwar arbeitet, aber davon nicht leben kann. Würden alle, denen solche staatlichen Subventionshilfen eigentlich zustehen, diese auch beantragen, so wären mindestens dreimal so viele im Grundsicherungssystem – und dieses würde in kürzester Zeit implodieren.

Nur aus Unkenntnis oder Schuldgefühlen stellen viele keinen Antrag und führen stattdessen ein unwürdiges Arbeitsleben unterhalb des Existenzminimums. Nur deshalb funktioniert unser jetziges Sozialsystem noch. Das wird ignoriert, verharmlost und statistisch beschö-

Fast jeder dritte Hartz-IV-Empfänger ist ein sogenannter „Aufstocker“, also jemand, der zwar arbeitet, aber davon nicht leben kann.

nigt. Ansätze einer Systemänderung werden entweder als utopische Spinnerei mitleidig belächelt oder es wird mit den Totschlagargumenten „Arbeitsplatzsicherung“ und „sozialer Abstieg“ gedroht. Die seit Jahrzehnten schrumpfende Mittelschicht und andere gesellschaftliche Gruppen werden gegeneinander ausgespielt.

Es wird – obwohl alle Erfahrungen der letzten Jahrzehnte das Gegenteil beweisen – immer noch

suggestiert, dass derjenige, der nur fleißig seine Arbeitspflichten erfüllt, auch zu adäquatem Wohlstand, Lebensglück und gesellschaftlicher Teilhabe kommt. In Wirklichkeit kommt seit vielen Jahren Geld zu

Würden alle, denen staatlichen Subventionshilfen zustehen, diese auch beantragen, würde unser Grundsicherungssystem implodieren.

Geld: Kapital zieht noch mehr Kapital an. Hocharbeiten? Das hat sich für viele Menschen eh schon mit der Geburt in ein sozial-prekäres Umfeld erledigt. Und für andere bringt es nur ein am Ende enttäuschendes, dauergestresstes, so nicht gewolltes Leben.

Weniger Stress bedeutet mehr Wohlbefinden

Ein höGE für jeden Bürger schafft nicht nur die Neid-Debatten ab, sondern sorgt zumindest im Ansatz auch dafür, den Grundbedarf des Lebens gesichert zu haben, ohne auf die (Dauer-)Beantragung von

psychischen Erkrankungen hat sich seit 2007 um ein Drittel erhöht – und damit auch die Kosten und Folgekosten. Eine Vielzahl von Menschen leidet am „immer schneller, immer höher, immer weiter“ und ist

unserer hektik-Jugendwahn-Spaß-Gesellschaft nicht mehr gewachsen.

Unser Lebensschwerpunkt sollte endlich wieder auf mehr Miteinander, auf gegenseitiges Gespräch und Hilfe, aber auch auf Selbstverwirklichung gelegt werden. Für die Umsetzung des höGE braucht es keine Krämerseelen und Bedenkenträger. Es bedarf vielmehr kreativer Visionäre und einer mutigen Partei, die dieses Vorhaben in konsequente Politik umsetzt. Wer außer der ÖDP eignet sich hierfür? ■

Weitere Informationen und einen Gesamtfinanzierungsplan können beim Autor angefordert werden. Er hält darüber auch Vorträge.

Kurt Rieder,
Jahrgang 1960, ist
Dipl.-Verwaltungswirt (FH) und seit 1983 in verschiedenen Funktionen in Arbeitsagenturen und Jobcentern tätig. Er ist Vorsitzender im ÖDP-Kreisverband Aachen-Düren-Heinsberg und im Landesarbeitskreis „Grundeinkommen“ der ÖDP NRW. Zudem ist er Mitglied im „Bundesnetzwerk Grundeinkommen“ und in der regionalen „Netzwerkinitiative Grundeinkommen Aachen“.



kurt.rieder@oedp.de

Globalisierte Wirtschaft

„Grüner Kolonialismus“

Deutschland setzt auf „grünes Wachstum“. Öko-Siegel und Nachhaltigkeitszertifikate sorgen bei den Konsumenten für ein gutes Gewissen. Doch dahinter steckt oft nur ein geschicktes Greenwashing. Die sozialen und ökologischen Schäden, die international agierende Großkonzerne anderswo anrichten, sind enorm, berichtet eine Münchner Journalistin.

Interview mit Kathrin Hartmann

ÖkologiePolitik: Frau Hartmann, Sie kommen gerade aus Indonesien. Was haben Sie dort gemacht?

Kathrin Hartmann: Ich habe dort die Folgen der Waldbrände angeschaut, die seit dem Sommer 2015 dort gewütet und eine entsetzliche Verheerung zurückgelassen haben. Mindestens eine halbe Million Menschen muss wegen Rauchvergiftung behandelt werden, mehr als 20 Menschen, darunter Babys und Kinder, sind an den Rauchpartikeln erstickt. Um die 20.000 Brände haben Wälder der Größe Teneriffas vernichtet – und die Brandherde befanden sich fast ausnahmslos in Konzessionsgebieten der Palm-

zu schieben. Dabei leiden sie mit am meisten unter den Folgen der Feuer, weil sie Missernten zu erwarten haben. Außerdem habe ich vor Ort sehen können, dass da, wo die Aschefelder quasi noch gedampft haben, bereits Ölpalmensetzlinge standen.

In Ihrem neuen Buch sind zahlreiche Auslandsreportagen zu finden. Warum?

Weil die Menschen in den Ländern des Südens die Folgen unseres imperialen Lebensstils ausbaden müssen. Der Raubbau an Natur und Mensch macht sie zu Armen, Hungernden, Kranken, Sklaven, Unterdrückten, Enteigneten und

„Die Menschen in den Ländern des Südens müssen die Folgen unseres imperialen Lebensstils ausbaden.“

Vertriebenen. Ich wollte diese Menschen treffen, wollte sehen, welche Auswirkungen unser Wirtschaften auf ihr Leben hat, und erfahren, wie sie dagegen kämpfen. Denn jetzt ist es so, dass der reiche Westen den Menschen dort auch noch die Folgen seiner katastrophal falschen Klimapolitik aufbürdet – ein grüner Kolonialismus. Palmöl ist dafür das beste Beispiel: Der „nachwachsende Rohstoff“ steckt auch in Biodiesel, der in der EU dem

öl- und Papierindustrie, darunter Palmöl- und Papiergiganten wie Wilmar, der größte Exporteur angeblich nachhaltigen Palmöls nach Europa, Sinar Mas oder Asian Pulp & Paper. Obwohl ein Regierungsbericht zu den Bränden Abkürzungen von 100 Firmennamen aufführt, obwohl bereits Firmenmanager angeklagt sind oder in Untersuchungshaft sitzen, versucht die Palmölindustrie, die Brandstiftungen Kleinbauern in die Schuhe



Kathrin Hartmann, Jahrgang 1972, studierte Kunstgeschichte, Philosophie und Skandinavistik. Nach einem Volontariat bei der „Frankfurter Rundschau“ war sie dort als Redakteurin für Nachrichten und Politik tätig, anschließend als Redakteurin bei „Neon“. Seit 2009 arbeitet sie als freie Autorin, veröffentlichte bisher drei Bücher und zahlreiche Artikel zu ökologisch-sozialen Themen.

www.ende-der-maerchenstunde.de

fossilen Diesel verpflichtend beige-mischt werden soll, um den CO₂-Ausstoß des europäischen Verkehrs zu senken. In der Realität aber treibt Palmöl den Klimawandel voran, weil für die riesigen Monokulturen Wälder gerodet und Torfböden zerstört werden. Das hat Indonesien zeitweise zum drittgrößten CO₂-

Emittenten der Welt gemacht – aber das wird in Europa schlicht nicht in die Klimabilanz eingerechnet. Auch Menschenrechtsverbrechen, die mit dem Palmölanbau systematisch verbunden sind, illegale Abholzung,

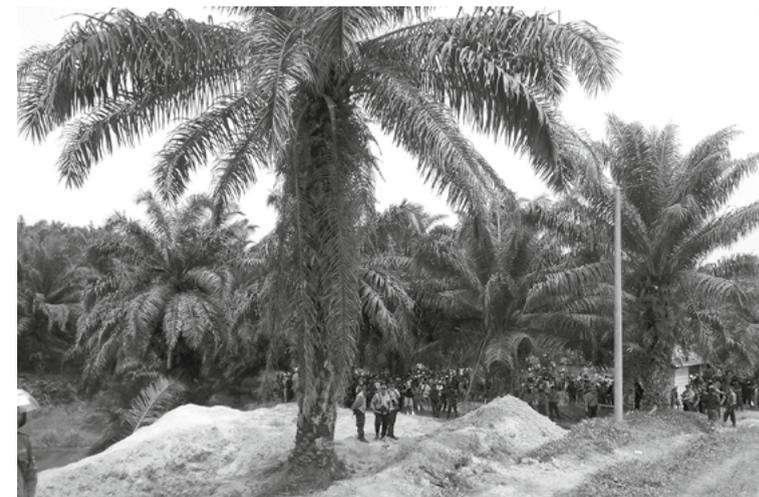
Wohin sind Sie gereist und was haben Sie dort gesehen?

Ich bin nach Indonesien gereist, um das nachhaltige Palmöl zu suchen, das es gar nicht gibt, habe zu einem mit westlichem Geld

„Der reiche Westen bürdet den Menschen dort auch noch die Folgen seiner katastrophal falschen Klimapolitik auf.“

Ausbeutung, Landraub, Vertreibung, Gewalt gegen Indigene und Bauern bis hin zum Mord, werden von diesem Nachhaltigkeitsregime in Kauf genommen. Trotzdem bekommt dieses Palmöl ein Nachhaltigkeitszertifikat – verliehen vom „Roundtable on Sustainable Palm Oil“ (RSPO), dessen Mitglieder fast alle aus der Palmölindustrie und ihren Abnehmern stammen. Der RSPO besteht seit mehr als zehn Jahren, ohne dass sich auch nur irgendetwas an den Praktiken der Palmölkonzerne geändert hätte. Und trotzdem akzeptiert die EU das RSPO-Siegel als Nachhaltigkeitsnachweis. Das ist staatlich sanktioniertes Greenwashing.

finanzierten Klimaschutzwald recherchiert, der gegen den Willen der darin lebenden Indigenen und Kleinbauern eingerichtet wurde. In Bangladesch habe ich mir die verheerenden Folgen der exportorientierten Shrimps-Aquakultur angesehen, die unter dem Deckmäntelchen der Entwicklungshilfe ebenfalls gegen den Willen der Bevölkerung mit Gewalt eingerichtet wurde, und außerdem Bauern besucht, die mit dem Anbau der jüngst in Bangladesch getesteten gentechnisch veränderten Aubergine komplett gescheitert sind. Und in El Salvador habe ich zur Ausbeutung in den Maquilas, den Textilfabriken, recherchiert.



Palmölplantage in Indonesien

BUCHTIPPS

Kathrin Hartmann
Aus kontrolliertem Raubbau
Wie Politik und Wirtschaft das Klima anheizen, Natur vernichten und Armut produzieren
Blessing, August 2015
448 Seiten, 18,99 Euro
978-3-89667-532-3



Kathrin Hartmann
Wir müssen leider draußen bleiben
Die neue Armut in der Konsumgesellschaft
Blessing, März 2012
416 Seiten, 18,95 Euro
978-3-89667-413-5



Kathrin Hartmann
Ende der Märchenstunde
Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt
Blessing, Oktober 2009
384 Seiten, 16,95 Euro
978-3-89667-413-5



Was interessiert Sie an der Thematik?

Es muss uns alle interessieren, welche globalen Schäden unser Wirtschaftssystem hat und wie gewalttätig es ist. Nicht zuletzt, weil auch wir die Folgen zu spüren bekommen werden, wenn Wälder brennen, Rohstoffe gnadenlos ausgebeutet und Biodiversität, Klima, Böden und Wasser zerstört werden. In diesem Jahr fiel der Earth Overshoot Day bereits auf den 13. August. An diesem Tag hat die Weltbevölkerung ihr Jahres-Budget an Ressourcen verbraucht und die Aufnahmekapazität der Erde für Treib-

hausgase überschritten. 1987 lag der Tag noch am 19. Dezember. Der Erdüberlastungstag wird von Jahr zu Jahr schneller erreicht. Mich interessiert aber auch, wie die sozialen Bewegungen vor Ort gegen Ausbeutung und Zerstörung und für welche Alternativen sie kämpfen. Ich habe also auch ein intaktes indonesisches Walddorf besucht, das die Bewohner vor der Palmöl-industrie schützen. Eine bangladeschische Insel mitten in den Shrimps-Gebieten, die erfolgreich gegen die Aquakultur und ihre Ernährungsunabhängigkeit gekämpft hat und davon sehr viel besser lebt als mit dem Export von Shrimps. Und in El Salvador habe ich mutige Frauen getroffen, die dem Weltkonzern Adidas die Stirn geboten und eine eigene Kooperative gegründet haben. Alles sehr ermutigende Beispiele, für die es aber kein Entwicklungsgeld oder andere institutionelle westliche Unterstützung gibt – denn sie sind für den Kapitalismus nicht nützlich. Im Gegenteil: Sie stören die Ausbeu-

„Trotzdem bekommt dieses Palmöl ein Nachhaltigkeitszertifikat.

Das ist staatlich sanktioniertes Greenwashing.“

tungspraxis, die diesem zugrunde liegt.

Wie wird der schöne Schein bei uns erzeugt und aufrechterhalten?

Durch Greenwashing der Industrie, die sich in ihren Marketing- und PR-Abteilungen umso größere grüne Lügen ausdenkt, je schädlicher und ausbeuterischer ihr Kerngeschäft ist. So halten sie die Leute bei Konsumlaune und verkaufen ihnen auch noch ein gutes Gewissen – außerdem halten sie sich Regulierungen und Gesetze vom Hals, die ihren Profit schmälern. Der ist



Landraub für eine Palmölplantage

umso größer, wenn Unternehmen ihre Produkte dort herstellen lassen oder ihre Rohstoffe von dort beziehen, wo auf Arbeits- und Menschenrechte sowie Umweltschutz keine Rücksicht genommen wird. Und durch die Politik, die uns seit Jahren mit dem Mythos der Green Economy einen grünen Kapitalismus verspricht, in dem Wachstum und Naturzerstörung voneinander

sie haben die Mittelschichten auf ihrer Seite, die so gern glauben wollen, dass alles so weitergehen kann wie bisher: überbordender Konsum, Verschwendung, Hypermobilität, viele Flugreisen, gigantischer Fleischverzehr und so weiter. Kann es aber nicht – und es gibt auch kein Recht auf einen Lebensstil, der anderen schadet.

Was tun?

Das reichste eine Prozent besitzt mehr als die Hälfte des globalen Vermögens. Gleichzeitig hat das reichste eine Prozent einen 175-mal höheren CO₂-Ausstoß als die ärmsten zehn Prozent. Während die arme Hälfte der Welt für nur zehn Prozent der Klimagase verantwortlich ist, sind die reichsten zehn Prozent für die Hälfte der globalen Emissionen verantwortlich. Gegen diese extreme Ungerechtigkeit und dieses Machtgefälle können wir Widerstand leisten. Gleichzeitig müssen wir alternative Wirtschaftsmodelle diskutieren – und zwar gemeinsam mit den sozialen Bewegungen in den Ländern des Südens. Diese Alternativen müssen vor allem eines sein: gerecht.

Frau Hartmann, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Gemeinwohl-Ökonomie

Fünf Jahre jung – Zeit für eine Bilanz

Zwar fordern viele Verfassungen, dass die Wirtschaft dem Gemeinwohl zu dienen hat, doch die Realität sieht allzu oft genau umgekehrt aus: Das Gemeinwohl wird den Profitinteressen einflussreicher Branchen und Konzerne geopfert. Hier setzt die Gemeinwohl-Ökonomie mit ihren Konzepten an – und findet immer mehr Anhänger.

von Jörn Wiedemann

Damit das Eigennutzstreben nicht in Widerspruch zum Gemeinwohl gerät, sondern ihm dient, braucht es andere ökonomische Rahmenbedingungen. Es braucht intelligentere Spielregeln, starke Rückkopplungsmechanismen, die das Gemeinwohl fördernde Handeln belohnen. Die Gemeinwohl-Ökonomie setzt auf nur einen Rückkopplungsmechanismus: die sogenannte „Gemeinwohl-Bilanz“. Mit ihr können Unternehmen ihren Nutzen für das Gemeinwohl messen lassen. Je höher der ist, desto leichter sollte einem Unternehmen der wirtschaftliche Erfolg gemacht werden – durch konkrete Vorteile: z.B. niedrigere Steuern oder eine bevorzugte Behandlung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Bis dies politisch durchgesetzt ist, ist die Erstellung einer Gemeinwohl-Bilanz ein Signal an die Öffentlichkeit und an die Politik, dass eine bessere Wirtschaftsordnung sehr wohl möglich und auch relativ einfach umzusetzen ist. Damit stieß sie auf offene Ohren: Laut einer Emnid-Umfrage wünschen sich 88% der Deutschen eine bessere Wirtschaftsordnung.

Seit die Gemeinwohl-Ökonomie 2010 initiiert wurde, hat sie eine erstaunliche Entwicklung genom-

Außerhalb des deutschsprachigen Raums ist das Interesse an der Gemeinwohl-Ökonomie besonders in Spanien stark.

men. Gestartet von einem Dutzend Unternehmer in Wien, ist sie heute im öffentlichen Diskurs angekommen. Artikel im „Guardian“, der

„Süddeutschen Zeitung“ sowie Berichte und Diskussionsrunden im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zeigen, dass das Interesse an diesem alternativen Wirtschaftsmodell beständig gestiegen ist. 9000 Unterstützer zählt es heute weltweit.

Organisation

Die Bewegung der Gemeinwohl-Ökonomie hat prinzipiell eine offene Struktur. Anfangs gab es nur den „Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie“ in Österreich. In den Folgejahren entstanden dann auch regionale Vereine, meist aus dem Bedürfnis heraus, vor Ort Spenden und Unterstützung zu generieren. In Deutschland gibt es inzwischen regionale Vereine in Stuttgart, Berlin, in der Region

Rhein-Neckar und seit Neuestem auch in Bayern.

International macht die Gemeinwohl-Ökonomie inzwischen auch



Ortsschild von Miranda de Azán, der ersten Gemeinde mit einer Gemeinwohl-Bilanz

deutliche Fortschritte. Außerhalb des deutschsprachigen Raums ist das Interesse an der Gemeinwohl-Ökonomie besonders in Spanien stark. Sie ist dort mit 23 Regionalgruppen, vier regionalen Vereinen und einem bundesweiten Dachverein verankert. Seit zwei Jahren ist darüber hinaus die Gründung eines internationalen Verbands in Vorbereitung. Die Idee verbreitet sich vor allem durch die vielfache Übersetzung des gleichnamigen Buchs –

Die Idee verbreitet sich vor allem durch die vielfache Übersetzung des gleichnamigen Buchs.

auch im englischsprachigen Raum, in Lateinamerika und in etlichen europäischen Ländern.

Unternehmen

Rund 2.000 Unternehmen unterstützen die Gemeinwohl-Ökonomie inzwischen. Immer mehr lassen eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen – bisher rund 240. Mit der „BKK ProVita“ befindet sich gerade die erste Krankenkasse weltweit im abschließenden Auditierungsprozess. Im Bezirk Oberbayern des „Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“ befinden sich derzeit vier Unternehmen in einer sogenannten „Peer Group“ im Prozess der Bilanzerstellung. In Mün-

chen haben gerade drei weitere Unternehmen ihre erste Bilanz erstellt und im Mangfalltal befindet sich eine Gruppe von Unternehmen im Prozess.

Wissenschaft

Der „Gemeinwohl-Ökonomie Berlin-Brandenburg e.V.“ hat in Kooperationen mit der „Technischen Universität Berlin“ und der „Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde“ je ein Projekt zur Ge-

meinwohl-Bilanzierung abgeschlossen. Die spanische UNESCO-Kommission hat den Antrag auf einen UNESCO-Lehrstuhl „Economía del bien común“ abgesegnet. Der Antrag ging direkt zur UNESCO nach Paris, wo in den nächsten Wochen die finale Entscheidung fällt.

Politik

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat in seiner Plenarsitzung am 17. September 2015 die Initiativstellungnahme zur Gemeinwohl-Ökonomie mit einer Mehrheit von 86% der Stimmen angenommen. Das positive Abstimmungsergebnis stellt eine klare Aufforderung an die Europäische Kommission dar: Im Rahmen der neuen EU-Strategie für soziale Verantwortung sollen Unternehmen für den Nachweis höherer ethischer Leistungen künftig belohnt werden.

Das Land Salzburg fördert die Bilanzierung von Unternehmen mit einer 50-prozentigen Kostenübernahme. Nachdem sich bereits im Vinschgau vier Gemeinden zur „Gemeinwohl-Region“ zusammengeschlossen haben, hat nun auch

BUCHTIPP

Christian Felber
Gemeinwohl-Ökonomie
Deuticke, Neuauflage,
Dezember 2014
280 Seiten, 17,90 Euro
978-3-552-06291-7



der Südtiroler Landtag im Dezember 2014 drei Maßnahmen beschloss, um das Gemeinwohl in der Region besser zu verankern: Erstens sollen Förderrichtlinien an eine gemeinwohlorientierte Wirtschaftsweise angepasst werden, zweitens will das Land bei öffentlichen Aufträgen gemeinwohlorientierte Unternehmen bevorzugen und drittens Gemeinwohl-Gemeinden besonders fördern.

Miranda de Azán in Spanien ist als erste Gemeinde mit einer Gemeinwohl-Bilanz bekannt. Dort gibt es seit Kurzem auch das weltweit erste Ortseingangsschild für eine Gemeinwohl-Gemeinde. Diesem Vorbild folgen nun demnächst die Gemeinden Carcaboso und Orendain. ■

Jörn Wiedemann, Jahrgang 1968, absolvierte eine Ausbildung zum Bankkaufmann und arbeitete anschließend mehrere Jahre im Vermögensmanagement. 2013 gründete er die Münchner Niederlassung des Terra-Instituts, wo er als Berater und Trainer für nachhaltiges Wirtschaften tätig ist. Seit 2015 ist er Vorstand im „Gemeinwohl-Ökonomie Bayern e.V.“, seit 2013 Mitglied in der ÖDP.



www.joernwiedemann.de

Über Charles Eisensteins Kulturtheorie

Verbinden statt trennen

Ständiges Wirtschaftswachstum zu fordern und zu fördern, kann nur scheitern. Das gibt es nur zum Preis eines zerstörerischen Ausbeutens von Mensch und Natur. Der amerikanische Kulturphilosoph Charles Eisenstein plädiert für einen entschiedenen Wandel hin zu einer „Ökonomie der Verbundenheit“. Damit ist er für viele zum Hoffnungsträger geworden.

von Jürgen Osterlänger

Unser Geldsystem lässt Schulden unerbittlich wachsen. Deshalb ist ökonomisches Wachstum unabdingbar. Tag für Tag treten die Schuldner mehr von ihrem Leben an die Gläubiger ab. Es ist effizienter und dient der heutigen Wirtschaft in größerem Maße, wenn eine Kindergärtnerin

Wasser-, Gesundheits- und andere Krisen deuten an, wohin das nur führen kann: zum totalen Kollaps.

Und doch bleibt das Geld auf eine gespenstische Weise außen vor. Schuldner wissen nicht, dass sie Schuldner sind, weil sie denken, dazu gehöre es, persönlich verschuldet zu sein. Oder die Schul-

Geld muss in seiner heutigen Form verschwinden und in anderer Form völlig neu geschaffen werden.

auf 50 Kinder aufpasst, als wenn jede Familie ihre Kinder selbst betreut. Es ist effizienter, wenn Maschinen physische Arbeit von Menschen ersetzen und Computer die geistige.

Die Ökonomen können erklären, was das Geld tut, aber nicht, was es ist. Durch das Eingeben einiger Symbole in die Tastatur eines Computers kann man in der Realität Gebäude entstehen oder sich Pakete vor die Haustüre stellen lassen. Geld ist ein Zauber, dem wir verfallen scheinen und der es schafft, unsere Sinne derart abzustumpfen, dass wir gravierende Krisen auf alles Mögliche zurückführen – nur nicht auf das Geld. Dabei bekommen wir es mit einer zunehmenden Zahl an Krisen zu tun. Energie-

den müssten ihr Vermögen deutlich übersteigen, um sie zu Schuldnern zu machen. Im Geldsystem liegt eine undurchschaubar scheinende Finsternis, in die einzudringen vermieden wird.

Natur des Gebens

Charles Eisenstein zeigt auf, wie es zu allen Zeiten – bis zum heutigen Tag – Gruppen von Menschen gab, die viele Transaktionen organisieren konnten und dafür kein Geld brauchten, z.B. Familien. Der Geist innerhalb von Familien scheint ein vollkommen anderer zu sein als jener in der harten ökonomischen Außenwelt. Warum das so ist und wie es gelingen kann, das „Terrain“ der Gabenkultur zu erweitern, das sind für Eisenstein wichtige Zu-



Charles Eisenstein, Jahrgang 1967, studierte Mathematik und Philosophie, arbeitete anschließend jeweils mehrere Jahre als Dolmetscher und als Lehrer, widmete sich dann aber nach einer intensiven Beschäftigung mit Wirtschaftstheorie, Wirtschaftsgeschichte und spiritueller Philosophie ganz einer freien Tätigkeit als Schriftsteller und Vortragsredner. Er gilt heute als einer der wichtigsten Theoretiker der Occupy-Bewegung.

kunftsfragen. Die menschliche Natur ist das Geben. Der Mensch lebt in diesen Gemeinschaften das aus, was ihn eigentlich ausmacht: Wir sind von Natur aus alle „Gebende“. So wie auch alles in der Natur von einem bedingungslosen Geben ge-

GEMEINWOHL-FEST

13. Februar 2016, 18 – 2 Uhr
Volksoper Wien

5 Jahre Gemeinwohl-Ökonomie mit Christian Felber, Artemis Stavridi, Klaus Maria Brandauer, Klangforum Wien, Thomas Maurer, Konstantin Wecker, Tatjana Rasa und anderen

www.ecogood.org/gemeinwohl-fest

prägt ist. Der Zweck des Lebens ist das Geben.

Wer hat das Erdöl gemacht? Das Eisen? Die Bäume? Den Boden? Niemand! Weil die natürlichen Ressourcen von niemandem gemacht wurden, muss es doch selbstverständlich sein, dass auch niemand zu deren Eigentum kommt und an diesem Eigentum auch noch verdienen kann. Die mit Arbeit verbundene Nutzbarmachung der Natur-schätze darf Einkommen erzeugen, aber nicht der Besitz an sich.

Es ist, als lebten wir in zwei voneinander getrennten Welten: einerseits in einer künstlich geschaffenen, ökonomisch rationalen Welt und andererseits in einer naturverbundenen, die Gemeinschaft suchenden. Leider begräbt aber erstere die letztere gerade auf zerstörerische Weise unter sich. Für Eisenstein ist gewiss, dass es der Freisetzung dessen bedarf, was von Natur aus in uns steckt: das Geben.

Der Geist innerhalb von Familien scheint ein vollkommen anderer zu sein als jener in der harten ökonomischen Außenwelt.

Eine „Gaben-Ökonomie“ ist die nur verschüttete, wahre Form des Austauschs. „Mehr für dich ist mehr für mich“, lautet die dahinterstehende Philosophie. Die vom kapitalistischen Geldsystem geprägte besagt dagegen: „Mehr für dich bedeutet weniger für mich“ und führt zwangsläufig zu einer in diesem Geiste bewussten Verknappung aller Gaben, die verschwenderische zu geben wir eigentlich in der Lage wären.

Geist des Geldes

Die Sehnsucht nach einem Leben in Verbindung und in Beziehung zu



Foto: Thorben Wengert/pixello.de

unseren Mitmenschen lässt sich erfüllen, wenn wir uns vom Geldsystem heutiger Prägung befreien. Eisenstein sagt bei aller Begeisterung für die Gabenkultur klar, dass er das Geld nicht abschaffen will. Aber es muss in seiner heutigen Form verschwinden und in anderer Form

völlig neu geschaffen werden. In der Folge besteht die Chance, dass die Menschen sich in ihrer Totalität begreifen können: der „Totalität aller Verbindungen und Netzwerke von Fähigkeiten, Gedanken und Ideen“.

So wie heute das Geld funktioniert, führt es zum menschlichen Erblinden hinsichtlich der Wirkungszusammenhänge. Es folgt das „Entfühlen“ und „Abwesendwerden“ und enden wird es schließlich mit dem Zerstören. Eine zyklisch sich verstärkende Ökonomie der Auslöschung, die im Grunde nur pathologisch genannt werden kann, gilt dennoch als normal, weil um

uns herum alle das Gleiche tun und denken. Das hat die Charakteristika des Fundamentalismus. Durch ein ausbeuterisches System kommt es zu einer Art kollektiver Versklavung, die jedoch kaum jemand als solche wahrnimmt.

Das Leben ist zur anonymen Privatsache geworden. Intimität und Verbundenheit sind uns unangenehm geworden, obwohl gerade dies die unerfüllten Bedürfnisse unserer Zeit sind. Von jemand anderem wirklich gesehen und gehört zu werden, ist ein tiefes menschliches Bedürfnis, und der Hunger und die Sehnsucht danach sind so sehr Teil unserer Lebenserfahrung, dass wir noch nicht einmal merken, dass uns etwas fehlt. Wir haben die Ideologie, dass wir eigenständige, getrennte Individuen sind, die miteinander im Wettstreit um knappe Ressourcen stehen und eine Maximierung unseres Eigeninteresses anstreben, so verinnerlicht, dass wir auch dann nicht damit aufhören können, wenn uns das Wasser bis zum Hals steht und unsere Seele krank wird.

Um eine den Bedürfnissen der Menschen angepasste Ökonomie zu schaffen, ist es notwendig, dem

Geld den ursprünglichen Geist des Schenkens, des Teilens und der Großzügigkeit zurückzugeben. Geld war einmal ein Symbol für Dankbarkeit und trat anstelle der persönlichen Anerkennung von Geschenken, als die Reichweite unserer Geschenke über den Kreis der uns bekannten Personen hinausging.

Wie kann Geld wieder ein Tauschmittel werden, dass unseren Bedürfnissen mehr entspricht und das nicht ständig nach mehr Wachstum verlangt und uns zwingt, immer mehr billige und hässliche Dinge zu produzieren, die wir nicht brauchen? Indem wir in uns die Erkenntnis stärken, dass dem Materielle das Heilige innewohnt. Indem wir unsere Arbeit mit dieser Heiligkeit in Einklang bringen, dann legen wir den gesellschaftlichen und geistigen Grundstein für eine Wirtschaft, in der immer mehr von dem, was wir füreinander herstellen und tun, schön, persönlich, lebendig und seelenvoll ist.

Gemeingüter

Viele von uns möchten aus dem alten System aussteigen. Wir zweifeln an den Institutionen, fühlen uns allein oder spüren, dass die Rückkehr zu mehr Selbstversorgung kaum ausreichen wird, um das Leid des Planeten und seiner Bewohner zu beenden. Etwas Größeres muss her, das den Wandel bewirkt. Das Instrument, das wir dafür haben, ist nach Eisenstein eben jenes, welches das zerstörerische System unserer Tage einst erschuf: das Geld.

In der alten Wirtschaft ist das Geld zur abstrakten Größe geworden, mit der alles gekauft werden kann. Der Besitz von Geld hat daher den höchsten Wert erhalten. Besitz oder Eigentum ist allerdings nichts anderes als eine soziale Überein-

kunft darüber, wer was wie nutzen darf. Diese Übereinkunft stammt aus einer Zeit, in der die Menschen sich als getrennt – voneinander und von ihrer Umwelt – ansahen.

Mehr und mehr wurde uns jedoch bewusst, dass die Geschichte vom getrennten und eigenständigen Selbst in einem objektiven Universum nicht mehr wahr ist. Eisenstein erzählt daher eine neue Geschichte vom Wert und schlägt vor, das Geld von seiner Abstraktheit zu befreien und es an das zu koppeln, was uns wirklich etwas wert ist: Gemeinschaft, Natur, unsere kulturellen und technischen Errungenschaften. Ausgehend von den Fehlentwick-

lungen und Fehlannahmen der alten Ökonomie entwirft er eine neue Wirtschaft, in der das Geld durch Gemeingüter gedeckt ist. Mit diesem Vorschlag gibt er bereits bestehenden Modellen einen Rahmen.

Kultur des Schenkens

Basis der Ökonomie der Verbundenheit ist eine Kultur des Schenkens: Wenn unsere Beziehungen nicht mehr auf anonymen Geldtransfers beruhen, werden wir die verlorene Gemeinschaft wiederfinden. Wenn wir unsere Gaben und Fähigkeiten so frei schenken können wie die Natur die ihrigen, dann werden wir in einer wahrhaft schönen Welt leben.

Zur Realisierung macht Eisenstein sieben konkrete Vorschläge: eine Negativzinswährung, die Abschaffung der ökonomischen Renten, die Internalisierung der sozialen und ökologischen Kosten, die wirtschaftliche Regionalisierung

BUCHTIPP

Charles Eisenstein
Ökonomie der Verbundenheit

Wie das Geld die Welt an den Abgrund führte – und sie dennoch jetzt retten kann
Scorpio, März 2013
496 Seiten, 19,99 Euro
978-3-943416-03-9



und Einführung von Regiogeld, die soziale Dividende, die wirtschaftliche Rücknahme des Wachstums

Wenn unsere Beziehungen nicht mehr auf anonymen Geldtransfers beruhen, werden wir die verlorene Gemeinschaft wiederfinden.

und die Stärkung der Schenk- und P2P-Wirtschaft. Sie bilden zusammen eine Alternative zum zinsbasierten Geldsystem, eine organische Matrix, deren Entstehung in Zeiten gesättigter Märkte wir schon heute als einen Phasenübergang erleben können.

In dieser Betrachtung werden die Lösungsansätze nur genannt, sie verdienen jedoch meines Erachtens viel mehr Beachtung. Eisenstein entwickelt die Ansätze der besten Vordenker weiter, die sonst oft nur Schlagworte sind. Wir sollten uns als ÖDP an die Ursachen herantrauen und auch manche Debatte, z.B. zu einer Geldreform mit Negativzins/Regiogeld oder einer Bodenreform, führen. Ich halte Eisensteins Gedanken postwachstums-, gemeinwohl-, commons-, menschen- und enkeltauglich – eine realistische Utopie versus einer Realität, die nach Utopia strebt. ■

Ausschüsse und Transparenz

Politik in *kleinen Runden*

Parlamente debattieren und entscheiden zwar öffentlich, die im Vorfeld zur Entscheidungsfindung einberufenen Ausschüsse jedoch nicht. Die Gründe, die dafür genannt werden, überzeugen nicht. Diese fehlende Transparenz ist undemokratisch, widerspricht dem Geist unseres Grundgesetzes und unterhöhlt das Vertrauen in unser politisches System.

von Hermann Striedl

Politik in kleinen Runden – so war ein dpa-Bericht vom 23. September 2015 überschrieben. Anlass war eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Eine Nichtregierungspartei, Die Linke, hatte erreichen wollen, dass alle im Vermittlungsausschuss vertretenen Parteien am parlamentarischen Entscheidungsprozess beteiligt werden. Die Verfassungsbeschwerde wurde zurückgewiesen.

Es ging um die grundsätzliche Frage, wie weit Parteien und Parlamentsmitglieder vom Entscheidungsfindungsprozess durch eine Parteienmehrheit ausgeschlossen werden können – und im konkreten Streit um die Änderung der Hartz-IV-Bestimmungen. Bundestag und Bundesrat fanden im Plenum keine Einigung. Es wurde der Vermittlungsausschuss angerufen. Dieser besteht aus 16 Mitgliedern des Bundsparlaments – spiegelbildlich zur Parteienstärke im Parlament – und aus 16 Mitgliedern der Landesregierungen. Da auch durch ihn keine Einigung erzielt wurde, bestimmte er ein Gremium mit der Ausarbeitung eines Kompromissvorschlages.

Sowohl der Vermittlungsausschuss als auch das von ihm bestimmte Gremium tagten im Geheimen. Nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch die Parlamentarier, die nicht zum Ausschuss oder zum

Gremium gehörten, wurden ausgeschlossen.

Zweckmäßigkeit politischen Handelns kontra Demokratie

Es ist der alte Streit: Wie weit darf die – nicht bewiesene! – Erforderlichkeit der Entscheidungsfähigkeit eines Parlaments gegen Demokratievorstellungen verstoßen? Wie in der Verfassungsbeschwerde zutreffend ausgeführt, führt die Überbetonung der Zweckmäßigkeit zur

sei es, einen politischen Kompromiss zu erzielen. Man kann über diese Logik streiten. Verboten es die Zweckmäßigkeit, einen Kompromiss zwischen allen zur Entscheidung zuständigen Parlamentariern zu suchen?

Nochmals: Wie weit darf die Behauptung des gut funktionierenden Staates gegen demokratische Grundsätze verstoßen? Wie weit ist es erträglich, dass von Bürgern gewählte Vertreter, die zu kleinen Par-

Die parlamentarische Demokratie basiert auf dem Vertrauen des Volkes; Vertrauen ohne Transparenz, die erlaubt, zu verfolgen, was politisch geschieht, ist nicht möglich.

Beseitigung von Bürgerbeteiligung – noch schlimmer: zum Ausschluss der Beteiligung der von den Bürgern gewählten Vertreter – an der Entscheidungsfindung oder sogar an den Entscheidungen.

Das Bundesverfassungsgericht hat seine die Verfassungsbeschwerde zurückweisende Entscheidung damit begründet, dass der Vermittlungsausschuss nicht den Regeln einer demokratischen Legislative unterliege, sondern vielmehr einen anderen Zweck und eine andere Zielsetzung habe. Seine Aufgabe

teilen oder zur Opposition gehören, von der Entscheidung oder zumindest von der Entscheidungsfindung ausgeschlossen werden?

Entscheidungsprozesse müssen transparent ablaufen

Das Grundgesetz bestimmt grundsätzlich: „Der Bundestag verhandelt öffentlich.“ Dieser Grundsatz ist auch in den Landesverfassungen und den Gemeindeordnungen entsprechend enthalten. Der Grundsatz entspricht auch der Forderung des Bundesverfassungsgerichts zum

Demokratiegebot: „Die parlamentarische Demokratie basiert auf dem Vertrauen des Volkes; Vertrauen ohne Transparenz, die erlaubt, zu

mit der Aufgabe, in kleinen Gremien die Entscheidung des Parlaments vorzubereiten. Sie sind bei der Entscheidungsfindung ein verkleinertes

Ausschüsse sind bei der Entscheidungsfindung ein verkleinertes Parlament. Deshalb ist es erforderlich, dass der Weg der Entscheidungsfindung transparent ist.

verfolgen, was politisch geschieht, ist nicht möglich.“

Sicherlich macht es der Umfang der Aufgaben der Parlamente erforderlich, dass Ausschüsse gebildet werden. Soweit diese Ausschüsse die Sitzungen des Bundestags oder der Landtage vorbereiten, ist dagegen kaum etwas einzuwenden. Hier ist die Behauptung der Zweckmäßigkeit und der Funktionsfähigkeit sicherlich begründet. Verfassungswidrig ist jedoch, dass die Sitzungen der Ausschüsse grundsätzlich nicht öffentlich sind. Dies wird von der Geschäftsordnung des Bundestags in ihrem § 69 Abs. 1 bestimmt. Nicht verkannt wird, dass der Bundestag die Geschäftsordnungsautonomie besitzt. Trotzdem darf er nicht verfassungswidrig handeln.

Artikel 42 des Grundgesetzes spricht von der Öffentlichkeit der Verhandlungen, d.h. der Entscheidungsfindung. Ausschüsse sind ein besonderes Organ des Bundestags

tes Parlament. Gerade deshalb ist es erforderlich, dass der Weg der Entscheidungsfindung transparent ist. Die Öffentlichkeit muss nachvollziehen können, wie es zu Entscheidungen kommt. Noch weniger nachvollziehbar ist, wenn Parlamentarier, die schließlich entscheiden müssen, von der Teilnahme an Ausschusssitzungen ausgeschlossen werden.

Sicherung der Funktionsfähigkeit oder Sicherung der Macht?

Die Tendenz der Gerichte führt mehr und mehr dazu, dass aus reiner Zweckmäßigkeit demokratische Grundregeln zugunsten der herrschenden Parteien beseitigt werden. Geht es dabei tatsächlich um die Funktionsfähigkeit des Staates oder geht es vielmehr darum, die Macht der etablierten Parteien zu sichern? Es geht jedenfalls um die Frage, ob durch Parteienmehrheiten von den Bürgern gewählte Volksvertreter von

der Entscheidungsfindung – teilweise sogar von der Entscheidung! – ausgeschlossen werden können.

Tatsächlich mag es Notwendigkeiten geben, die den Ausschluss der Öffentlichkeit ausnahmsweise erforderlich machen. Dies erfordert jedoch eine genaue Abwägung und Begründung. Vor allem bedürfen die Behauptung des Erfordernisses eines funktionierenden Rechtsstaates, der Vertraulichkeit der Verhandlung, der Interessen des Staates oder seiner wirtschaftlichen Interessen einer Abwägung, wie weit sie mit den Grundwerten unserer Verfassung vereinbar sind. Ansonsten ist es eine Diktatur der mächtigen Parteien, die durch ihre Mehrheiten und durch ihre Gesetzgebungshoheit in erster Linie ihre Interessen wahrnehmen. ■

Hermann Striedl, Jahrgang 1938, ist Jurist und war von 1967 bis 1969 Staatsanwalt und von 1969 bis 2003 Richter am Landgericht Regensburg. 2003 trat er in die ÖDP ein und war von 2008 bis 2010 ihr Stellvertretender Bundesvorsitzender. Außerdem ist er Mitglied bei Mehr Demokratie und Pax Christi.



www.hermannstriedl.wordpress.com



Wiedereinführung der EU-Sperrklausel

Das tote Pferd wird neu gesattelt

Prozenthürden sollen, so die landläufige Meinung, der Zersplitterung von Parlamenten vorbeugen. Oftmals dienen diese jedoch dem reinen Machterhalt etablierter Parteien und verhindern die Beweglichkeit einer Demokratie. Der Autor des Textes beschäftigt sich mit den gegenwärtigen Diskussionen um die Wiedereinführung einer Sperrklausel für Europawahlen, welche auch das Europamandat der ÖDP gefährden würde.

von Dr. Björn Benken

Nachdem jahrzehntlang eine 5%-Hürde auch bei Europawahlen dafür sorgte, nur die großen Parteien ins Parlament hineinzulassen, erklärte das Bundesverfassungsgericht im November 2011 diese Sperrklausel für verfassungswidrig. Die Richter mussten für ihre mutige Entscheidung har-

Grünen in der Bundestagsdebatte: „Wir sollten uns hier nichts vormachen... wir begeben uns auf dünnes Eis. Das ist so etwas wie ein Ritt über den Bodensee und die vier Fraktionen, die diesen Gesetzentwurf eingebracht haben, können nur hoffen, dass wir am Ende nicht tot wie dieser Reiter sind.“ Am

Faktisch würde sich der Gesetzesvorstoß ohnehin nur auf Deutschland und Spanien auswirken.

sche Kritik einstecken, denn viele sahen das EU-Parlament damit zu einem Parlament zweiter Klasse degradiert.

Die großen Parteien wollten den Richterspruch nicht akzeptieren und führten zu viert (nur Die Linke machte nicht mit) die EU-Sperrklausel durch die Hintertür wieder ein – diesmal in Form einer 3%-Hürde. Allerdings hatte mancher Beteiligte schon damals ein ungutes Gefühl. So orakelte Wolfgang Wieland von Bündnis 90/Die

Ende waren zwar nicht die Reiter tot, aber ihr geliebter Gaul – denn die Karlsruher Richter machten kurzen Prozess und kassierten auch die 3%-Hürde. Im Mai 2014 fanden somit erstmals Europawahlen ganz ohne Sperrklausel statt.

„Wenn du merkst, dass du ein totes Pferd reitest, steig ab!“ So lautet eine Weisheit der Dakota-Indianer. Aber so tot fanden die EU-Parlamentarier ihr Pferd nun auch wieder nicht. Es wurden Gutachten in Auftrag gegeben und Pläne



mehr erforderlich seien, um eines von sechs Mandaten zu erreichen, würden verbindliche Mindestschwelle die Bedingungen in den Mitgliedsstaaten angleichen. Dass in Zypern jedoch bereits 30.000 Stimmen für einen Abgeordnetensitz ausreichen, in Deutschland hingegen ohne Sperrklausel mehr als 180.000 Stimmen nötig sind bzw. 900.000 im Falle einer 3%-Hürde, wurde verschämt verschwiegen.

Faktisch würde sich der Gesetzesvorstoß ohnehin nur auf Deutschland und Spanien auswirken. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass im EU-Rat („Ministerrat“) mindestens eine Regierung

den deutschen Großparteien einen Gefallen tun solle, wenn gleichzeitig in der von den britischen Konservativen dominierten ECR-Fraktion

von außen eine Wahlgleichheit ins Land zu bringen versuchen und damit den sogenannten Kern der Verfassungsidentität angreifen.

Spannend würde es werden, wenn die Wahlrechtsänderung tatsächlich den EU-Rat passieren sollte.

acht deutsche Kollegen von AfD/Alfa bzw. Familienpartei sitzen, deren Wiedereinzug in das Parlament durch eine neu errichtete Sperrklausel bedroht wäre.

Spannend würde es werden, wenn die Wahlrechtsänderung tat-

EU-Recht geht zwar in aller Regel nationalem Recht vor, doch wenn Grundrechte, welche durch das Grundgesetz garantiert werden, durch EU-Recht verletzt werden, dann muss das Verfassungsgericht einschreiten.

Dieser Fall ist extrem selten, weil in Grundgesetz und EU-Charta mittlerweile fast alle Grundrechte analog geregelt sind. Nur das (grundrechtsgleiche) Recht auf gleiche Wahl gewährleistet die EU eben nicht, weder staatenübergreifend noch innerhalb eines nationalen Wahlgebiets. Laut Bundesverfassungsgericht (vgl. Urteil zum Lisabon-Vertrag, Rz. 208 ff.) besteht die demokratische Legitimation des europäischen Staatenbundes nur solange, wie dessen Handeln durch in freier und gleicher Wahl gewählte Abgeordnete bestimmt wird. Was also reitet CDU und SPD, das tote Pferd immer wieder aufs Neue reanimieren zu wollen? ■

Wenn Grundrechte, welche durch das Grundgesetz garantiert werden, durch EU-Recht verletzt werden, dann muss das Verfassungsgericht einschreiten.

dagegen stimmt und die Wahlrechtsänderung damit gescheitert wäre. So könnte sich z.B. die britische Regierung fragen, warum sie

sächlich den EU-Rat passieren sollte. Denn das Bundesverfassungsgericht wird sich nicht von Trojanischen Pferden täuschen lassen, die

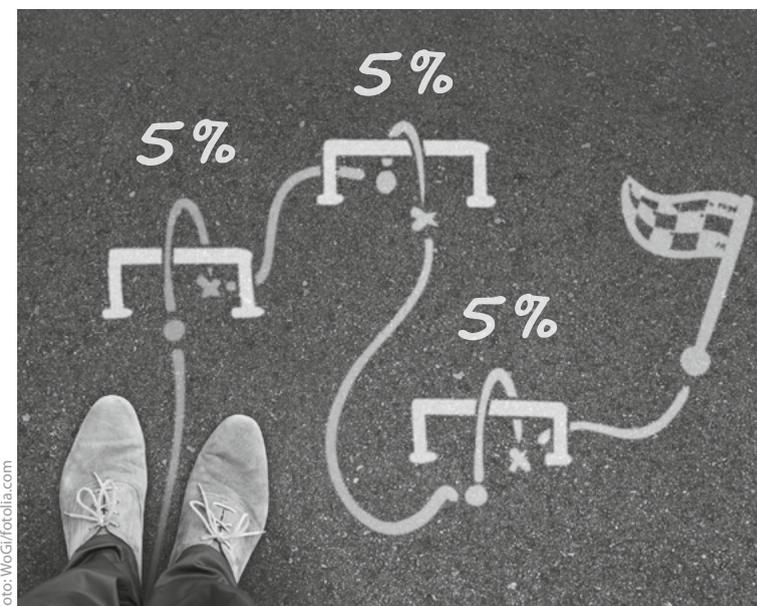


Foto: Wogif/forolia.com

geschmiedet, wie man das Urteil des Verfassungsgerichts doch noch umgehen könnte. Im November 2015 beschloss das Europäische Parlament mit der Mehrheit von EVP, S&P und ALDE (also jener Fraktionen, denen CDU, SPD und FDP angehören), eine europaweit verbindliche Sperrklausel zwischen 3 und 5% im Direktwahlakt, dem europäischem Wahlgesetz, zu verankern. Diesmal stimmten fast alle Grünen gegen den Plan, nur sechs (4 Deutsche, 1 Spanier, 1 Briten) enthielten sich. Offenbar hatten der ÖDP-Abgeordnete Prof. Klaus Buchner und seine Mitarbeiter Paul Diegel und Justyna Wladarz gute Überzeugungsarbeit in ihrer Fraktion geleistet.

Von den Befürwortern der Wahlrechtsreform wurden teils abenteuerliche Erklärungen aufgetischt. Zum Beispiel: Weil ja in Ländern wie Zypern und Malta 10% oder

Dr. Björn Benken, Jahrgang 1963, ist Dipl.-Ökonom und Mitglied der ÖDP seit 1998. Ebenfalls seit dieser Zeit kämpft er mit seiner „Aktion Wahlreform“ für ein gerechteres Wahlsystem mit Ersatzstimme.



info@wahlreform.de

Geplante Freihandelsabkommen

Kampagne „Klaus graust's“

Von den geplanten Freihandelsabkommen würden vor allem international operierende Großkonzerne profitieren. Unter anderem kämen künftig Millionen Tonnen Billigfleisch zusätzlich auf den europäischen Markt. Die brutale Massentierhaltung würde weltweit expandieren – mit katastrophalen Folgen für unsere Gesundheit. Um die geht es in der neuen Aufklärungskampagne „Klaus graust's“.

Interview mit Prof. Dr. Klaus Buchner, MdEP

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Buchner, Ihre neue Aufklärungskampagne heißt „Klaus graust's“. Wovor graust es Ihnen?

Prof. Dr. Klaus Buchner: Es graust mich, wenn ich sehe, was mit CETA und TTIP auf den Weg gebracht werden soll. Lange Zeit wurde das Verhandlungsmandat geheim gehalten. Dieses Vorgehen ist empö-

hierzulande. Schauen Sie nach Niedersachsen, da reihen sich die Tierfabriken aneinander und es wird im Sekundentakt geschlachtet. Wenn ich von Massentierhaltung spreche, dann meine ich die in keiner Weise tiergerechten Ställe mit mehr als 2.000 Rindern oder Hühnerfarmen mit 200.000 Tieren. Durch CETA und TTIP kämen weitere Millionen

Katastrophe für die Menschheit. Denn Massentierhaltung funktioniert nur mit hohen Mengen an Antibiotika. Doch diese Wunderwaffe der Medizin wird gegen Bakterien zunehmend wirkungslos und dann sprechen wir von Antibiotika-Resistenzen. Die multiresistenten Keime sind auf dem Fleisch, in der Gülle, sie kommen ins Grundwasser. Sie gelangen auf vielen Wegen zum Menschen und die Verbreitung funktioniert wie ein Schneeballsystem. Jedes Jahr sterben weltweit immer mehr Menschen in rasch zunehmendem Ausmaß an Infektionen, weil Antibiotika wegen dieser fortschreitenden Resistenzen nicht mehr wirken. Massentierhaltung ist eine Brutstätte für die Killerbakterien, wesentliche Ursache für sogenannte Krankenhauskeime, das ist vielen noch nicht bewusst.

Multiresistente Keime – sind diese die Ursache der sogenannten „post-antibiotischen Ära“, vor der zurzeit so viele Mediziner warnen?

Ja! Das weltbekannte Universitätsklinikum Berliner Charité prophezeit, dass im Jahr 2050 weltweit mehr Menschen an antibiotikaresistenten Keimen sterben werden als an Krebs, wenn nicht endlich schnellstens etwas unternommen wird. Und an Krebs stirbt heute

hierzulande. Schauen Sie nach Niedersachsen, da reihen sich die Tierfabriken aneinander und es wird im Sekundentakt geschlachtet. Wenn ich von Massentierhaltung spreche, dann meine ich die in keiner Weise tiergerechten Ställe mit mehr als 2.000 Rindern oder Hühnerfarmen mit 200.000 Tieren. Durch CETA und TTIP kämen weitere Millionen

Wollen Sie die Massentierhaltung generell abschaffen?

Die Massentierhaltung ist eine fürchterliche Tierquälerei und eine

rend, nachdem es sich um einen Vertrag handelt, der unser Leben in negativer Weise verändern wird. Es ist auch nicht akzeptabel, dass die Verhandlungen selbst geheim sind. Schließlich wird über Dinge verhandelt, welche die Bevölkerung ganz eindeutig nicht will, z.B. gentechnisch veränderte Organismen oder Hormonfleisch oder bestimmte Desinfektionsmethoden von Massentierfleisch, welche in Kanada und USA längst akzeptiert sind.

In Ihrer Kampagne wenden Sie sich gegen Massentierhaltung als Brutstätten für multiresistente Keime. Was hat Sie dazu veranlasst?

Die qualvolle Massentierhaltung ist ein Milliardengeschäft, auch

„Massentierhaltung funktioniert nur mit hohen Mengen an Antibiotika. Doch diese Wunderwaffe der Medizin wird zunehmend wirkungslos.“



Prof. Dr. Klaus Buchner, Jahrgang 1941, war als Atomphysiker von 1973 bis 2006 am Mathematischen Institut der TU München tätig und erhielt für seine wissenschaftliche Arbeit zahlreiche Auszeichnungen. 1983 trat er in die ÖDP ein und war von 2003 bis 2010 ihr Bundesvorsitzender. 2014 gewann er als ÖDP-Spitzenkandidat ein Mandat im Europaparlament. Dort ist er Mitglied im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, im Unterausschuss Menschenrechte sowie im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung, Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss Internationaler Handel sowie Vollmitglied in der Delegation für die Beziehungen zu Iran.

www.klausbuchner.eu

bekanntlich jeder Dritte. Meine Kampagne setzt sich ein für die Gesundheit von Mensch und Tier. Ich fordere alle auf, sich zu informieren, mit Freunden und Bekannten darüber zu sprechen und ihre Politiker damit zum Handeln zu zwingen!

Und eine dieser Handlungen müsste die Verhinderung der Freihandelsabkommen sein?

Ja! Zum einen wegen des schon erwähnten „Fleisch-Tsunamis“, der dann mit Sicherheit über uns hereinbrechen würde. Zum anderen,

weil durch die Freihandelsabkommen der Verbraucherschutz und die Gesundheitsvorsorge viel schwieriger werden. Es geht in den Abkommen ja nicht nur um freien Handel, sondern auch um den Schutz von Investoren. Ändert der Staat seine Gesetze und treten dadurch

Keime sicherlich genauso. Deshalb die Kampagne.

Mehr als drei Millionen Unterschriften gegen die Freihandelsabkommen, Demonstrationen mit hunderttausenden Bürgern – warum zeigt sich die EU so völlig unbeeindruckt?

„Der Druck auf die Regierungen, diese Abkommen abzuschließen, kommt ganz klar von den Großkonzernen.“

Einbußen bei den „erwarteten Gewinnen“ eines Investors auf, dann kann dieser den Staat auf Schadenersatz verklagen. Dabei geht es um hohe Summen im drei- oder gar vierstelligen Millionenbereich. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stiglitz verdeutlichte dies vor Kurzem in einem Artikel in der schweizerischen „Handelszeitung“ am Beispiel Asbest: Hätte es damals die Investorenschutz-Bestimmungen gegeben, hätte der Staat nicht die Produktion stilllegen und die Hersteller dazu verpflichtet dürfen, die Geschädigten zu entschädigen, sondern dann hätten die Regierungen die Hersteller dafür

Weil sie völlig unabhängig von der Bevölkerung ist. Das ist ja das Undemokratische an der EU. Hier ist eine Institution entstanden, die Teile aller drei Gewalten in einem Staat innehat. Exekutive, sprich Regierung, Legislative, in unserem Fall die Formulierung von Gesetzen, und die Judikative, hier die erste Instanz bei vielen Vertragsverletzungsverfahren. Und diese zentrale Organisation ist nicht dem Bürger verpflichtet. Das hat die EU-Kommissarin Cecilia Malmström deutlich gemacht. Ich war dabei, als sie sagte, was gehe sie der Bürgerwillen an und die expliziten 150.000 Briefe, die sich gegen Schiedsgerichte aus-

„TTIP soll ein sogenanntes ‚lebendiges Abkommen‘ werden, d.h. Details können verändert werden, ohne dass irgendein Parlament zustimmt.“

entschädigen müssen, die Bürger nicht weiter den Gesundheitsgefahren auszusetzen. Der Steuerzahler hätte sowohl für die vom Asbest verursachten Gesundheitsschäden aufkommen müssen als auch für die vom Hersteller erwarteten Gewinne. Und das wäre künftig bei den Gesundheitsschäden durch Massentierhaltung und resistente

sprechen. Ihr Auftrag sei, das Ganze durchzusetzen. Natürlich stimmt das Parlament auch darüber ab, doch wir wissen ja, was die großen Parteien schon im Koalitionsvertrag beschlossen haben und dass es ihr Ziel ist, die Freihandelsabkommen durchzusetzen.

Die Bundesregierung betont, dass bestehende Standards nicht gesenkt

werden. Aber zu lasche Standards würden dann wohl auch nicht verbessert?

Zuerst einmal: Die Standards sind unterschiedlich. Manche sind tatsächlich höher in den USA, andere Standards sind deutlich höher in Europa, denken Sie an Nahrungsmittel. In den USA ist soeben der Gen-Lachs zugelassen worden. Das Problem liegt darin, dass mit TTIP die Standards vereinheitlicht werden sollen und wenn die Wirtschaft mitreden kann, dann wird es sicherlich nicht auf die höheren Standards hinauslaufen. Bleiben wir bei der Gentechnik. Wir haben TTIP noch nicht explizit im Wortlaut vorliegen, doch wir wissen, die amerikanische Fleischindustrie hat allergrößtes Interesse daran, solche Produkte auf den europäischen Markt zu bringen. Ob das direkt in TTIP stehen wird oder ob es nachher im Rahmen der regulatorischen Kooperation durchgesetzt wird: Klar ist, es wird kommen, der Druck ist enorm.

Wenn von den Freihandelsabkommen gesprochen wird, dann geht es um Europa und USA. Aber dreht es sich in Wirklichkeit nicht vielmehr um Geldflüsse zu Großkonzernen, was in der Konsequenz den Ruin von kleinen und mittleren Betrieben bedeutet?

Definitiv. Egal ob es um landwirtschaftliche Produkte geht oder um Industrieprodukte, die kleinen Betriebe können nicht konkurrieren, auch wenn Sie qualitativ bessere Waren anbieten. Sie werden mit Sicherheit ins Abseits gedrängt. Die großen Gewinner sind die Großkonzerne, die mit billigen Massenprodukten unsere Welt überfluten.

Klingt wie ein ausgeklügelter Masterplan. Einige große Unternehmen teilen die Welt unter sich auf und die anderen bleiben auf der Strecke?



Plakate der Aufklärungskampagne „Klaus graust's“ hängen und stehen bisher in München, Nürnberg und Augsburg.

Der Druck auf die Regierungen, diese Abkommen abzuschließen, kommt ganz klar von den Großkonzernen. Wir sehen doch, wer bei den Verhandlungen dabei ist. Das

ein Rat ein Gutachten erstellt hat, ob dieses Gesetz für die Wirtschaft nützlich ist oder nicht. Hier werden ganz zentrale Rechte des Bürgers beschnitten. Von Demokratie kann

„Gesetze kommen in Zukunft nur noch ins Parlament, wenn vorher ein Rat ein Gutachten erstellt hat, ob dieses Gesetz für die Wirtschaft nützlich ist oder nicht.“

sind nicht die Bürger oder die Bürgervertreter oder NGOs, sondern das sind die Vertreter der Großkonzerne.

Die Verhandlungen verlaufen also undemokratisch. Mit wie viel Demokratie können wir bei den Freihandelsabkommen selber rechnen?

TTIP soll ein sogenanntes „lebendiges Abkommen“ werden, d.h. Details können verändert werden, ohne dass irgendein Parlament zustimmt. Außerdem gibt es eine regulatorische Kooperation, wie schon im Zusammenhang mit den Standards angesprochen, d.h. Gesetze kommen in Zukunft nur noch ins Parlament, wenn vorher

nicht mehr die Rede sein. Deshalb müssen wir gemeinsam in den Protest gehen. Nur wenn die großen Parteien Angst haben, nicht mehr gewählt zu werden, werden sie gegen TTIP und CETA stimmen. Der Bürger hat große Macht, er muss sie aber auch nutzen!

Herr Prof. Buchner, vielen Dank für das interessante Gespräch. ■

Ausführliche Infos zur Kampagne gibt es auf www.klausgrausts.eu und auf www.facebook.com/klausgrausts. Das Gespräch führte Angelika Demmerschmidt, Referentin Kommunikation/Medien im EU-Team. Fragen oder Anregungen bitte an sie: demmerschmidt@klausbuchner.eu

Ökologisches Handeln

Eine Sache der Vernunft oder des Gefühls?

Ob das menschliche Handeln mehr vom Kopf oder vom Herzen oder gar vom Bauch bestimmt wird, ist eine uralte philosophische Frage. Es kommt wohl immer auf die jeweilige Situation an. Aber was ist beim ökologischen Handeln, das ja großen Weitblick verlangt, wichtiger? Unzeitgemäße Gedanken zu einem wichtigen Thema – und ein Plädoyer für mehr Resultatorientierung.

von Günther Hartmann

Obwohl die Zerstörung der Welt fortschreitet, setzt kein radikaler Bewusstseins- und Verhaltenswandel ein. Das hat auch damit zu tun, dass wir so gut wie nie mit den negativen Folgen unseres Tuns konfrontiert werden. Sie ereignen sich irgendwann irgendwo anders. Aus den Augen, aus dem Sinn. „Ich gehe auf die Toilette, spüle – und alles verschwindet“, beschreibt der Philosoph Slavoj Žižek dies bildhaft. „Ich weiß, es gibt die globale Klimaerwärmung, aber kaum habe ich eine Abhandlung darüber gelesen, was zu tun ist, gehe ich raus – und sehe was? Schöne Bäume. Und höre Vogelgezwitscher. Rational weiß ich, wir sind in großer Gefahr, aber ich will es nicht wahrhaben.“ Wann will man es wahrhaben? Eine spontane emotionale Reaktion ist so gut wie ausgeschlossen.

Liebe zum Leben oder Liebe zum Toten?

Warum engagieren sich Menschen für den Schutz des Klimas oder etwas anderes? Eine emotionale Grundeinstellung zum Leben und zur Welt ist wohl entscheidend. Der Psychoanalytiker Erich Fromm unterschied in seiner Charakterologie

primär zwischen einer biophilen Wachstums- und einer nekrophilen Verfallsorientierung. Biophilie bedeutet „Liebe zum Leben“, Nekrophilie „Liebe zum Toten“. Seine Ethik basiert entsprechend auf einfachen Prinzipien: „Gut ist alles, was dem Leben dient; böse ist alles, was dem Tod dient. Gut ist die Ehrfurcht vor dem Leben, alles, was dem Leben, dem Wachstum, der Entfaltung förderlich ist. Böse ist alles, was das Leben erstickt, einengt, und alles, was es zerstückelt.“

„Ehrfurcht vor dem Leben“ – damit bezieht er sich auf Albert

halten, Leben fördern, entwickelbares Leben auf seinen höchsten Wert bringen; als böse: Leben vernichten, Leben schädigen, entwickelbares Leben niederhalten.“

Warum existiert etwas und ist nicht nichts?

Aber warum soll man sich ethisch verhalten? Diese Frage führt zur Religion. Doch da gibt es nicht nur eine, sondern mehrere, und die splitten sich nochmals in konkurrierende Glaubensrichtungen auf. Also ist es doch sinnvoll zu versuchen, die Frage philosophisch zu be-

Fromm unterschied in seiner Charakterologie primär zwischen einer biophilen Wachstums- und einer nekrophilen Verfallsorientierung.

Schweitzer. Der war der Auffassung, dass wer über die Welt und sich selber nachdenkt, merkt, dass alles, was ihn umgibt – Mitmenschen, Tiere, Pflanzen –, genauso am Leben hängt wie er selber: „Ich bin Leben, das Leben will, inmitten von Leben, das Leben will.“ Allem Willen zum Leben soll der Mensch die gleiche Ehrfurcht entgegenbringen wie dem eigenen. Als gut gilt ihm: „Leben er-

antworten. Der Begriff „Ehrfurcht“ klingt heute ziemlich angestaubt. Und die in ihm steckende „Furcht“ gehört nicht gerade zu den beliebten Gefühlszuständen. Trotzdem ist Furcht von zentraler Bedeutung im menschlichen Dasein, denn sie ist die emotionale Reaktion auf die Frage aller Fragen: „Warum existiert etwas und ist nicht nichts?“ Das Normalste wäre, dass nie etwas

existiert hat und nie etwas existieren wird. Dass trotzdem etwas ist, lässt sich nicht erklären.

Im Denken des Philosophen Hans Jonas spielt diese Frage eine Schlüsselrolle. Sie ist für ihn der Ausgangspunkt für eine weitere Frage: „Soll denn überhaupt etwas sein? Oder wäre es besser, wenn nichts wäre?“ Aus der Antwort „Ja, es soll etwas sein!“ entwickelt er dann eine komplexe Ethik für unser technologisches Zeitalter. Sein

dann alles automatisch gut? Wohl eher nicht! Die Gefühle sind zwar die Voraussetzung für richtiges Handeln, doch ohne den Verstand läuft der gute Wille ins Leere. Die aktuelle Umweltpolitik ist auch deshalb so unwirksam, weil sie oft irrational ist – gut gemeint, aber nicht gut gemacht. Deshalb ist es durchaus sinnvoll, sich mit moderner Management-Lehre zu befassen.

Sehr empfehlenswert ist Fredmund Maliks Klassiker „Führen

Die Gefühle sind zwar die Voraussetzung für richtiges Handeln, doch ohne den Verstand läuft der gute Wille ins Leere.

Kategorischer Imperativ lautet: „Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlungen verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden.“

Der Psychiater Hanspeter Padrutt sieht im „Ja, es soll etwas sein!“ die Grundvoraussetzung für Liebe zum Leben. Für ihn ist aber noch etwas anderes von großer Bedeutung – eine bestimmte Daseinshaltung: „Weniger Welt-Anschauung! Mehr Welt-Anhörung!“ In die Welt hineinhören, ihren Ruf vernehmen – und mit seinem Tun darauf antworten: Ver-Antwort-ung. Statt der Welt distanziert und berechnend gegenüberzustehen, sollten wir mit ihr in einen existenziellen Dialog treten, in eine lebendige Beziehung mit Geben und Nehmen.

Gut gemeint ist noch lange nicht gut gemacht

Furcht, Ehrfurcht vor und Liebe zum Leben, Weltanhörung, Dialog, Beziehung – es scheint auf die richtige Haltung, auf die richtige emotionale Grundbefindlichkeit anzukommen. Wenn diese stimmt, wird

Leisten Leben“. In seinen Ausführungen über das Erreichen von Zielen zitiert er Peter Drucker, den Urvater modernen Managements: „Effective executives do first things first and second things...“ – Achtung, jetzt kommt die große Überraschung! – nicht „second“, sondern „not at all“. Wer etwas bewirken will, muss sich auf wenige, aber wichtige Ziele konzentrieren. Er muss tunlichst darauf achten, sich nicht in der Vielzahl an Nebensächlichkeiten zu verzetteln. Weniger ist mehr! Das klingt logisch. Das klingt banal. Doch in der Realität geschieht viel zu oft genau das Gegenteil.

Zusammen ist es Klimaschutz – wirklich?

Das Bundesumweltministerium startete 2014 die Kampagne „Zusammen ist es Klimaschutz“. Der neueste Werbespot heißt „Gedanken auf dem 10er“ und zeigt zwei Synchronspringer auf dem 10-Meter-Turm. Weltmeisterschaft. Halbfinale. Beide gehen vor zur Absprungkante und dort in den Handstand. Die Luft knistert vor

BUCHTIPPS

Albert Schweitzer **Die Ehrfurcht vor dem Leben**

Grundtexte aus fünf Jahrzehnten
C.H. Beck, 2013
167 Seiten, 9,95 Euro
978-3-406-58779-5



Erich Fromm **Haben oder Sein**

Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft
dtv, 1976/2015
272 Seiten, 7,90 Euro
978-3-423-34234-6



Hans Jonas **Das Prinzip Verantwortung**

Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation
Suhrkamp, 1979/2003
426 Seiten, 14,00 Euro
978-3-518-39992-7



Fredmund Malik **Führen Leisten Leben**

Wirksames Management für eine neue Welt
Campus, 2000/2014
437 Seiten, 27,00 Euro
978-3-593-50127-7



Spannung. Großaufnahme ihrer Gesichter. Da sagt der eine zum anderen: „Sag mal, hast du eigentlich das Licht in der Umkleidekabine ausgemacht?“ Stimme aus dem Off: „Klimagipfel ist überall. Und jeder kann etwas tun. Zum Beispiel mit weniger Strom CO₂ sparen.“ Die Verpackung: witzig. Der Informationsgehalt: gleich null.

Nützlich wäre die Information, welche Bedeutung das Licht denn

überhaupt hat, wie hoch sein Anteil am Energieverbrauch eines durchschnittlichen Privathaushalts ist. Das ist kein Geheimnis: nur 1%. 35% Anteil hat dagegen das Autofahren, 49% das Heizen. Durch diese Zahlen wird erst offensichtlich, wo sich wirklich große Einsparungen erzielen lassen, wo der Hebel anzusetzen ist. Davon ist in der Kampagne aber seltsamerweise nicht die Rede.

Was spricht dagegen, sich auch den vielen kleinen Dingen zu widmen? Zum einem die Begrenztheit des menschlichen Auffassungsvermögens, das man nicht überstrapazieren sollte. Zum anderen ein Phänomen, das die Psychologie „licensing effect“ nennt: Durch vermeintlich besonders korrektes Verhalten entsteht ein Gefühl moralischer Überlegenheit, aus dem dann die Berechtigung abgeleitet wird, an anderer Stelle sündigen zu dürfen. Wenn also bei vielen unbedeutenden Kleinigkeiten streng auf klimafreundliches Handeln geachtet wird, kann das dazu führen, dass es in wirklich wichtigen Bereichen unterbleibt.

Was soll dieser Werbespot bewirken? Ist er nur das Abbild einer weitgehend orientierungslosen Umweltpolitik, die statt auf schlüssige Konzepte auf blinden Aktionismus setzt? Oder soll er von den Versäumnissen der Umweltpolitik ablenken, den „Schwarzen Peter“ den Bürgern zuschieben, ein schlechtes Gewissen erzeugen?

Mehr Wirkung, mehr Weisheit, mehr Politik!

„Wo immer man messen kann, soll man messen“, schreibt Malik. Erst Zahlen sorgen für eine klare Orientierung. Ohne sie tapen wir im Dunkeln, können das Wichtige nicht vom Unwichtigen unterschei-



Werbespot „Gedanken auf dem 10er“ der Kampagne „Zusammen ist es Klimaschutz“

den, verheddern uns im Belanglosen. Unser Tun bleibt wirkungslos. Um wirksam zu sein, sind klare Ziele, Maßnahmen und Zeitpläne unverzichtbar. Regelmäßige Messungen zeigen an, ob der Kurs und die Geschwindigkeit noch stimmen. Nur so lassen sich die ergriffenen Maßnahmen frühzeitig nachbessern.

Das heißt jedoch noch lange nicht, dass alles berechenbar sein muss, was sich in Zahlen ausdrücken lässt. Wie dargestellt, stoßen wir auf der existenziellen Ebene an die Grenzen der Logik. Dort fallen Entscheidungen intuitiv, dort braucht es etwas, was sich am besten mit einem aus der Mode gekommenen Begriff umschreiben lässt: Weisheit. Weisheit bedeutet nicht, alles zu wissen, sondern gerade dort, wo es kein Wissen und keine eindeutige Regel mehr gibt, das Richtige zu denken, zu sagen und zu tun. Zur Weisheit gehören das Wissen und das Nicht-Wissen gleichermaßen.

Nun ist aber Weisheit nicht im Überfluss vorhanden. Und Wissen auch nicht. Die Menschen sind angesichts der Komplexität unse-

rer technisierten und globalisierten Welt irgendwann überfordert. Umso mehr ist die Politik gefordert. Sie muss die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so setzen, dass auch unethisches Eigennutzstreben nicht im Widerspruch zum Gemeinwohl steht, sondern es fördert. Beim Klimaschutz bedeutet das: eine konsequente CO₂-Steuer oder CO₂-Budgetierung. So entstünde ein kreativer Wettbewerb um die effizienteste CO₂-Einsparung. Denn wie die Zukunftsforscherin Hazel Henderson so schön sagte: Der Markt ist ein schlechter Meister, aber guter Diener.

Günther Hartmann,
Jahrgang 1965, studierte Architektur, war nach dem Diplom zunächst in verschiedenen Architektur- und Stadtplanungsbüros



tätig, anschließend in der IT- und in der Stadtmarketing-Branche. Seit 2008 arbeitet er hauptberuflich als Journalist. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 Chefredakteur der ÖkologiePolitik.

www.guenther-hartmann.de

An alle Mitglieder

von Gabriela Schimmer-Göresz



„Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt.“ (Erich Fried)

ÖDP-Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz (2. v.r.) demonstrierte gemeinsam mit dem ÖDP-Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner (2. v.l.) und dem gesamten ÖDP-Bundesvorstand bei der Demonstration gegen TTIP & CETA am 10. Oktober 2015 in Berlin.

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

ein Bekannter schrieb mir vor einigen Tagen:

„... weil es an allen Ecken und Enden brennt. Ich habe große Sorge. Ich bin zornig. Ich muss raus auf die Straße gegen die Ungerechtigkeiten von TTIP, das die Armen noch ärmer und die Reichen noch reicher macht. Ich will mich erheben gegen die Kriegspropaganda, den verdamnten Krieg und die Waffenlieferungen aus Deutschland. Ich will anklagen die milliardenfache Tierquälerei, um unseres Wohlstandes willen. Ich muss mich erheben gegen Atomkraft und die Energiewendebremse, gegen Glyphosat und Co. und gegen all die Zerstörung der biologischen Vielfalt, unserer Umwelt und unseres Klimas.“

Ja, wir müssen uns erheben, wir müssen mitwirken an einem politischen und gesellschaftlichen Wandel. Weg von einem ausbeuterischen System des ständigen Wirtschaftswachstums hin zu einer am Gemeinwohl orientierten Politik, die niemanden ausgrenzt und allen Menschen Chancen für ein gutes Leben lässt.

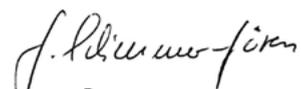
„Diese absurde Weltordnung ist von Menschen gemacht, also kann sie auch von Menschen gestürzt werden“, schreibt Jean Ziegler. Und recht hat er. Wer, wenn

nicht wir, kann sich erheben gegen eine Politik, die alles andere als enkeltauglich ist? Kritik allein ist nicht genug. Es braucht unser aller aktive Beteiligung, damit das „Betriebssystem“ unserer Gesellschaft, unsere Demokratie, nicht noch weiter Schaden nimmt.

An diesem von Ziegler geforderten „Umsturz“ arbeitet die ÖDP seit vielen Jahren. Ob lokal, regional, auf Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene. Ganz aktuell arbeiten Kandidatinnen und Kandidaten sowie ÖDP-Aktive für die Teilnahme an den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz sowie in Sachsen-Anhalt (13. März). Programme werden abgestimmt, Werbemittel und Wahlstrategien entworfen. Die Landesverbände im Landtagswahlkampf Anfang 2016 brauchen unsere Unterstützung, die Landesverbände, deren Wahlen im Herbst 2016 stattfinden, selbstverständlich auch.

Und darum möchte ich Sie heute herzlich bitten: Helfen Sie mit, die ÖDP bekannter zu machen. Helfen Sie mit, neue Mitglieder zu gewinnen, und empfehlen Sie die ÖDP als einzig wählbare Alternative. ÖDP: besser wählen – besser leben!

Ihre


Gabriela Schimmer-Göresz
Bundesvorsitzende

Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

Aufbau- und Strukturkonzept für die ÖDP

Das Landesverbändetreffen am 21. November 2015 in Zell (bei Würzburg) hat sich ausführlich mit dem Aufbau- und Strukturkonzept für die ÖDP befasst und es im Grundsatz beschlossen. Darin wird eine Reihe von Sitzungsterminen zur gemeinsamen Koordination projektiert. Hinzu kommen etliche personelle Entscheidungen, die der Bundesvorstand auf den Weg bringen muss und die durch die Haushaltshoheit des Bundesparteitags finanziell beschlossen werden müssen. Da wir nicht mit der Gießkanne arbeiten können, orientiert sich die Unterstützung der Landesverbände ganz eng an den anstehenden Landtags- und Kommunalwahlen. Neben dem Aufbau von unten nach oben hat auch die Bundestagswahl 2017 einen wichtigen Raum in diesem Konzept. Die Landesverbände der ÖDP streben einen flächendeckenden Antritt zur Bundestagswahl an. Dabei sollen sie entsprechend unterstützt werden. Konkretere Informationen hierzu bekommen die Landesverbände noch direkt zugeleitet.

Unterstützung kleiner Landesverbände

Ein wichtiger Schwerpunkt des Bundesvorstands ist die Reaktivierung von Landesverbänden, die seit einiger Zeit über keinen Landesvorstand verfügen. Am 31. Oktober 2015 wurde in Berlin gemeinsam mit Unterstützung von Bundesvorstandsmitglied Dr. Manfred Link und der Berliner ÖDP ein

neuer Landesvorstand für die ÖDP Brandenburg gewählt. Neuer Vorsitzender wurde Jörn-Rainer Collin aus Brandenburg an der Havel. Herzlichen Glückwunsch an den

Die Frage wird auch sein, wie sich ein ÖDP-Landesverband aufstellen muss, um mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl die meist 2.000 Unterstützungsunterschriften

Das Generalsekretariat möchte in den folgenden Wochen die aktuellen Erfahrungen beim Sammeln von Unterstützungsunterschriften für Wahlteilnahmen zusammenstellen.

neuen Vorstand auch von meiner Seite. Dank auch an alle, die hier unterstützend mitgewirkt haben. Als nächstes steht die Neuwahl des Landesvorstands in Mecklenburg-Vorpommern auf der Agenda. Im Frühjahr 2016 wird dann nochmals im Saarland ein Landesparteitag stattfinden, um dort Aktivitäten anzustoßen.

Sammeln von Unterstützungsunterschriften

Das Generalsekretariat möchte in den folgenden Wochen die aktuellen Erfahrungen beim Sammeln von Unterstützungsunterschriften für Wahlteilnahmen zusammenstellen. Was für die einen eine lockere Wahlkampfübung ist, ist für andere harte Kärrnerarbeit. Dazu werden alle aktiven Mitglieder gebeten, ihre aktuellen Erfahrungswerte mitzuteilen: Infostände, Klemmbrettaktionen, Haustürsammlungen, Versandaktionen – was hat es gebracht? Welche Formen von Ansprachen haben sich als wirkungsvoll erwiesen. Die Ergebnisse sollen analysiert werden, um sie in entsprechende Schulungen einfließen zu lassen.

möglichst eigenständig sammeln zu können. Bitte schicken Sie Ihre Erfahrungen an die unten angegebene Adresse oder E-Mail-Adresse.

Darüber hinaus möchten wir eine ständige „Feuerwehrtruppe“ oder „schnelle Einsatztruppe“ zum Sammeln von Unterstützungsunterschriften zusammenstellen. Wir bitten um Rückmeldung, wenn Sie sich als Unterschriftensammlerin bzw. -sammler für Einsätze in anderen Regionen Deutschlands zur Verfügung stellen können. Ich stehe für Rückfragen gerne zur Verfügung und freue mich auf Ihre Rückmeldung.

Dr. Claudius Moseler

Generalsekretär,
ÖDP Bundespolitisches und
Kommunalpolitisches Büro

Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz

Tel.: (0 61 31) 67 98 20

Fax: (0 61 31) 67 98 15

Mobil: (0 61 31) 87 10 542

politik@oedp.de



Neues aus dem Europaparlament

von Prof. Dr. Klaus Buchner

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Ereignisreiche Wochen liegen hinter mir: Im Herbst war ich z.B. in Franken auf Vortragstour. Ich habe über die Auswirkungen der Freihandelsabkommen auf die Kommunen referiert und bin auf große Resonanz gestoßen. Das Thema TTIP und Co. trifft den Nerv der Bevölkerung und löst berechtigte Befürchtungen darüber aus, dass unsere Demokratie, unser Sozialstaat und unsere Rechtsstaatlichkeit zugunsten der Großkonzerne geopfert werden. Ich bleibe natürlich weiter am Thema dran und bereite regelmäßig aktuelle Informationen über TTIP, CETA und TiSA auf meiner Homepage für Sie auf. Schauen Sie doch mal vorbei: www.klausbuchner.eu

Die Vortragstour in Franken habe ich zudem dazu genutzt, um Pressegespräche zu führen. Auch hier kritisierte ich immer wieder die Freihandelsabkommen und stellte mein Motto „Mensch vor Wirtschaft“ in den Mittelpunkt der Diskussion.

Auch das Thema Tierschutz hat mich in den vergangenen Wochen beschäftigt. Das Europäische Parlament hat ein Votum auf den Weg gebracht, wonach keine indirekten Subventionen für Stierkampf mehr möglich sind. Diese Entscheidung muss jedoch noch vom Europäischen Rat bestätigt werden. Tierschutz bewegt immer viele Bürgerinnen und Bürger – zum Thema Stierkampf haben wir viele Hundert E-Mails bekommen, in denen ich aufgefordert wurde, mich für die Rechte von Tieren einzusetzen. Jede Einzelne haben meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beantwortet und auf mein Engagement hinsichtlich des Tierschutzes hingewiesen.

Unter anderem auch um Tierschutz geht es in meiner neuen Kampagne „Klaus graust's“. Die Massentierhaltung ist schädlich für Tiere und Menschen, denn durch die Verabreichung von Antibiotika an Tiere entstehen Krankheiten, die nicht mehr mit Antibiotika behandelt werden können und dadurch für Menschen lebensgefährlich werden. Sollte das Freihandelsabkommen CETA zwischen der Europäischen Union und Kanada in Kraft treten, dann werden große Mengen Fleisch aus Massentierhaltung auf den europäischen Markt geschwemmt. Auf diese Zusammenhänge möchte ich hinweisen – alle relevanten Informationen finden Sie auf meiner Kampagnenseite: www.klausgrausts.eu

Schon lange kläre ich über die Gesundheitsgefahren beim Mobilfunk auf. Im November hatte ich bei einem

Kongress in Freiburg dazu wieder die Gelegenheit. Die Veranstaltung wurde u. a. von drei ÖDP-Kreisverbänden und zwei Bürgerinitiativen organisiert. Für mich war das eine rundum gelungene Veranstaltung, die das Thema Mobilfunk aus verschiedenen Blickrichtungen beleuchtete.



Foto: Simone Lettenmayer

Im Europäischen Parlament veranstaltete ich einen Kongress zum Urmia-See.

Ebenfalls im November habe ich im Europäischen Parlament eine Konferenz zum Urmia-See im Iran veranstaltet. Der Urmia-See, ein UNESCO-Biosphärenreservat und einst einer der größten Salzwasserseen der Welt, ist um dramatische 90 % geschrumpft. Die Austrocknung des Sees hat nicht nur verheerende Auswirkungen auf die örtliche Flora und Fauna, sondern auch auf die Gesundheit der Bevölkerung in den umliegenden Regionen. Der Sedimentsand hat einen größeren Urangehalt als die ertragreichsten Uranminen der Welt und die gesundheitlichen Folgen für die umliegende Bevölkerung sind dementsprechend fatal. Durch die Winde wird der Sand in einem Umkreis von bis zu 500 km weit fortgetragen und umliegende Felder sind für den Anbau von Nahrungsmitteln kaum noch zu gebrauchen. Die Konferenz zeigte: Es ist noch viel Arbeit nötig, um die iranische Regierung zum Handeln zu bewegen. Der Nukleardeal öffnet hoffentlich neue Wege. Ich setze mich im Europäischen Parlament für die Menschen im Iran und gegen die Zerstörung der Umwelt ein.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr

K. Buchner

Klaus Buchner

Rheinland-Pfalz

Programm zur Landtagswahl verabschiedet – Alternative zu Rot-Grün

Traben-Trarbach. Die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) hat auf ihrem Landesparteitag am 7. November 2015 einstimmig ihr Wahlprogramm zur Landtagswahl am 13. März 2016 in Rheinland-Pfalz beschlossen. „Da derzeit das Thema der Flüchtlingsströme viele politische Debatten dominiert, hat sich die ÖDP natürlich auf ihrem Landesparteitag mit dieser Thematik auseinandergesetzt“, so Landesvorsitzender und Spitzenkandidat Rainer Hilgert (Münstermaifeld). Die ÖDP fordert die konsequente Bekämpfung von Fluchtursachen, wie z. B. ungerechte Weltwirtschaftsstrukturen und vor allem Rüstungsexporte in Krisengebiete. Das Asylrecht gilt es zu schützen, die Verfahren sind zu beschleunigen und die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer besser zu unterstützen. „Das zögerliche und planlose Handeln der Bundesregierung muss beendet werden“, unterstrich auch Landesvorstandsmitglied Dr. Claudius



Foto: ÖDP Rheinland-Pfalz

Der Wahlkampf läuft – hier bei der Unterschriftensammlung für die Wahlteilnahme in Bingen (v.l.n.r.): Walter Konrad, Dr. Claudius Moseler, Annette Röbler und Andreas Röbler.

Moseler, Stadtratsmitglied in Mainz, „denn bei der Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber müssen die Kommunen stärker finanziell durch den Bund unterstützt werden“.

Weitere Schwerpunkte des Wahlprogramms sind der konsequente Einsatz für Lärmschutz, z. B. im Mittelrheintal und im Umfeld von Flughäfen, die Anstellung von mehr Lehrern und Polizisten im Land und der Verzicht auf Großprojekte: „Die rot-grüne Landesre-

Die Mosel ist ausreichend ans Autobahnnetz angebunden – jetzt reicht es!

Schluss mit dem Weiterbau des Hochmosel-übergangs! Die Stabilität der Hochmoselbrücke ist bis heute nicht geklärt!

Fakt ist: Ein Teil der Brückenpfeiler soll in dem gefährlichsten Rutschhang an der Mosel mit Bewegungen bis in 70 Metern Tiefe gegründet werden. Auch der frühere Leiter des rheinland-pfälzischen Landesamts für Geologie und Bergbau (LGB), Prof. Dr. Harald Ehses, wies im Dezember 2013 öffentlich auf eine unzureichende Baugrunduntersuchung hin. Er kritisierte, dass das Baurisiko nicht kalkulierbar sei. Daraufhin fiel er bei der Landesregierung in Ungnade. Ausgerechnet das zuständige grüne Wirtschaftsministerium verhängte alsbald einen „Maulkorb“ gegen ihn und sorgte in der Folge für seine Versetzung.

Kein gutes Geld schlechtem hinterherwerfen!

Wenn die Voraussetzungen für eine sichere Baugründung gefunden werden sollten – was wir bezweifeln –, würden die Kosten für den Weiterbau die Kosten für die Beendigung des Vorhabens (u. a. Schadensersatz) bei Weitem übersteigen. Es ist daher weitaus sinnvoller, sich Gedanken über eine andere Nutzung der schon errichteten Bauten wie Pfeiler und Zubringer zu machen – sei es zum Beispiel ein Hochseilklettergarten, eine Sommerrodelbahn...

Kein Geld, das wir nicht haben, für Sachen, die wir nicht brauchen!

Selbst nach den amtlichen Verkehrsschätzungen reichen die erwarteten Zahlen bei Weitem nicht an die heran, die eine vierspurige Straßenführung sinnvoll machen. Mit entschieden weniger Geld sollten die vorhandenen Straßen so ausgebaut werden, dass an Steigungsstrecken keine Staus entstehen müssen und – wo nötig – Umgehungsverkehr möglich gemacht wird. Diese Methode hätte noch dazu den Vorteil, dass die Mosel nicht „übergangen“ wird. Es ist nämlich ein Märchen, dass der Hochmoselübergang das Moseltal vom Durchgangsverkehr befreien würde: Dieser beträgt – nach Gutachten der zuständigen Behörde – nicht einmal 10%. Für die übrigen Verkehre (mehr als 90%) ins und aus dem Moseltal braucht es – wie gesagt – eine Optimierung der vorhandenen Straßenverbindungen.

Nur eine solche Handlungsweise ist im Sinne der Steuerzahler!

11 Thesen

der Ökologisch-Demokratischen Partei zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 13.03.2016

1. Keine öffentliche Finanzierung von Prestigeobjekten

Keine öffentliche Förderung des Nürburgrings. Die ÖDP fordert die Betreiber des Nürburgrings auf, die eigenen und die staatlichen Umweltvorschriften konsequent umzusetzen. Die Bauarbeiten am Hochmoselübergang müssen sofort eingestellt und die freiwerdenden Gelder für den Unterhalt des vorhandenen Straßennetzes sowie den Ausbau des Schienennetzes verwendet werden. Wir verlangen endlich neutrale Gutachten, die die Standfestigkeit der Hochbrücke auf den Ürziger Geröllhang nachweisen. Des Weiteren fordern wir genaue Untersuchungen der hydrogeologischen Ströme oberhalb des Graacher Rutschhangs und die Auswirkungen der Trasse auf diesen Hang. Kein Maulkorb für kritische Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter.

2. Lärmschutz konsequent umsetzen

Durchsetzung eines konsequenten Nachtflugverbots für alle Flughäfen (22–6 Uhr). Einsatz von lärmreduzierten Flugzeugen. Kein weiterer Ausbau des Frankfurter Flughafens, kein Terminal 3. Einrichtung eines Runden Tisches zur Reduzierung des Fluglärms in Rhein-Main. Einsatz für Maßnahmen des Lärmschutzes an der Eisenbahn im Mittelrheintal (z.B. keine alten Güterwagen, Einbau von sog. „Flüster-Bremsen“), Verringerung des Verkehrsaufkommens. Prüfung einer Alternativstrecke für das Mittelrheintal.

3. Mehr Personal bei der Polizei

Massiver Personalmangel bei Polizei und Justiz führen dazu, dass sie den modernen Methoden der Kriminalität nicht mehr gewachsen sind. Rheinland-Pfalz muss daher die Zahl der Polizistinnen und Polizisten deutlich erhöhen. Die Strafvollstreckung muss bei Wahrung der Rechtsstaatlichkeit sowohl der Abschreckung, der Wiedergutmachung als auch der Resozialisierung dienen.

4. Asylrecht schützen und Fluchtursachen bekämpfen

Die ÖDP fordert die konsequente Bekämpfung von Fluchtursachen, wie z.B. ungerechte Weltwirtschaftsstrukturen, Klimawandel und Rüstungsexporte in Krisengebiete und an Staaten, welche die Menschenrechte nicht einhalten. Das Asylrecht gilt es zu schützen, die Verfahren sind zu beschleunigen und die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer besser zu unterstützen, z.B. durch Freistellungen und Ausgleich des Verdienstaufschlags. Das zögerliche und planlose Handeln der Bundesregierung muss beendet werden. Wir fordern die Solidarität der anderen europäischen Staaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen ein, denn es ist unklar, wie vielen Flüchtlingen Deutschland in der Lage ist, Zuflucht zu gewähren. Wir brauchen zudem eine Agenda 2016, die allen sozial Benachteiligten in Deutschland gerecht wird, damit es nicht zu Neid und Rivalität zwischen bedürftigen Gruppen kommt.

5. Mehr Bürgerbeteiligung

Bürgerentscheide und Bürgerbegehren sind auf kommunaler Ebene und Volksbegehren und Volksentscheide auf Landesebene zu erleichtern. Die großen Hürden bei der Zulassung von Bürgerentscheiden sind auf ein sinnvolles Maß zu reduzieren, wie es z.B. der Verein „Mehr Demokratie“ fordert. Bürgerinnen und Bürger sind im Rahmen von „Kommunalen Bürgerhaushalten“ an der Ausgabenpolitik der Kommune zu beteiligen.

6. Firmenspenden an Parteien verbieten

Über den Bundesrat: Konzern- und Firmenspenden an Parteien sind zu verbieten, damit wir wirklich unabhängige Parteien und Volksvertreterinnen sowie -vertreter haben.

7. Keine Freihandelsabkommen zulasten der Kommunen

Die ÖDP lehnt die geplanten Freihandelsabkommen (z.B. TTIP, TiSA, CETA) ab, die sich durch Demokratiefreundlichkeit und Bevorzugung von Großkonzernen auszeichnen. Kommunale Einrichtungen dürfen nicht durch diese Abkommen unwiderruflich privatisiert werden. Keine Privatisierung kommunaler Aufgaben der Daseinsvorsorge! Sie führt zu hohen Preisen, einer schlechteren Qualität, z.B. des Trinkwassers, und schlechterer Versorgung vor allem im ländlichen Raum.

8. Ökologische Landwirtschaft fördern

Beibehaltung der Förderung des ökologischen Land- und Weinbaus: Die Umstellung auf biologische Wirtschaftsweisen und die Regionalisierung der landwirtschaftlichen Direktvermarktung sind zu fördern. Steigerung des ökologischen Landbaus auf 50 % der Bewirtschaftungsfläche bis 2030. Rheinland-Pfalz muss zur gentechnikfreien Zone erklärt werden. Einführung eines Gütesiegels „gentechnikfrei produziert“ auch im konventionellen Weinbau! Einrichtung des Amtes eines unabhängigen Landes-Tierschutzbeauftragten mit Klagebefugnissen, der von den Tierschutzverbänden vorgeschlagen wird! Die ÖDP lehnt Massentierhaltung ab: Großmästereien oder Geflügelfarmen sollen im Land nicht zugelassen werden.

9. Speichertechnologien für Erneuerbare Energien

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Erforschung und Entwicklung von Speichertechnologien für Erneuerbare Energien schnellstmöglich zu fördern. Das Land muss entsprechende Modellvorhaben finanzieren.

10. Mehr Personal für unsere Kinder an den Schulen

Die ÖDP möchte erreichen, dass mehr Schulsozialarbeiter und -psychologen zur Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden. Zudem brauchen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer (ohne Kurzzeit- oder Kettenverträge). Die ÖDP fordert eine Begrenzung der Klassenstärke auf maximal 20 Schülerinnen und Schüler.

11. Familien besser unterstützen

Über den Bundesrat: Einsatz für ein gerechtes steuer- und sozialversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21.07.2015, das die Zuständigkeit für ein Betreuungsgeld den Ländern zuweist, ist ein Landesbetreuungsgeld als Übergangslösung bis zur Einführung eines Erziehungsgehalts durch den Bund einzuführen. Es sollte wesentlich höher liegen als das bisherige Bundesbetreuungsgeld von 150 Euro, um gegenüber der weit kostenträchtigeren öffentlichen Krippenfinanzierung mehr Gleichberechtigung für Eltern zu schaffen, die ihre Kinder länger als 12 (14) Monate selbst betreuen wollen.

gierung sollte viel mehr in den Erhalt der vorhandenen Straßen und Brücken investieren, als für viele Millionen Euro den Hochmoselübergang zu bauen“, so die ÖDP. Die Landesregierung wird von der ÖDP aufgefordert, die Entwicklung von Speichertechnologien für Erneuerbare Energien zu fördern und ihre Erforschung schnellstmöglich durch Pilotprojekte zu unterstützen: „Hier versagt die Regierung mit Blick auf die Energiewende“, so Spitzenkandidat Hilgert.

Die ÖDP ist in Rheinland-Pfalz landesweit mit der Landesliste wählbar, darüber hinaus wurden 10 Wahlkreis kandidatinnen und -kandidaten aufgestellt. Weitere Informationen: www.oedp-rlp.de

Kontakt:

ÖDP-Landesverband Rheinland-Pfalz

Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz

Tel.: (06131) 67 98 20, Fax.: (06131) 67 98 15

buero@oedp-rlp.de, www.oedp-rlp.de

Baden-Württemberg

Auf der Zielgeraden zur Landtagswahl

Die gesamte zweite Hälfte des Jahres 2015 war von großem Einsatz für den flächendeckenden Antritt der ÖDP bei der Landtagswahl geprägt. Inwieweit das Ziel erreicht wird, stand bei Redaktionsschluss nicht fest. Ein ausführlicher Bericht zur Landtagswahl folgt in der nächsten Ausgabe der ÖkologiePolitik.

Prägend waren auch zahlreiche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen mit unserem Europaabgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner. Die Vortragsreihe „Die Risiken der Freihandelsabkommen und ihre gravierenden Auswirkungen auf die Kommunen“ erfolgte in Wahlkreisen, in denen bis dahin eine äußerst schwache Mitgliederstruktur keine Wahlkreisversammlungen zwecks Aufstellung von Bewerber(inne)n und Ersatzbewerber(inne)n zur Landtagswahl erlaubte. Durch die Vorträge und die damit verbundene Öffentlichkeitsarbeit konnten gleich drei positive Effekte erreicht werden: Die Besucher(innen) der Vortragsabende wurden fundiert über die Freihandelsabkommen (insbesondere TTIP) informiert, die ÖDP wurde bekannter gemacht und in verschiedenen Fällen kam es auch zu Neueintritten.

Ein voller Erfolg war das Mobilfunk-Forum in Freiburg, an dem der dortige Kreisverband und weitere südbadische Kreisverbände entscheidend als Mitorganisatoren aufgetreten sind. Hierzu ein ausführlicher

Bericht an anderer Stelle in dieser Ausgabe der ÖkologiePolitik.

Ein weiterer Höhepunkt war die von drei Kirchengemeinden organisierte Podiumsdiskussion zum brisanten Thema „Wenn der Mensch nur Ware ist. Moderne Sklaverei und Menschenhandel“ in Siegelbach im Landkreis Heilbronn, an der neben Prof. Dr. Klaus Buchner u.a. auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Dorothee Schlegel, die Ordensschwester Dr. Lea Ackermann, der Journalist und Bestsellerautor Dr. Franz Alt sowie der Kriminalbeamte Helmut Sporer teilnahmen. Es wurde aufgedeckt, wie die Zusammenhänge sind und dass es sich bei Prostitution um ein kaum zu kontrollierendes Terrain handelt, in dem Menschenverachtung regiert und die „Ware“ Frau traumatisiert wird. Als Vorkämpfer gegen Prostitution wurde Schweden dargestellt, wo die Prostitution seit 1998 verboten ist.

Der nächste Landesparteitag wird am Wochenende 23./24. April 2016 stattfinden und sich in erster Linie der Neuwahl des Landesvorstands und einem Rückblick auf die Landtagswahl widmen.

Kontakt:

Landesgeschäftsführer Uli Stein

Tel.: (07 11) 636 46 44

info@oedp-bw.de

Regionalbeauftragter Matthias Dietrich

Tel.: (071 21) 88 01 04

matthias.dietrich@oedp-bw.de

Bayern

Kleiner Parteitag der ÖDP Bayern in Regensburg: ÖDP fordert glaubwürdige Fluchtursachenbekämpfung

Die ÖDP Bayern hat bei ihrem kleinen Parteitag am 14.11.2015 in Regensburg eine „glaubwürdige Fluchtursachenbekämpfung und ein Ende der Kungelei mit der Rüstungsexportindustrie“ gefordert. „Wenn in den Krisengebieten der Welt ständig deutsche Waffen auftauchen, dann zeigt das doch deutlich, dass es mit der angeblich restriktiven Politik in Sachen Waffenexporte von Sigmar Gabriel und seinen Amtsvorgängern nicht weit her sein kann“, sagte Landesvorsitzender Klaus Mrasek.

Paradebeispiel der Kungelei sei die sogenannte Deutsche Wehrtechnische Gesellschaft – ein Gremium, in dem sich regelmäßig Abgeordnete und Mi-

nisterialbeamte des Verteidigungsministeriums mit Rüstungslobbyisten treffen. „Wir fordern die Bundestagsabgeordneten auf: Geben Sie sich endlich einen Ehrenkodex, der dieser Kungelei mit den Rüstungslobbyisten Einhalt gebietet. So würde Deutschland dazu beitragen, dass Menschen nicht vor dem Terror in ihren Heimatländern fliehen müssen“, forderte ÖDP-Chef Mrasek weiter.

Auf der Tagesordnung des Kleinen Parteitags stand auch eine Positionsbestimmung zur Einführung einer Steuer auf Finanzspekulationen, die nach Ansicht der ÖDP-Spitze als „Soli der Starken für die Schwächeren“ eingeführt werden soll. So könne vermieden werden, dass die Aufwendungen für anerkannte Asylbewerber gegen die Ansprüche von Bürgern mit geringeren Einkommen ausgespielt werden.



Landesvorsitzender Klaus Mrasek bei seiner Rede am Kleinen Parteitag

Außerdem startete der Landeshauptausschuss eine Petition zur Einführung eines bayerischen Erziehungsgehalts. Die familiäre Kindererziehung soll finanziell besser anerkannt werden, als es die CSU mit ihrem Betreuungsgeld bislang wollte. Wer seine Kinder in den ersten drei Lebensjahren zu Hause betreut, soll laut ÖDP hierfür ein Entgelt in der Höhe des Betrags erhalten, den auch ein Krippenplatz pro Kind und Monat kostet.

Mangold kritisiert Chef der deutschen Rüstungslobby

Der niederbayerische ÖDP-Vorsitzende und Passauer Bürgermeister Urban Mangold konfrontierte den Chef der Rüstungslobbyisten mit scharfer Kritik an den deutschen Waffenexporten. Gerhard Schempp, Präsident der sogenannten Deutschen Wehrtechnischen



Klar, warum Gerhard Schempp (2. v. l.), Präsident der Deutschen Wehrtechnischen Gesellschaft, so entspannt lächelt: Die Kungelei mit der Politik funktioniert wie am Schnürchen. Das kritisierte bei einer Veranstaltung an der Universität Passau ÖDP-Bürgermeister Urban Mangold (rechts).

Gesellschaft, in der sich Abgeordnete und Beamte des Verteidigungsministeriums regelmäßig mit der Rüstungsindustrie treffen, war zu Gast bei einer Diskussionsveranstaltung der Universität Passau und auf ein freundliches Grußwort des Zweiten Bürgermeisters eingestellt. Doch Urban Mangold formulierte vor vollem Hörsaal die ÖDP-Kritik an der Rüstungskungelei.

Schempp fragte darauf zurück, ob dem Passauer Bürgermeister bekannt sei, wie viel von den in der Zahnradfabrik Passau hergestellten Getrieben in Rüstungsgütern eingesetzt werden. Nach Ansicht der ÖDP trifft dies genau die zentrale Fragestellung: Sind wir bereit, Fluchtursachenbekämpfung auch dann ernst zu nehmen, wenn es unseren Wohlstand betrifft, wenn es um Arbeitsplätze geht? Dazu gibt es nach Ansicht der ÖDP keine Alternative, „wenn wir Fluchtursachenbekämpfung ernst nehmen“.

Urban Mangold hat deshalb eine Musterbriefaktion an die Bundestagsabgeordneten entwickelt, in der diese aufgefordert werden, die Kungelei mit der Rüstungsindustrie zu beenden. Die Aktion kann in allen ÖDP-Kreisverbänden durchgeführt werden. Infos unter: www.oedp-bayern.de/aktuelles/aktionen.

Landtagspräsident a. D. Johann Böhm Gastredner beim Niederbayerntag der ÖDP

Die ÖDP hat sich bei ihrem Niederbayerntag in Plattling gegen die von Heimatminister Söder angestrebte Lockerung des Anbindegebots für Gewerbebauten außerhalb von Ortschaften ausgesprochen. Dieses besagte bisher, dass Gewerbegebiete an bestehende Siedlungen anzugliedern sind und nicht willkürlich auf der grünen Wiese ausgewiesen werden können. Als Gastredner hat ÖDP-Bezirksvorsitzender Urban Mangold den früheren Landtagspräsidenten Johann Böhm (CSU) gewonnen, der in seiner Funktion als Vorsitzender des Landesvereins für Heimatpflege dafür eintrat, die lebendige Vielfalt der Landschaften und den erlebbaren Wechsel von offenen Flächen und Siedlungen zu bewahren.

„Die Vielfalt der Landschaften mit ihrem erlebbaren Wechsel von offenen Flächen und kompakten dörflichen und städtischen Siedlungen muss auch weiterhin vor Zersiedlung und beliebig angeordneten Gewerbearealen bewahrt werden. Die problematischen Verhältnisse, beispielsweise in Oberitalien, mahnen uns zu besonnenem Vorgehen und zu klaren Vorgaben für Projektträger und Kommunen“, sagte Böhm. Gerade ein

Tourismusland wie Bayern müsse seine sichtbar hochwertigen Landschafts- und Ortsbilder erhalten und ein lebendiges Bild unserer Heimat vermitteln.

Die niederbayerische ÖDP setzt darauf, dass die Debatte hierüber „nicht rein parteipolitisch ausgetragen wird, sondern dass jetzt auch in der CSU kritische Stimmen hörbar werden. Schließlich gehe es um die Erhaltung der bayerischen Kulturlandschaft, betonte Mangold, der im Bezirkstag zudem für einen höheren Einsatz des Bezirks zur Rettung niederbayerischer Bau- und Denkmäler kämpft.



Über TTIP und Fluchtursachenbekämpfung sprachen ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek (l.) und Bundesvorsitzende Gabi Schimmer-Göresz (2. v. l.) beim Niederbayerntag, der darüber hinaus hauptsächlich die Landesentwicklungsplanung thematisierte. Hierzu hatte Bezirksvorsitzender Urban Mangold (r.), Landtagspräsident a. D. Johann Böhm (2. v. r.) eingeladen, der in seiner Rede auf Distanz zu aktuellen Vorhaben von Minister Söder ging.

Die Forderung nach einem Überholverbot für Lkw auf der A3 will die Niederbayern-ÖDP mit einem Zwischenschritt-Plan durchsetzen. Den Startschuss hierfür gab die Versammlung in Plattling. „Eigentlich könnte das ganzjährige und durchgängige Überholverbot für Lkw zwischen Regensburg und Suben schon jetzt ausgesprochen werden. Die Verwaltungsvorschriften zur Straßenverkehrsordnung geben das her“, meinte Mangold. Deshalb will der ÖDP-Politiker zunächst eine Unterschriftenaktion an die Autobahndirektion Südbayern als zuständige untere Straßenverkehrsbehörde richten. Falls das nicht zum Erfolg führt, startet die ÖDP in Niederbayern und der Oberpfalz eine Petitionsaktion an den Bundestag. In den Wintermonaten

gab es zwischen Regensburg und Passau über weite Strecken bereits ein Lkw-Überholverbot auf der A3. Es wurde eingeführt, weil es bei Überholmanövern immer wieder zu schweren Verkehrsunfällen gekommen war. Die Gefahrensituation ist jedoch von Frühling bis Herbst kaum geringer. Zuletzt hat sich am 11. September 2015 bei Passau ein schwerer Verkehrsunfall durch einen Lkw-Überholvorgang ereignet. Bis der von der Staatsregierung favorisierte Autobahnausbau auf zwei mal drei Fahrspuren zwischen Regensburg und Suben realisiert wäre, dauert es Jahrzehnte. Außerdem wäre der Ausbau erneut ein gigantischer Flächenverbrauch, den die ÖDP ablehnt. Viel sinnvoller, flächensparender und sofort wirkend wäre ein Lkw-Überholverbot. Das verstetigt den Verkehrsfluss und trägt zur Abgasreduzierung und zur Stauvermeidung bei, findet die ÖDP Niederbayern.

Toller Erfolg der Vortragsreihe der ÖDP Bayern in Oberfranken – hunderte hoch interessierte und motivierte Besucher

Aufbauarbeit und Stärkung der ÖDP-Basis – das sind die Ziele, die sich der Landesvorstand Bayern für die wahlfreien Jahre auf die Fahne geschrieben hat. Denn eine starke ÖDP-Basis mit kommunalen Mandaten ist aus Sicht des Landesvorsitzenden Klaus Mrasek die wichtigste Grundlage für Erfolge auch bei überregionalen Wahlen. Dies zeigen die flächendeckend besseren Ergebnisse bei Landtags- oder Europawahlen in Stimmkreisen mit aktiven ÖDP-Kommunalpolitikern. „Ohne starke Wurzel keine Früchte“, ist Mrasek sicher. Deshalb haben Neugründung und Stabilisierung von Kreisverbänden oberste Priorität, u. a. als Vorbereitung



Volles Haus bei der ÖDP in Bayreuth

für neue ÖDP-Listen bei den nächsten Wahlen.

In Oberfranken, einem Bezirksverband mit rund 130 Mitgliedern im Nordosten Bayerns, fiel Anfang November der Startschuss zu einer mehrteiligen Vortragsreihe mit dem Ziel, möglichst viele interessierte, nachdenkliche Menschen für die ÖDP und ihr zukunftsweisendes Programm zu gewinnen. EU-Abgeordneter Prof. Dr. Klaus Buchner, die Vorsitzenden der Landes- und Bundes-ÖDP, Mrasek und Schimmer-Göresz, sowie der ÖDP-Mitgründer Bernhard Suttner sprachen vor hunderten Zuhörern u. a. in Bayreuth, Bamberg, Lichtenfels und Forchheim über Freihandelsabkommen, Postwachstumsökonomie, alternatives Wirtschaften und fairen Handel. Die Referenten führten engagierte Diskussionen und erlebten viel Motivation bei den Teilnehmern. Tausende Einladungen, Veranstaltungsplakate und Postwurfsendungen haben sich gelohnt. Viele neue Kontakte, neue Mitglieder und viel Schwung werden hoffentlich bald zur Neugründung von Kreisverbänden führen. Der Landesvorstand wird den Prozess weiter tatkräftig unterstützen und aktiv begleiten.

Großartig war und ist die Unterstützung der Veranstaltungen durch die ÖDP-Aktiven vor Ort, besonders die Zusammenarbeit mit dem oberfränkischen Bezirksvorstand um den Vorsitzenden Thomas Müller klappte fantastisch. Im März 2016 wird eine weitere Veranstaltungsreihe als Auftakt für die Aufbauarbeit in Unterfranken beginnen. Der Landesvorstand freut sich auf diese Aufgabe.

Kontakt:

ÖDP-Bayern, Heuwinkel 6, 94032 Passau
Tel.: (08 51) 93 11-31, Fax: (08 51) 93 11-92
bayern@oedp.de, www.oedp-bayern.de

Hamburg

Enttäuschung über das Verfassungsgerichtsurteil zur Prozenzhürde

Das Hamburgische Verfassungsgericht hat Anfang Dezember entschieden, dass die neu in die Hamburgische Verfassung aufgenommene Sperrklausel für Bezirksversammlungswahlen in Höhe von 3 % nicht gegen die Verfassung verstoße. Nach der Urteilsverkündung zeigte sich der Kläger der ÖDP, der Hamburger Landesvorsitzende und zugleich erster stellvertretender Bundesvorsitzender Volker Behrendt, enttäuscht über das Ergebnis: „Das Gericht hat bestätigt, dass sich die großen Parteien das Wahlrecht weitgehend so zurechtbasteln können, wie es ihnen passt. Vorausset-

zung ist, dass sie es direkt in die Verfassung schreiben und bei der Diskussion über die Verfassungsänderung nicht offenlegen, was sie wirklich bezwecken.“ So hätte das Gericht in der Urteilsbegründung auf den Gesetzgebungsantrag und die öffentlichen Diskussionen abgestellt, in denen eine Zersplitterung der Parteienlandschaft und mögliche Funktionsstörungen thematisiert worden seien. Dies aber seien von der Politik vorgeschobene Argumente, tatsächlich gehe



Landesvorsitzender Volker Behrendt

es nur um die Verhinderung der Konkurrenz kleiner Parteien. Behrendt: „Viele Städte und Großstädte arbeiten auch ohne Prozenzhürde seit Jahrzehnten ohne Probleme, Hamburg wirbt für Demokratie und Vielfalt und macht ohne Not das Tor zu mehr Parteienvielfalt zu. Die Wahlmüdigkeit wird sich weiter verschärfen. Die Hamburger ÖDP setzt jetzt auf das Volksbegehren „Rettet den Volksentscheid“ im Juni 2016. Bei einem erfolgreichen Ausgang des Volksbegehrens und des anschließenden Volksentscheids hätten die Wählerinnen und Wähler zukünftig nicht nur ein Mitspracherecht bei Verfassungsänderungen, sondern würde auch die Prozenzhürde wieder aus der Verfassung gestrichen werden.

Noch eine wichtige Notiz für alle ÖDP-MistreiterInnen: Die Bezirksversammlungen in Hamburg sind Ausschüsse und keine kommunalen Parlamente. Daher hat das Hamburger Urteil aus Sicht der ÖDP keine Signalwirkung für andere Bundesländer, in denen ebenfalls an einer Verfassungsänderung gearbeitet wird. Die Kommunen sind durch Art. 28 GG nochmal besonders geschützt.

Kontakt:

ÖDP Hamburg, Curt-Bär-Weg 118, 21035 Hamburg
Tel.: (01 76) 573 95 893, info@oedp-hamburg.de,
www.oedp-hamburg.de

Der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenkasse verletzt Frauen- und Patientenrechte

Seit dem 12. November 2015 gilt für Hebammen und gesetzliche Krankensversicherer (GKV) verbindlich ein neuer Rahmenvertrag, der u. a. die Abrechnungen von Hebammenleistungen regelt. Zuvor wurden die Verhandlungen zwischen Hebammenverband und GKV als gescheitert erklärt. Kern der Uneinigkeit war dabei ein Katalog von Ausschlusskriterien, die die au-

ßerklinische Geburt im häuslichen Umfeld stark einschränkt. Insbesondere ein Ausschlusskriterium steht in der Kritik: Hausgeburten sollen nun bei Überschreitung des errechneten Geburtstermins um drei Tage nur nach ärztlicher Zustimmung möglich sein. Leider ist aber davon auszugehen, dass Ärzte aus Angst vor haftungsrechtlichen Folgen diese Zustimmung nicht geben werden, auch wenn es für die Frau unbedenklich wäre.

„Diese Vorgehensweise ist ein massiver Eingriff in das Berufsrecht der Hebammen!“, sagt dazu die ÖDP-Politikerin Mechthild Hofner. Die Überschreitung des errechneten Geburtstermins um drei Tage ist physiologisch, denn nur 4 % aller Kinder kommen exakt am errechneten Geburtstermin zur Welt, 70 % werden dagegen in den zehn Tagen um die Geburt herum geboren. „Diese Regelung betrifft einen großen Teil der Schwangeren und behindert massiv deren Wahlfreiheit!“, so Hofner. „Das von der GKV aufgestellte Kriterium ist völlig willkürlich gewählt und entbehrt jeglicher wissenschaftlichen Grundlage. Es hebt nicht nur das Hebammenberufsrecht aus, sondern greift auch massiv in das Selbstbestimmungsrecht der Frauen ein (Art. 2 Abs. 1 GG). Auch sind laut EU-Recht (Tschernovsky-Urteil) alle EU-Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, eine freie Wahl des Geburtsortes und der Geburtsbegleitung zu gewährleisten“, ergänzt Franziska Kliemt, bundespolitische Sprecherin der ÖDP zum Thema Schwangerschaft & Geburt und Aktivistin im Verein Motherhood.

Der Deutsche Hebammenverband (DHV) mit derzeit rund 19000 Hebammen als Mitglieder hat angekündigt, gegen diesen Schiedsspruch nach §134a SGB Klage zu erheben. Die ÖDP unterstützt derartige Bemühungen ausdrücklich und kritisiert den Schiedsspruch insbesondere in Anbetracht der vermehrten Schließungen geburtshilflicher Stationen in Deutschland. Eine flächendeckende Versorgung durch Hebammen sieht die ÖDP als Grundvoraussetzung für unsere Gesellschaft und fordert alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, bei ihrer gesetzlichen Krankenkasse gegen den Schiedsspruch Protest einzulegen. Die ÖDP bekennt sich in ihrem bundespolitischen Programm zu einer sicheren Geburtshilfe durch eine 1:1-Betreuung, also eine Hebamme pro Frau.

Weitere Infos: www.hebammenverband.de,
www.motherhood.de, www.change.org/elterntestament



Foto: Speedkingz/shutterstock.com

AUFRUF!

Programmierung einer ÖDP-App

Gibt es in unserer Partei Menschen, die Erfahrung mit der Programmierung von Smartphone-Apps besitzen?

Ich hätte die Idee, einen ökologischen Einkaufsführer als App zu entwickeln. Wer möchte mich bei dieser Idee unterstützen? Bitte kontaktiert mich unter: martin.schauerte62@gmx.de

Martin Schauerte



Von Politikverdrossenheit keine Spur!

Rund 250.000 Menschen haben am 10. Oktober 2015 in Berlin unter dem Motto „TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!“ gegen die geplanten Freihandelsabkommen demonstriert. Bei schönstem Oktoberwetter verstärkten rund 150 ÖDP-Mitglieder, die aus der ganzen Republik angereist waren, den Widerstand gegen die Abkommen und gingen für unsere Demokratie und unsere hohen Standards auf die Straße. Dabei trugen einige TeilnehmerInnen in einem Trauerzug symbolisch die Demokratie, den Sozialstaat und den Umweltschutz zu Grabe. Der gesamte ÖDP-Bundesvorstand sowie der Europaabgeordnete Prof. Dr. Klaus Buchner und einige Landesvorsitzende begleiteten den „Trauerzug“. Die Berliner Demo gilt als eine der größten Demonstrationen der letzten Jahre.

„Ich sehe unsere Demokratie durch diese Demo gestärkt. Die große Zahl gibt ein deutliches Signal: Volksabstimmung zu CETA und TTIP, jetzt!“, so Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz.



Einige ÖDP-Mitglieder trugen auf der Demo symbolisch Demokratie, Sozialstaat und Umweltschutz zu Grabe.

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. März 2016**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86-0, Fax: (09 31) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Caroline-Herschel-Straße 23, 81829 München
guenther.hartmann@oedp.de

Pablo Ziller (pz)

Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
pablo.ziller@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Agnes Becker, Dr. Björn Benken, Ulrich Brehme, Florence von Bodisco, Angelika Demmerschmidt, Gabi Schimmer-Göresz, Edgar Guhde, Helmut Graf, Stephan Heider, Mechthild Hofner, Franziska Kliemt, Dr. Klaus Klumpers, Urban Mangold, Dr. Claudius Moseler, Jürgen Osterlänger, Dr. Johannes Resch, Kurt Rieder, Martin Schauerer, Hermann Striedl, Jörn Wiedemann, Bernd Wimmer

Externe Autoren

Ottmar Miles-Paul

Interviewpartner

Prof. Dr. Klaus Buchner, Kathrin Hartmann,
Prof. Dr. Jochen Krautz, Dr. Elke Möller-Nehring,
Dr. Patrick Schreiner

Satz

Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner
93138 Lappersdorf, heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik –
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel.: (0 30) 49 85 40 50, presse@oedp.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf
100% Recycling-Papier gedruckt.

Foto: ÖDP Bundespressekstelle

Mobilfunk und kein Ende: Ein Forum fragt nach

Das Thema Mobilfunk stieß bereits schon über längere Zeit im KV Freiburg auf großes Interesse bei den Mitgliedern. Nach einiger Zeit fragten wir bei unserem ÖDP-Europaabgeordneten Prof. Klaus Buchner an, ob er nicht Lust auf einen Vortrag in Freiburg hätte. Nach und nach entwickelte sich aus diesen kleinen Anfängen ein recht breites Bündnis: Zunächst ergab sich der Kontakt zur Initiative zum Schutz gegen Elektromog



Ein tolles Team: Moderatorin Florence von Bodisco und Organisator Stephan Heider

Südbaden. Dann war auf einmal mit Reinhard Lang der ÖDP KV Waldshut an Bord, dem wiederum der Verein „Lebenswerter Hochrhein“ und „AB-Strahl. Aktionsbündnis für strahlungsfreie Lebensräume e.V.“ folgte. Die ÖDP-Kreisverbände Ortenau und Emmendingen konnten als weitere Mitveranstalter gewonnen werden und – last but not least – das Freiburger Institut für Umweltchemie sowie der Verein für Elektrosensible und Mobilfunkgeschädigte e.V. eingebunden werden. Je breiter sich dieses Bündnis aufstellte, desto größer wurde auch die Idee. Statt eines einzelnen Vortrags sollte es nun ein Nachmittag mit vier Vorträgen werden. Die Idee der Veranstaltung „Mobilfunk und kein Ende? Ein Forum fragt nach.“ war geboren.

Am 13. November war es dann soweit. Unsere Moderatorin Florence von Bodisco konnte im Beisein von

Michael Kefer vom ÖDP KV Emmendingen und Beisitzer im Landesvorstand der ÖDP Baden-Württemberg mehr als 200 Teilnehmer und Interessierte zu dieser Veranstaltung begrüßen, darunter zwei Stadträte der oppositionellen Liste „Freiburg Lebenswert“.

In erster Linie ging es bei dieser Veranstaltung um die Kehrseite des Mobilfunks, d.h. um die gesundheitlich bedenklichen Strahlungen, aber auch um die unnatürliche Art der Kommunikation, auf die etwa der Referent Dr. med. Wolf Bergmann kritisch hinwies. Beindruckend war auch die Gesprächsrunde mit Reinhard Lang aus Herrischried, früherer Leistungssportler, und Ulrich Weiner, ehemals Nachrichtentechniker, die davon berichteten, wie das Leben eines von starker Elektrosensibilität Betroffenen aussieht. Von Ulrich Weiner, der heute zum Schutz vor Mobilfunkstrahlung im Wohnwagen im Wald lebt, wurde dabei v.a. bemängelt, dass dieses Thema in der ärztlichen Ausbildung bisher überhaupt nicht berücksichtigt werde.

Unser ÖDP-Europaabgeordnete Prof. Klaus Buchner zeigte ebenfalls gravierende Mängel der deutschen Politik im Mobilfunkbereich auf. Unverantwortlich und beschämend seien v.a. die extrem hohen deutschen Grenzwerte.

Zur Schlussrunde stieß schließlich Frau Dipl.-Geologin Maike Brabenec vom Freiburger Institut für Umweltchemie (FIUC) hinzu, die auf die Querverbindungen von Mobilfunkbelastungen und Chemikalienallergien hinwies. Ebenso trat Frank Berner vom Verein für Elektrosensible und Mobilfunkgeschädigte e.V. für einen verstärkten Schutz der Betroffenen ein. Das Forum forderte schließlich einmütig Bauungspläne für die Schaffung sogenannter mobilfunkreduzierter und einiger weniger gänzlich mobilfunkfreier „Weißen Zonen“ für von Elektrosensibilität betroffene Mitmenschen.

Als um 22 Uhr Florence von Bodisco den Abend beendete, war spürbar, dass die Veranstaltung „Mobilfunk und kein Ende?“ ein voller Erfolg gewesen war.

Kontakt: Stephan Heider,
stephanheider66@gmx.de

Weitere Infos unter:
www.heiko-stiftung.de
www.oedp-freiburg.de



Beitrittsantrag

... für eine Politik mit Zukunft!

ödp

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der **Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP)** und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich beantrage eine

- sofortige reguläre Mitgliedschaft.
 Schnuppermitgliedschaft.

Als Schnuppermitglied sind Sie im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritt möglich und kann nicht verlängert werden.

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X
Name

X
Vorname

X
Straße/Hausnr.

.....
Kreis

X
PLZ/Ort

X
Telefon

.....
Mobil

.....
E-Mail

.....
Beruf

X
Geburtsdag

.....
Der Beitritt wurde mir empfohlen von

.....
Frühere Parteimitgliedschaft(en):

..... von bis

..... von bis

.....
Aktuelle Parteimitgliedschaft(en):

X
Name der Partei(en)

Bitte senden Sie diesen Antrag an:
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommergasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86 - 0 | Fax: (09 31) 4 04 86 - 29 | info@oedp.de

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den satzungsgemäßen

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat
 Familienbeitrag von 7,00 pro Monat (bitte Daten der Familienmitglieder gesondert auflisten und mitschicken)
 ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat laut § 2.2 der Finanzordnung der ÖDP.
 Ich zahle freiwillig 12 Euro/Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
 Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17ZZZ0000029054
Mandatsreferenznummer: (wird separat nachgereicht)

- Ich/Wir ermächtige(n) die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

- jährliche halbjährliche Abbuchung

Hinweis: Ich/Wir kann/können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

X
Kontoinhaber(in)

X
BIC

X
IBAN

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrages vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

- Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für die Ziele der ÖDP einzusetzen, wie sie im Grundsatprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien und der Organisation Scientology.

- Ich möchte *nicht* automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein (nur Personen unter 32 Jahren).

Mit Ihrer Unterschrift erteilen Sie gemäß § 4 Bundesdatenschutzgesetz Ihre Einwilligung zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Die Ökologisch-Demokratische Partei verarbeitet und speichert die in diesem Aufnahmeantrag enthaltenen Angaben zur Person ausschließlich für interne Zwecke der Partei und unter strikter Beachtung der Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei findet nicht statt.

X
Datum, Unterschrift

ÖDP Mainburg organisiert prominent besuchten Bauernmarkt

Bereits mit mehrjähriger Tradition organisiert die ÖDP Mainburg jährlich im Herbst einen Bauernmarkt für lokale Produzenten. Dabei werden regionale Lebensmittel genauso angeboten wie Handwerk und Kunst aus der Region Hallertau, dem größten zusammenhängenden Hopfenanbaugebiet der Welt, rund um die niederbayerische Kleinstadt im Landkreis Kelheim. Sogar die Bundesvorsitzende schaute dieses Mal vorbei und zeigte sich sehr beeindruckt von dieser erfolgreichen Aktion. Garniert wurden die Verkaufsangebote von einem kunterbunten Kinderprogramm.

Am Stand der ÖDP und des BUND konnte man sich für eine Massenpetition für den Schutz der heimischen Böden vor der überhandnehmenden Versiegelung eintragen, von dem viele Marktbesucher Gebrauch machten. Für die Bewirtung sorgte auf bewährte Weise das emsige ÖDP-Organisationsteam des Ortsverbandes. Zudem wurde ein regionaler ÖDP-Einkaufsführer aufgelegt, in dem die regionalen Direktvermarkter der Region mit ihren landwirtschaftlichen Produkten vorge-



V. l. n. r.: Anne Rottengruber, Gabriela Schimmer-Göresz, Bernd Wimmer und Annette Setzensack

stellt werden. Dieser steht für jedermann zum Download unter www.oedp-mainburg.de bereit. Auf dem Markt wurde die ÖDP-Programmatik dem Bürger schmackhaft nähergebracht und am Ende des Tages hatte der Orts-, bzw. Kreisverband auch in diesem Jahr wieder ein paar neue Mitglieder in seiner Kartei. Die Nachahmung wird daher auch andernorts wärmstens empfohlen! Viele Infos mit Fotos sind auf www.facebook.com/Regionaler.Bauernmarkt.Mainburg zu finden.

Alle Rückfragen zu dieser Aktion beantwortet gerne der Ortsvorsitzende Bernd Wimmer, info@oedp-mainburg.de. Übrigens: Der Termin für 2016 steht bereits fest! Die ÖDP Mainburg würde sich freuen, wenn am 24. September 2016 viele ÖDPler von nah und fern den Markttag besuchen würden!

Was läuft vor Ort?

Haben Sie einen guten Aktionsvorschlag von Ihrer politischen Arbeit vor Ort? Melden Sie sich bei uns und wir stellen Ihre Arbeit gerne in der ÖkologiePolitik vor und geben damit allen unseren Aktiven die Möglichkeit zur Nachahmung.

Bitte schreiben Sie dazu an presse@oedp.de.

Bundesverdienstkreuz für Rainer Schanne

Am 29. Oktober erhielt Dr. Rainer Schanne aus Zweibrücken für seine Verdienste in sozialen, kirchlichen und kommunalpolitischen Bereichen das Bundesverdienstkreuz am Bande. Lange Jahre brachte er sich in verschiedenen Bistumsgremien ein, u.a. als Stellvertreter Vorsitzender des Familienbundes der Katholiken im Bistum Speyer. Bis heute ist er in seiner Kirchengemeinde ehrenamtlich tätig. Daneben engagierte er sich seit seinem Eintritt in die ÖDP auch politisch. Über zwei Wahlperioden führte er



Foto: Gertrud Schanne-Raab

die ÖDP-Stadtratsfraktion in Zweibrücken, initiierte den Bundesarbeitskreis Familienpolitik der ÖDP, gehörte wechselweise dem Landesschiedsgericht und dem Bundesschiedsgericht der ÖDP an, zuletzt auch dem ÖDP-Landesvorstand in Rheinland-Pfalz. Das Hauptaugenmerk seiner Arbeit lag lange auf der Familienpolitik; heute steht der

Einsatz für die Ökumene wie für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung vor Ort und in der Dritten Welt im Vordergrund. ÖkologiePolitik gratuliert und dankt Herrn Dr. Schanne für sein vielfältiges politisches Engagement für unsere Partei.

Herbst-Mitgliederversammlung des BAK Christen und Ökologie

Schwerpunkt war diesmal die Überarbeitung der Abschnitte des Bundespolitischen Programms (BPP), zu denen sich der BAK berufen fühlte, einen Beitrag zu leisten. Das sind die Abschnitte II 10 „Schutz von Familie und Ehe“, III „Leben schützen von Anfang bis Ende“ und V 8 „Einwanderung und Integration“. In vielstündiger intensiver Arbeit wurde der bisherige Text durchgegangen und sachlich sowie sprachlich der Gegenwart angepasst. Die Änderungsvorschläge wurden der Bundesprogrammkommission zugeleitet.



Das Bild zeigt vor dem Zisterzienserkloster Langwaden v. l. n. r.: Dieter Nießner, Axel Gebhardt, Dirk Uehlein, Michael Andres, Martin Weinmann, Dirk Zimmermann, Helmut Graf.

Zum aktuellen Thema „Sterbehilfe“ ist im neuen Faltblatt „Christen und Ökologie – Leben mit Zukunft“ des BAK unter dem Kapitel „Für alte Menschen“ bereits ausgesagt, dass wir aktive Sterbehilfe ablehnen.

Unser Mitglied Dieter Nießner stellte Teile der päpstlichen Enzyklika „Laudato si“ vor. Darin enthaltene Aussagen haben wir bei unseren Vorschlägen zur Überarbeitung des BPP berücksichtigt.

Die Teilnahme mit unserem Stand am Evangelischen Kirchentag (Juni 2015 in Stuttgart) bearbeiteten wir nach. Was machen wir künftig anders bzw. besser?

Diesmal waren wir mit unserer Herbstversammlung von Freitag, den 25., bis zum Sonntag, den 27. September 2015, in Langwaden, einem Ortsteil, der im Rheinischen Braunkohlerevier gelegenen Stadt Grevenbroich (64.000 Einwohner, Kreis Neuss, NRW) im dortigen Zisterzienserkloster. Die Mönche, gar nicht so wenige

und gar nicht so alte, bieten dort auch ein Wohnprojekt für alleinstehende und wohnungslose Männer und desgleichen ein Altenheim an und betreiben eine ökologische Gärtnerei mit Öko-Laden zum Hl. Favian.

Den Samstagnachmittag nutzten wir zu einer weitläufigen Umrundung des Klosters im dortigen Naturschutzgebiet mit Blick auf die umweltschädigenden Braunkohlekraftwerke um Garzweiler.

Wie bei uns üblich kam auch das Gebet nicht zu kurz und so nahmen wir am Morgen- und am Abendgebet der Mönche teil oder gestalteten es selbst. Auch den Sonntagsgottesdienst feierten wir mit den Mönchen, den diese auf „orthodoxe Länge“ ausdehnten.

Unser nächstes Treffen wird von Freitag, den 29., bis zum Sonntag, den 31. Januar 2016, in Friedberg-Ottmaring bei Augsburg stattfinden. Die BAK-Mitglieder erhalten dazu noch eine Einladung. Gäste sind uns immer willkommen. Anmeldungen gerne bei unserem Vorsitzenden Dirk Uehlein unter dirk.uehlein@web.de.

Danke, Martin!

Am 4. November verstarb völlig überraschend Martin Brock im Alter von 64 Jahren. Als Gründungsmitglied der ÖDP war er von Anfang an in seinem Kreisverband Schwandorf und seinem Bezirksverband Oberpfalz



aktiv und hat im Laufe seines jahrzehntelangen Engagements alle Parteifunktionen auf diesen Ebenen bekleidet. Als Kommunalpolitiker wurde Martin Brock von Freunden und Gegnern geschätzt, die Schwandorfer Bürgerinnen und Bürger wählten ihn deshalb insgesamt dreimal in den Stadtrat. Er hat gegen die Wiederaufarbeitungsanlage WAA in Wackersdorf gekämpft. Beruflich und ehrenamtlich hat er sich um die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge gekümmert. Wir verlieren mit Martin Brock einen überzeugten und engagierten Öko-Demokraten. Danke, Martin!

Zusammengestellt von Pablo Ziller

Raabs (ÖDP) fordert von SPD und CDU sachliche Debatte über Flüchtlingspolitik

(11.12.2015) Anlässlich der bevorstehenden Bundesparteitage von CDU und SPD warnt das Bundesvorstandsmitglied der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Christoph Raabs, die Regierungsparteien davor, sich weiter vor klaren Aussagen zur Flüchtlingsfrage herumzudrücken. „Die Mitglieder der Regierungsparteien müssen, ebenso wie die Wähler, endlich erfahren, wie der Masterplan der Regierung in Bezug auf die Bewältigung der Flüchtlingssituation aussieht“, so Raabs.

Wolle man französische Entwicklungen vermeiden, sei es aus Sicht der ÖDP zwingend notwendig, die Bevölkerung wie auch die Flüchtlinge über unumstößliche Fakten zu unterrichten, einerseits, um Ängste in der Bevölkerung abzubauen, andererseits, um unerfüllbare Hoffnungen nicht weiter aufkommen zu lassen. Deutschland müsse sich klar zur Einhaltung internationaler Abkommen über Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen bekennen. Diese Abkommen verpflichten auch unser Land, Schutzsuchende so lange aufzunehmen, bis eine gefahrlose Rückkehr in die Heimatländer möglich werde. Die entbrannte, teils hysterisch geführte Diskussion um eine dauerhafte Integration aller Neuankömmlinge hält Raabs

für eine gefährliche Geisterdebatte. Es sei müßig zu betonen, dass keine Industrienation der Welt in der Lage sei, innerhalb kürzester Zeit die Einwanderung von Millionen von Menschen ohne Verwerfungen zu bewältigen. Weder Arbeitsmarkt noch Infrastruktur gäben dies her, auch in Deutschland nicht.



Christoph Raabs

Es sei für den sozialen Frieden eminent wichtig, den Flüchtlingen mit subsidiärem Schutz für die Dauer ihres Aufenthalts Ausbildung und Beschäftigung angedeihen zu lassen. „Wenn wir es schaffen, bildungsfähigen und bildungswilligen Menschen Schul- und/oder Berufsausbildung zu vermitteln, ist dies die Grundlage für eine Entwicklungsperspektive in den Heimatländern und führt zu größerer Akzeptanz bei der Bevölkerung“, ist sich Raabs sicher. Raabs sieht daher im Modell 3 + 2 der Wirtschaft (3 Jahre ausbilden + 2 Jahre arbeiten) ein wirkungsvolles Angebot. Den Vorstellungen, Flüchtlinge in Ausbildung für unterbezahlte und unbeliebte Berufe, wie z.B. in der Pflege, zu vermitteln, erteilt Raabs eine Absage. Eine Selektion nach wirtschaftlichen Bedürfnissen zeuge von mangelndem Respekt und lasse Parallelen zur Gedankenwelt amerikanischer Sklavenhalter des 19. Jahrhunderts aufkommen. Zusammenfassend gelte es für die Regierungsparteien, drei dringliche Aufgaben vorrangig anzugehen und zu lösen: Konsequente Benennung und Bekämpfung der Fluchtursachen

mit allen zur Verfügung stehenden politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten. Hinwirken auf eine bessere Koordination bei der Verteilung der Flüchtlinge in der EU verbunden mit einer erheblich verbesserten Finanzausstattung des Internationalen Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Raabs rät, hierzu eine Finanztransaktionssteuer und/oder einen Eine-Welt-Soli einzuführen. Schlussendlich fordert das ÖDP-Vorstandsmitglied eine offene und realistische Information der Bevölkerung darüber, welche Anstrengungen in den kommenden Jahren nötig sein werden, um eine humanitäre Katastrophe innerhalb und außerhalb der EU-Grenzen zu verhindern.

ÖDP: Aufruf zur Revolution – gemeinsam das System fairändern!

(10.12.2015) „Was immer am Ende der 21. Weltklimakonferenz in Paris herauskommt, ob der große Wurf gelingt oder sich die großen Industrienationen durchsetzen und es dabei bleibt, dass Wirtschaft vor Klima gesetzt ist, jetzt sind die Bürger gefordert, sich aktiv an einer Revolution zur menschen- und klimafreundlichen SystemFairÄnderung zu beteiligen“, so der Aufruf der ÖDP-Bundesvorsitzenden Gabriela Schimmer-Göresz.

Die ÖDP-Politikerin fordert eine Informationsoffensive und die Vernetzung aller gesellschaftlichen Kräfte, weil sich ein Gewissen für das Große und Ganze nur entwickeln könne, wenn ausreichend Wissen vorhanden sei. Wo Politik versage, müsse der Bürger das Ver-

antwortungsvakuum füllen und selbst die Veränderung sein, die er sich für diese Welt wünscht. „Verbraucher machen tagtäglich Politik. Wie wir unser Geld einsetzen,



Foto: jools/fotolia.com

entscheidet maßgeblich über das Wohl und Wehe von Menschen, über den Erhalt der biologischen Vielfalt, über den Schutz unserer Lebensgrundlagen, über Bleiben oder Fliehen, über Krieg oder Frieden mit allen Konsequenzen“, so Schimmer-Göresz. Die ÖDP spreche sich seit über 30 Jahren für eine wachstumskritische Gegenbewegung aus, in der das Gemeinwohl Vorrang hat vor egoistischen Einzelinteressen und einer zerstörerischen Gier nach immer mehr und nie genug. „Wir brauchen ein anderes Mehr, ein Mehr an Utopisten, Beispielgebern und mutigen Vorangehern. Wir brauchen ein Mehr an Widerstandsfähigkeit und Lebensgewinn. Utopisten sind keine Spinner, sondern die Realisten von morgen. Eine Utopie ist noch nicht am geschichtlichen Platz, aber zukünftige Wirklichkeit“, so die ÖDP-Bundesvorsitzende. Dass sich Menschen bereits erfolgreich aus dem System verabschiedet hätten, nehme die ÖDP anerkennend wahr. Es müssten allerdings viel mehr werden und sie müssten sich

politisieren, damit die Demokratie nicht noch weiter Schaden nehme. Schimmer-Göresz hält es mit Jean Ziegler: „Diese absurde Weltordnung ist von Menschen gemacht,

also kann sie auch von Menschen gestürzt werden.“ „Von Paris muss dieses Signal ausgehen. Stürzen wir diese absurde Weltordnung, werden wir zu Geburtshelfern einer neuen Welt: fair statt ego“, so Schimmer-Göresz abschließend.

Lobbyismus in der Politik begrenzen und transparent machen

(01.12.2015) Am vergangenen Wochenende hat die Bundestagsverwaltung schlussendlich eine vollständige Liste vorgelegt, in der alle Hausausweise für Interessensvertreter im Deutschen Bundestag aufgeführt sind. Besonders die Parteien der großen Koalition hatten sich dagegen versucht zu wehren. Eine Eilklage des „Tagesspiegels“ erwirkte letzten Endes die Veröffentlichung. Für den Generalsekretär der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), Dr.

Claudius Moseler, ist daher klar: „Die Unionsparteien sind die größten Türöffner für zügellosen Lobbyismus in Deutschland!“

Gegen derartig intransparente Klüngeleien könne nur die Einführung eines Lobbyregisters helfen. Die ÖDP unterstütze derartige Forderungen der Transparenz-NGO Lobbycontrol. Auch sollten nach Meinung der ÖDP, Minister und Abgeordnete auf Bundes- und Landesebene keine bezahlten Aufsichtsratsposten, Beraterverträge oder ähnliche Verpflichtungen in der Wirtschaft übernehmen. „Wir fordern die klare Trennung von politischem Mandat und wirtschaftlicher Interessenvertretung! Dazu gehört für uns auch das strikte Verbot von Firmenspenden an politische Parteien“, so Moseler weiter. Nur so könne der Käuflichkeit effektiv vorgebeugt werden. Auch Sponsoringmaßnahmen durch Firmen, beispielsweise von Parteitag, sieht der Ökodemokrat sehr kritisch und wünscht sich ebenfalls ein Verbot.

„Die Abgeordneten sind dazu gewählt, die Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler zu vertreten und nicht einzelnen wirtschaftlichen Interessengruppen. Damit die Bürger nachvollziehen können, welche Parteien und Abgeordneten hiervon besonders betroffen sind, braucht es Transparenz und die Trennung von Politik und Wirtschaft auf allen politischen Ebenen.“ Die ÖDP stünde den Wählern daher als mögliche Alternative zu den gegenwärtigen Verflechtungen bei den nächsten Bundes- und Landtagswahlen zur Verfügung.



Dr. Claudius Moseler

Zum Titelthema „Inklusion“, ÖP 168

Vollständige Einbindung ist Inklusion

Dass sich die ÖDP des obigen Themas annimmt, ehrt sie sehr und zeigt die idealistische Grundlage. In der Tat gehört der Lebensleistung Schwerbehinderter Hochachtung. Aber für sie die vollständige Einbindung ins öffentliche Leben zu fordern, halte ich für eine Illusion, die die Gesellschaft nicht leisten kann – genauso wenig wie es möglich ist, das Leid auf der Welt abzuschaffen.

Ich finde es sinnvoller, hier keine Kräfte zu vergeuden und stattdessen für die weltpolitischen Hauptthemen einzutreten (Klimawandel, Neokapitalismus) – denn die sind für jedermann absolut lebensnotwendig.

Johannes Jacobs, 61476 Kronberg

Zum Artikel „Quo vadis ÖDP?“ von Claudius Bartsch, ÖP 167

Spiegeln Delegierte des Bundesparteitags die Meinung der Basis?

Beim Bundesparteitag in Dietzenbach am 11./12.04.2015 wurden die Anträge „ÖDP als pazifistische Partei positionieren“ sowie „Waffenexporte“ und „NATO-Ausstieg“ abgelehnt. Die im Grundsatzprogramm der ÖDP stehende Feststellung, „Die NATO hat sich als Verteidigungsbündnis bewährt und stabilisierend auf Europa und Nordamerika ausgewirkt“, ist so nicht haltbar.

Die NATO als das größte Militärbündnis der Welt mit einer riesengroßen Kriegsmaschinerie ist nicht demokratisch organisiert, sondern steht unter dem Oberbefehl des Pentagons und hat einen Jahresetat von rund 1 Billion Dollar. 1/10 dieses Etats würden reichen, um den Hunger, die Armut und Klimakatastrophen in der Welt nachhaltig zu bekämpfen. Das Argument, dass ein Austritt aus der NATO Deutschland jeglicher Einflussmöglichkeiten beraubt, sollte also eher andersrum beurteilt werden: Die NATO steht unter dem Oberbefehl des Pentagons und ist nicht demokratisch strukturiert. Somit kann Deutschland als Befehlsempfänger auf Anordnungen aus Amerika kaum Einfluss nehmen. Andersrum ist es aber so, dass bei einer Nichtmitgliedschaft in der NATO wie bei den Ländern Österreich, Schweiz und Schweden das Land selber über seinen Militäretat bestimmen kann und nicht mehr zur Duldung der nuklearen Teilhabe gezwungen werden kann, denn Atomwaffen sind ein untrennbarer Bestandteil der NATO-Strategie. Man sollte in Europa nicht vergessen, dass die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands

und der Abzug der russischen Truppen zum Großteil der Verdienst von Michael Gorbatschow waren, der als Gegenzug von den Westmächten damals feste Garantien erhielt, dass sich die NATO nicht weiter nach Osten ausbreitet. Ich stimme Herrn Bartsch in seinem Artikel voll und ganz zu, wenn er schreibt, dass für eine Partei, die sich auf Gandhi bezieht (Stichwort: gewaltfreier Widerstand, Pazifismus), das Abstimmungsverhältnis beim Bundesparteitag in Dietzenbach zu den Anträgen Waffenexporte und NATO-Austritt hätte völlig anders ausfallen müssen.

Spiegelt das Abstimmungsverhalten der Delegierten diesbezüglich wirklich die Meinung der Parteimitglieder wider?

Dr. Jürgen Riedler, Eggenfelden

Zum Artikel „Quo vadis, ÖDP? Verantwortung macht sexy!“, ÖP 168

Krude Vorschläge

Ich sehe mich als aktiver ÖDpler weder in einer Opferrolle noch in der Pflicht, auf irgendjemanden sexy wirken zu müssen (im Ernst, weder Winfried Kretschmann noch Angela Merkel wirken sexy!).

Natürlich würde ich mich über mehr Erfolg freuen. Und ich jammere auch über die Presse und die Nichtwähler. Aber daraus erwächst die Einsicht, dass es notwendig ist, sich mehr einzubringen. Wenn wir uns wirklich am Erfolg orientieren und tun, was wir gut können, dann gilt es, die christlich-konservative Profilierung zu stärken und alles daranzusetzen, dass noch mehr Wähler sich mit unserem Programm auseinandersetzen und unsere Ausrichtung als Alternative wahrnehmen. Wenn uns das zunehmend in allen Bundesländern gelingt, dann brauchen wir uns um „Unser Mandat“ im Europäischen Parlament keine Sorgen machen.

Thoms Bergmann, 88339 Bad Waldsee-Michelwinnaden

Persönliche Befindlichkeiten im Programm

In diesem Plädoyer von Florence von Bodisco stellt sie notwendige gedankliche Grundlagen heraus, die für die ÖDP in naher Zukunft von entscheidender Bedeutung sein werden. Als Ökodemokraten dürfen wir auf bundespolitischer Ebene sowie auf landespolitischer Ebene nicht als selektierte Nischenpartei wahrgenommen werden. Unser Grundsatzprogramm als Basis politischen Handelns ist umfassend sozial und ökologisch. Die Un-

klarheiten in verschiedenen Landesprogrammen und/oder dem Bundesprogramm in Bezug auf einige Themen jedoch lassen dem geneigten Anhänger manchmal keine klare Linie erkennen. Ich greife das Beispiel „gleichgeschlechtliche Ehe“ einmal auf. Ich sehe in unserer offiziellen Positionierung zum Thema „gleichgeschlechtliche Ehe“ eine zu weiche Formulierung. Das liegt meines Erachtens daran, dass die geäußerten Bedenken eher persönliche oder religiöse Befindlichkeiten widerspiegeln, anstatt dass sie einer objektiven und vernünftigen Betrachtungsweise unterliegen. Die vorsichtige Formulierung in unserem Programm ist da leider einem Konflikt zwischen zwei Lagern innerhalb der ÖDP geschuldet. Die gesellschaftlichen Realitäten sind – zumindest in diesem Punkt – klarer als unser Programm. In der Außenwahrnehmung werden wir so als eine Art ökologische CDU betrachtet. Diesem Beispiel aber steht eine offene, ökologische, soziale und wirtschaftliche Flexibilität entgegen, die genau erkennen lässt, wo wir jetzt stehen und wo wir hinwollen. Diese Flexibilität ist begründet auf Sachverstand und ausführlichen Diskussionen. Ich denke z.B. an Gemeinwohlökonomie vs. Postwachstumsökonomie. Da gibt es keine Befindlichkeiten – da gibt es Argumente.

Die Wählerinnen und Wähler wollen bei Parteien eine klare Linie erkennen, wollen den Parteien eine Aufgabe zuschreiben und sich damit identifizieren. Wir sollten uns selbst fragen, wo wir in 10 Jahren stehen wollen. Ich persönlich sehe die ÖDP in Landtagen und im EU-Parlament. Aber um den Wählerinnen und Wählern zu zeigen, dass wir in der Lage sind, dort Politik mit Kompetenz zu betreiben, müssen wir uns gesellschaftlichen Realitäten stellen und klarmachen, wo wir stehen.

Benjamin Jäger, Landesvorsitzender NRW, Bochum

Verschwörerische Klientelpolitik

Was sage ich als Mitglied zu dem zur Diskussion gestellten Artikel von Frau von Bodisco? Schlicht und einfach: Diese Frau macht Klientelpolitik für Genderisten, was bereits anderweitig aufgefallen ist. Sie sollte zu den GRÜNEN gehen, denn was sie an Änderungen vorschlägt, setzen doch bereits die GRÜNEN 1:1 um, und alle anderen Parteien gleich mit. Vielleicht ist Frau von Bodisco gar ein von gewissen Kreisen beauftragtes, die ÖDP unterwanderndes Element? Ich schließe heute gar nichts mehr aus, auch wenn es nach Verschwörung klingt.

Ich halte dagegen: Wir brauchen die ÖDP gerade deshalb, weil sie ökologisch und gleichzeitig im besten

Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Es werden jedoch nur Zuschriften veröffentlicht, die eindeutig als Leserbrief gekennzeichnet und mit Vor- und Nachnamen, der vollständigen Adresse sowie einer Telefonnummer versehen sind. In der ÖkologiePolitik abgedruckt werden nur Name, Ort und PLZ.

Leserbriefe entsprechen nicht zwingend der Auffassung der Redaktion. Anonyme Briefe, Beleidigungen sowie „Offene Briefe“ und an Dritte gerichtete Schreiben werden nicht veröffentlicht.

Und bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Wir behalten uns sinnwahrende Kürzungen vor. Ein Recht auf Veröffentlichung eines Leserbriefes besteht nicht. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **1. März 2016** an:

ÖDP/ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin
Fax (030) 49 85 40 50, presse@oedp.de

Sinne konservativ im Sinne von werterhaltend denkt. Dies unterscheidet sie von den anderen Parteien sehr wohlthuend. Auf Bodiscos „avantgardistische Politik“ kann die ÖDP verzichten, sie würde die ÖDP ruinieren!

Bernadette Holzer-Kalkreuth

Süden ist Vorbild!

Wenn die ÖDP in den südlichen Bundesländern auf mehr Resonanz stößt als im Norden, sehe ich das eher als positives Zeichen. Schließlich sind die südlichen Bundesländer auf fast allen Gebieten erfolgreicher als die nördlichen (Wirtschaft, Bildung, Kriminalität, Staatshaushalt u.a.). Die „Denke“ im Norden dürfte also nicht der im Süden überlegen sein. Eher taugt das Denken in den südlichen Ländern als Vorbild.

Dr. Johannes Resch, 76855 Anweiler

Ehe ist Arterhaltung!

Es fällt mir schwer, angesichts des Beitrags von Frau von Bodisco „...Verantwortung macht sexy“ den Rahmen der gewaltfreien Kommunikation zu wahren. Was soll diese Anbiederung an den Zeitgeist in meiner Parteizeitung?

Es ist nichts Neues, dass das Themenspektrum der ÖDP bei den Interessenten und potenziellen Wählerinnen nur auf eine kleine Schnittmenge trifft. Wenn Frau von Bodisco nun meint, die Postwachstumsökonomie, von der landläufig noch kaum jemand eine Vorstellung hat und die allen gängigen Wirtschaftstheorien und -praktiken zuwiderläuft, könne die ÖDP retten, wenn wir nur gleichzeitig die alten Zöpfe traditioneller Wert-

haltungen abschnitten, dann macht sie sich was vor. Eine Ehe ist ein (lebenslang angelegter) Bund zwischen einem Mann und einer Frau mit dem Ziel der Arterhaltung. Nichts anderes. Alle anderen Liebenden und füreinander Verantwortung Übernehmenden erfahren mit der eingetragenen Partnerschaft Gleichberechtigung. Das störrische Beharren auf der „Ehe für alle“ ist nichts als Ideologiereiterei. Ja, es gibt viel zu tun. „Los geht's!“

Gertrud Martin, 78048 VS-Villingen

Mit Fachkompetenz überzeugen

Mit einem Richtungswechsel in der Gesellschaftspolitik würden zwar neue Wählerschichten angesprochen, bisherige jedoch vergrault. Erfolgversprechender sind folgende Schritte, die zumindest im Ansatz erprobt und für gut befunden sind: Zunächst gilt es, durch einen ganz sachlichen und unideologischen Blick auf die Fakten Fachkompetenz zu erwerben. Fachkompetenz liegt aller Überzeugungskraft zugrunde und vermag durch eine differenzierte Betrachtungsweise ideologische Gräben zu überwinden. Sind die tatsächlichen Problemstellungen und Lösungswege erkannt, müssen sie klar und deutlich benannt werden. Dadurch erscheint die ÖDP nicht nur fachkompetent, sondern auch regierungsfähig. Sie müssen offensiv in die Diskussion eingebracht werden, wobei sich eine gute Diskussion nicht durch einen ideologischen Kampf von Meinungen auszeichnet, sondern durch das faire und lebendige Abwägen von Argumenten. Sowas schlägt eine Brücke zwischen den verschiedenen Wählerschichten und vermag, neue zu gewinnen, ohne bisherige zu vergraulen.

Matthias Dietrich, 72770 Reutlingen

Homosexuelle sind in der Mitte der Gesellschaft

Sehr geehrte Frau von Bodisco, ich sage JA zum Wahlantritt bei der Bundestagswahl, JA zur Verantwortung, JA zur Macht und ich sage JA zur „Ehe für alle“, jedoch nicht, weil ich mir dadurch mehr Wählerstimmen erhoffe, sondern weil ich es für richtig und wichtig halte. Die „Ehe für alle“ ist schon lange nicht mehr avantgardistisch, Homosexuelle sind Menschen, die schon längst in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen sind, sie gehören zu uns und ich will sie auch nicht missen. Die Menschen dürsten nach Frieden und Toleranz mit allen Lebewesen dieser Erde – sagen wir JA zu dieser Zukunft.

Andreas Wagner, Kreisvorsitzender ÖDP-Ortenau

Stellungnahme zu Leserbriefen von Florence von Bodisco

Auf meinen Artikel erhielt ich eine große Anzahl an Zuschriften. Viele davon waren jenseits dessen, was ich unter wertschätzender Kommunikation verstehe. Mir wurde vorgeworfen, ich sei ein U-Boot einer anderen Partei; mir wurde nahegelegt, ich solle aus der ÖDP austreten; mein Chef wurde informiert, um Druck auf mich auszuüben; jemand bezeichnete mich als „Element“; in einer anderen Zuschrift fiel es der Schreiberin nach eigenen Worten schwer, den „Rahmen der gewaltfreien Kommunikation zu wahren“.

Ich bin unter anderem deshalb in einer politischen Partei, weil ich den politischen Diskurs pflegen möchte. Dazu gehört es, sich auch mal eine andere Meinung als die eigene anzuhören. Nur im Diskurs miteinander kann man sich reiben, kann seine Position überprüfen und dann mit der besten Idee, die sich aus einer gemeinsamen Diskussion ergibt, Politik nach außen vertreten. Als Politikwissenschaftlerin möchte ich diese Art der politischen Auseinandersetzung nicht missen, denn jeder ist gut beraten, hin und wieder den eigenen Standpunkt zu überprüfen.

Bezogen auf einige Zuschriften zu meinem Artikel hatte ich jedoch den Eindruck, dass kaum der Wille da war, sachliche Argumente auszutauschen. Stattdessen waren die Reaktionen z.T. von großer Respektlosigkeit gekennzeichnet. Das hat mich sehr erstaunt, denn gerade die ÖDP bemüht sich doch um eine bessere, respektvollere politische Kultur als andere Parteien.

Florence von Bodisco, 10437 Berlin

Zu „Offener Brief im Zorn“, ÖP 168

Nicht gewaltfrei kommuniziert!

Vielen Dank für das letzte ÖkologiePolitik-Heft, welches mit seinen Artikeln ein unheimlich breites Themenspektrum abdeckte, ohne dabei oberflächlich zu bleiben. Einer dieser interessanten Beiträge war der Artikel über Gewaltfreie Kommunikation, welcher auf dem Titelblatt mit dem Schlagwort „Gewaltfreiheit statt Polemik!“ angekündigt wurde.

Inhaltlich stimme ich zwar in Teilen seinen Aussagen zu, jedoch strotzt dieser Brief von unerträglicher und unsachlicher Polemik: So werden die Regierungsvertreter über den ganzen Brief hinweg undifferenziert mit „Ihr“ angesprochen und mit verabsolutierten Vorwürfen wie „Ihr seid totale Versager“ konfrontiert. Sofern Herr Todenhöfer hauptsächlich die westlichen Regie-

rungschefs meint, welche ausnahmslos demokratisch legitimiert sind, zeugt es ferner von einem undemokratischen Geist, ihnen obendrein noch ein „Haut ab!“ hinterherzurufen.

Tobias Hamberger

Zum Interview mit Prof. Dr. Jochen Krautz, ÖP 168

Schulreform bleibt wichtig

Zu Recht kritisiert Prof. Dr. Jochen Krautz den Trend, dass in der öffentlichen Bildungsdebatte die Belange der Wirtschaft und eine so fokussierte Anpassung der Lehrpläne wie auch der Lehrerausbildung in den Mittelpunkt rücken.

Jedoch verliert er in diesem Artikel gleichzeitig den Punkt aus den Augen, dass es doch wichtig ist, in nachhaltiger Art und Weise an einer Schulreform zu arbeiten. Diese sollte nicht die Wirtschaftsinteressen im Fokus haben, sondern vielmehr die Schul-Ausbildung der Kinder und Jugendlichen zu verantwortungsvollen Mitgliedern der Gesellschaft im Blick haben, auch weil sie die zukünftig entscheidende Generation sein werden.

In dem vorliegenden Artikel wird suggeriert, diese wichtigen Möglichkeiten seien die „Totschlagvokabel selbstgesteuerten Lernens“ im Geiste einer „reformpädagogisch verkleisterten Semantik“ und scheinbar unwirksamer und nicht ernstzunehmender schulpädagogischer Alternativen. Ebenso nicht im Fokus des Artikels ist, dass das herkömmliche Schulsystem inklusive Dreigliedrigkeit, großer Schulklassen, schneller Stundenwechsel und eines wenig aussagekräftigen Notensystems durchaus Kritikpunkte aufweist, die eine ernsthafte Diskussion wert sind.

Nachdenken über und Weiterentwicklung von Bildung ist wichtig (alle Ansätze eingeschlossen!), um zukunftstauglich zu sein. Alles ist wie immer eine Frage des Geldes und der schnellen Wirkung.

Anja Scholz-Polisky, München

Gute Ansätze wurden auch durch Wirtschaftsinteressen befördert

Sehr geehrter Herr Prof. Krautz, zu Ihrem Interview:

1. Sie kritisieren die Frage nach einem „effizienten“ Schulsystem. Es wird aber von vielen Seiten wahrgenommen, dass Schule zu wenig nach den bekannten Bedingungen für gutes Lernen gestaltet ist.

2. Englische Fachbegriffe geraten schnell in den Verdacht der Leugnung guter Traditionen. Ich halte Ihre Urteile über die – in modernen englischen Begriffen verpackten – Inhalte für Vorurteile. Beispiel: „Classroom-Management“ – das ist, um es in vertrautem Deutsch zu sagen, ein Begriff für die Rücksicht auf die Voraussetzungen guten Lernens: die Befindlichkeiten der Schülerinnen und Schüler, die Beziehung, die Umstände des Unterrichts. „Change Management“ – hier wird Schule als „lernende Organisation“ begriffen. Es geht darum, getroffene Maßnahmen immer wieder zu überprüfen und die Schule nicht den Regelungen von oben zu überlassen, darum, die jeweilige beste Praxis weiterzuentwickeln, darum, in diesen Prozess – anders als bisher – auch Eltern und Schülerinnen und Schüler (als vom Unterricht unmittelbar Betroffene) einzubeziehen.

3. Auch das Prinzip der Selbststeuerung machen Sie mit einigen englischen Vokabeln herunter. Ihre Aussagen, die Selbststeuerung führe zu Verwahrlosung, der Schüler erfülle nur Vorgaben, ein selbstgesteuertes Lernen habe etwas mit „Alleine-Lassen“ zu tun ..., kollidieren mit meiner Kenntnis reformpädagogischer Praxis.

4. Sie schreiben: „Es gibt keine empirischen Nachweise, dass die neuen Methoden irgendwie von Nutzen sind.“ Aber die empirische Bildungsforschung hat inzwischen viele Methoden der Reformpädagogik rehabilitiert.

5. Natürlich muss sich Bildung vom Einfluss der Wirtschaft freihalten. Ihrer Meinung nach bestimmt die Wirtschaft mit ihren neoliberalen Interessen die Entwicklung der Schule heute besonders stark. Ein Blick in die Schulgeschichte: Gute Ansätze wurden oft (nicht immer) mithilfe von Wirtschaftsinteressen vorangetrieben, z.B. Mädchenbildung, Naturwissenschaften, gleiche Bildungschancen für alle. Auch heute fördert die Wirtschaft in ihrem berechtigten Interesse an selbstständig denkenden und leistungsfähigen Köpfen Konzepte, die ein nachhaltigeres Lernen ermöglichen.

6. Sie sehen das gesamte Bildungssystem als von der OECD gesteuert an, aber die OECD ist nicht die einzige Instanz, die Bildung definiert; und PISA ist heftig umstritten, auch wenn Sie schreiben: „Was PISA eigentlich misst, fragt niemand mehr.“ Dass Bildung mehr als „Kompetenztraining“ ist – damit rennen Sie überall offene Türen ein.

*Christine Stankus,
Schriftführerin im ÖDP-Bundesvorstand*

VORSCHAU

ÖkologiePolitik

im Mai 2016

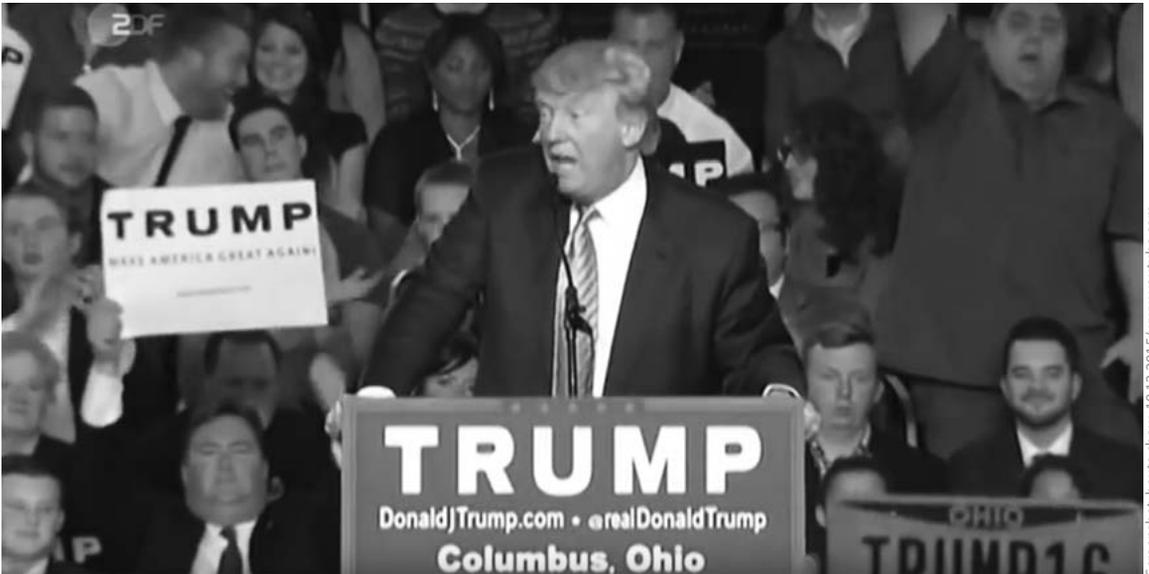
Fluchtursachen

Weltweit hat jeder 122. Mensch seine Heimat verloren – mancher für eine bestimmte Zeit, mancher für immer. Das ist keine vorübergehende Ausnahmesituation, sondern erst der Anfang. Denn die etablierte Politik ignorierte sie jahrelang: Krieg, Verfolgung, Vertreibung, Menschenrechtsverletzungen, Ausbeutung, Freihandel, Umweltzerstörung. Auch der Klimawandel zeigt schon Wirkung. Nun kommen die Flüchtlingsströme bei uns an. Die Vorlage eines gültigen Reisepasses zu verlangen oder unsere Grenzen ganz dichtzumachen ist keine Lösung. Die Lösung kann nur heißen: Verantwortung übernehmen und die Fluchtursachen konsequent bekämpfen.

TERMINE

Mi. 10.02.2016	Polit. Aschermittwoch der ÖDP Bayern
So. 06.03.2016	Kommunalwahlen in Hessen
So. 13.03.2016	Landtagswahl in Baden-Württemberg
So. 13.03.2016	Landtagswahl in Rheinland-Pfalz
So. 13.03.2016	Landtagswahl in Sachsen-Anhalt
Sa./So. 09.–10.04.2016	ÖDP-Bundesparteitag (in Würzburg)
Sa. 23.04.2016	Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (im Raum Karlsruhe)
Sa. 11.06.2016	Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Schwabach)
So. 04.09.2016	Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern
So. 11.09.2016	Kommunalwahlen in Niedersachsen
So. 18.09.2016	Abgeordnetenhauswahl in Berlin
Sa./So. 19.–20.11.2016	ÖDP-Bundesparteitag (in Bonn)
Frühjahr 2017	Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen
Herbst 2017	Bundestagswahl

Realsatire



Donald Trump, US-Milliardär und aussichtsreicher Bewerber für das Präsidentenamt, antwortete auf die Frage, ob die Erderwärmung ein drängendes Problem sei, mit einem klaren Nein. Der Klimawandel sei ein natürliches Phänomen. „Wetter ändert sich nun mal. Es gibt Stürme und Regen und es gibt schöne Tage.“ Es sei nicht richtig, Unternehmen in den USA mit Auflagen zum Klimaschutz zu „gefährden“.

Quellen: <http://tinyurl.com/zd6ntln>, <http://tinyurl.com/jcvl738>

Screenshot: heute show, 18.12.2015/www.youtube.com